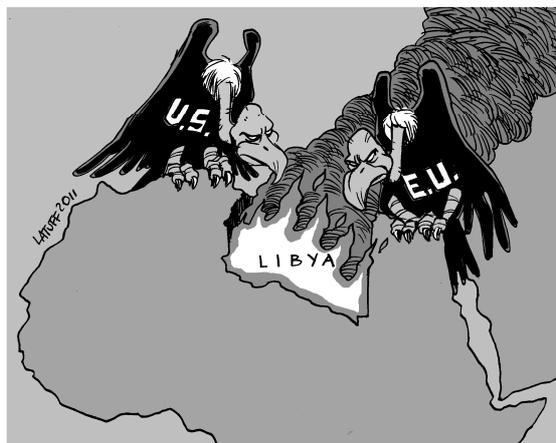


Sand im Getriebe 89

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ Einzelne Artikel: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: sig@attac.de

Sofortiger Waffenstillstand und Verhandlungen!



Aufstände in Nordafrika	
B. Masuku (COSATU): Helicopter-Demokratie	2
Walden Bello: Humanitäre Interventionen: die Entwicklung einer gefährlichen Doktrin	3
N. Paech: Verlogene Argumente der "Koalition der Willigen"	6
Tariq Ali: Libyen: Der Westen will ein schmutziges Protektorat schaffen	7
Erklärungen und Proteste der Friedensbewegung	8
J. Wagner: Intervention im Namen des Volkes?	10
Pflüger: Der Westen und die arabischen Revolutionen	15
Chossudovsky: Wettlauf um Afrika: Revolutionen, Interventionen, Land Grabbing und Freihandel	16
Selbstsame Verwirrung überall? Presseschau	17
Fathi Chamkhi, Vertreter von Raid Attac-Cadtm Tunesien: Stoppt die Schuldzahlungen	19
Attac Deutschland, AG Internationales: Aufruf zur finanziellen Unterstützung der attac Afrikas	20
Samir Amin: Ägypten bewegt sich – Die vier Komponenten des Wandels	21
euronews Interview mit Nehad Abo-Alkomsa: Die Rolle der Frauen in der ägyptischen Bewegung	24
Saba Mahmood : Die Architekten des Aufstandes von Ägypten und die kommenden Herausforderungen	25
Attac Marokko: Das Volk fordert Veränderung!	26
Attac Schweiz u.a.: Nordafrika kämpft für Demokratie – die Schweiz muss sich solidarisch zeigen!	28
Medico International / Pro Asyl: Fluchtwege nach Europa öffnen - Flüchtlinge aufnehmen!	29

Japan	
Yoko Akimoto, Attac Japan: Das Desaster – Das Erdbeben und die Explosion eines Kernkraftwerks	30
Eisenbahngewerkschaft von Chiba: Steht mit uns zusammen auf und lasst uns ein für allemal Atomkraftwerke und Atomwaffen abschaffen.	30
Rat und Koordinierungskreis von Attac Deutschland, 19. März 2011: Die atomare Renditejagd muss gestoppt werden - Ausstieg jetzt!	32
Weltsozialforum in Dakar, 2011	
A. Passadakis: Die Dynamik der Sozialforumsidee	33
Ulrich Brand: Momentum gewinnen transnational - Das Weltsozialforum in Dakar	34
S. Giegold: Globaler open space mit Aktionsorientierung	37
Erklärung der Sozialen Bewegungen, 12. 2. 2011	39
Dakar-Erklärung gegen Landraub	41
Christiane Hansen: Wasseraktivitäten in Dakar	42
EUROPA	
Attac Deutschland: Nein zum Pakt für den Euro	43
Aktionen gegen Sozialabbau in Europa: ESF-Treffen: Vorhaben in 2011/2012	43
T. Ali, S. Amin, Bisky, Chomsky, S.- George, D. J. Halliday, Harribey, G. Irvin, Khalfa, K.Loach, Massiah, Toussaint, Valente, Villalba, Weisbrot, Ziegler u.v.m. Aufruf für eine Prüfungskommission zu den öffentlichen Schulden Griechenlands	44

Bongani Masuku

Helicopter-Demokratie

*COSATU, der südafrikanische Gewerkschaftsbund, unterstützt die Demokratiebewegung,
verurteilt aber die militärische Besetzung Lybiens (22.3.)*



Cosatu (Congress of South African Trade Unions) hat erneut seine Unterstützung für die legitimen und echten Kämpfe der Völker und der Arbeiter des Mittleren Ostens und Nordafrikas für Demokratie, Würde und soziale Gerechtigkeit bekräftigt. Zugleich mahnen wir zur Vorsicht gegenüber der Art, wie die Westmächte vorgeben, den Kampf für Demokratie in dieser Region voranzutreiben.

Nach unserer Auffassung kann militärische Besetzung niemals Demokratie für die Massen bringen. Ist das nicht dieselbe Doktrin, die schon im Irak und in Afghanistan versagte? Wird sie nicht unweigerlich auch in Libyen scheitern? Das kann am besten als Helicopter-Demokratie bezeichnet werden. Sie enteignet die Massen, in dessen Namen der Kampf für Demokratie geführt wird und verwandelt sie in Zuschauer, während sich ausländische Mächte in diesem Prozess die Rolle des Befreiers anmaßen und die Massen ihrer Rolle in ihrem eigenen Kampf berauben.

Es ist sehr klar, dass die UN-Resolution in eine perfekt entworfene Strategie der großen Mächte passt. Sie setzt sich ganz bewusst das Ziel, eine militärische Besetzung und eine regionale Neugestaltung vorzunehmen, um die imperialistische Dominanz weiter zu verfestigen und die neoliberale ökonomische Orthodoxie durchzusetzen. All das im Interesse der Profitinteressen ihrer gigantischen Ölkonzern- koste es was es wolle. Es war außerdem beabsichtigt, einen gut geplanten „Regime Change“ durchzusetzen mit dem Ziel, solche Regime durchzusetzen, die ihre Interessen am besten bedient, wie das für eine lange Zeit mit Hosni Mubarak der Fall war. Internationale Solidarität bedeutet nicht ausländische Besetzung oder die Untergra-

bung der souveränen Rechte und territorialen Integrität irgendeines Landes oder Volkes, sondern die Unterstützung der kämpfenden Massen, um einen Unterdrücker durch ihren eigenen Kampf zu besiegen.

Der Missbrauch des UN-Systems zum Vorteil der engen Geschäftsinteressen westlicher Länder und ihrer großen multinationalen Konzerne, bringt die UN in den Augen der Welt in Verruf! Schon viel zu lange sind sie eifrig dabei, für sich selbst die riesigen Öl- und Gas-Reserven in diesem Teil der Welt zu sichern.

Besonders schockierend sind die doppelten Standards des UN-Sicherheitsrates und des Internationalen Gerichtshofes (ICC). Die Welt wartet noch immer auf Aktionen gegen Israel aufgrund der Kriegsverbrechen, wie sie im Goldstone-Report berichtet wurden. Wir haben nichts dergleichen gesehen außer der ständigen US-Blockade aller Resolutionen, die Israel zur Verantwortung ziehen wollen, und zwar mit voller Unterstützung durch die EU.

Was das betrifft, so glauben wir, dass die Ehrlichkeit der UN in der Behandlung globaler Probleme in Frage steht. Wir haben auch keine ähnliche Entschlossenheit gesehen, wenn es um die Despoten in Jemen, Saudi Arabien und Bahrain geht, wo Menschen getötet und eingesperrt werden aufgrund von friedlichen Demonstrationen, wo jeweils der Ausnahmezustand erklärt wurde und ausländische Truppen gegen friedliche Aktivitäten für demokratische Verhältnisse gerufen wurden. Kann das dadurch erklärt werden, dass die Ölversorgung dadurch garantiert wird, dass Despoten diese Länder regieren, und auch durch die US-Militär-Basen in diesem Teil der Welt?

Von West-Sahara bis zu Palästina und Libyen gilt: ausländische militärische und politische Besetzung ist falsch und muss mit aller notwendigen Entschlossenheit bekämpft werden. Wo auch immer so etwas stattfindet, wird dadurch der genuine Kampf bedroht und substituiert. Die Rolle der Völker, die Zukunft ihrer Länder in die eigenen Hände zu nehmen, wird beeinträchtigt.

<http://mrzine.monthlyreview.org/2011/cosatu240311p.html>

***Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org***

*Wir verschicken gedruckte Exemplare von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft
Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.*

**Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland)
- Online-Fassung: Barbara Waschmann (Attac Österreich)**

Walden Bello

Humanitäre Interventionen: die Entwicklung einer gefährlichen Doktrin

Angesichts der militärischen Intervention in Libyen drucken wir erneut den 2006 schon erschienenen Beitrag Rede auf der Konferenz über Globalisierung, Krieg und Intervention, die von der deutschen Sektion der IPPNW organisiert wurde (Frankfurt/M 14. – 15. Januar 2006.)

Da sich über **dem Iran Kriegswolken zusammenbrauen**, kommt das Thema, das an dieser Konferenz im Brennpunkt steht, gerade zur rechten Zeit: Großmacht-Militäreinmischungen in die Angelegenheiten souveräner Staaten aus «humanitären Gründen».

«Humanitäre Intervention» ist, einfach umrissen: Eine militärische Aktion, die dazu dient, Verletzungen der Menschenrechte zu verhindern oder zu beenden, die gegen eine souveräne Regierung gerichtet ist und ohne ihr Einverständnis stattfindet. Während als Hauptbegründung für den Einmarsch der Vereinigten Staaten in den **Irak** angegeben wurde, dass dieser Massenvernichtungswaffen besitze, so war eine wichtige Nebenbegründung ein Regimewechsel aus humanitären Gründen. Als klar wurde, dass es in Wirklichkeit keine MVW gab, rechtfertigte die Bush-Regierung den Eingriff nachträglich mit humanitären Gründen: es sei das Ziel gewesen, eine repressive Diktatur abzuschaffen und eine demokratische Herrschaft einzusetzen. Der Schauprozess Saddams wegen Menschenrechtsverletzungen ist ein Teil dieser nachträglichen Bemühungen, den Einmarsch zu legitimieren.

Irak: Sackgasse humanitärer Intervention

Der Irak zeigt, wie gefährlich die humanitäre Begründung ist. Sie lässt sich leicht zur Rechtfertigung jeglicher Verletzung nationaler Souveränität zu rechtfertigen, um die Interessen einer externen Macht zu fördern. Wohl war unter Saddam Hussein das irakische Volk Opfer systematischer Unterdrückung, und viele Leute wurden hingerichtet oder eingekerkert. Und doch stößt uns, jedenfalls die meisten von uns im globalen Süden, Washingtons Gebrauch der humanitären Begründungslogik für den Einmarsch im Irak ab. Die meisten von uns würden sagen, dass die systematische Verletzung der Menschenrechte, auch wenn wir die Verletzung dieser Rechte unter jedem Regime verurteilen, keinen hinreichenden Grund zur Verletzung der staatlichen Souveränität durch Einmarsch oder Destabilisierung darstellt. **Ein repressives Regime oder einen Diktator abzusetzen ist Sache der Bürger eines Landes.** Unter diesem Gesichtspunkt möchte ich darauf hinweisen, dass die antifaschistische Bewegung auf den

Philippinen nicht einmal während der dunkelsten Tage der Marcos-Diktatur daran dachte, die Vereinigten Staaten anzufragen, ob sie die Aufgabe für uns übernehmen würden.

Nun mag für einige Leute im Norden, die zu Staaten gehören, die den Rest der Welt beherrschen, **nationale Souveränität** ein Kuriosum sein. Für uns im Süden dagegen ist die Verteidigung dieses Prinzips **eine Angelegenheit von Leben und Tod**, eine zwingende Bedingung für die Realisierung unserer kollektiven Bestimmung als Nationalstaat in einer Welt, in der die Mitgliedschaft in einem Nationalstaat eine grundlegende Bedingung für den ungehinderten Zugang zu den Menschenrechten, politischen Rechten und wirtschaftlichen Rechten ist. Ohne einen souveränen Staat als Rahmen sind unser Zugang und unsere Nutznießung dieser Rechte gefährdet.

Solange Nationalstaaten die entscheidenden politischen kollektiven Gebilde der Menschen sind, solange wir also in einer westfälischen Welt leben — und ich möchte betonen, dass wir nicht in einer nachwestfälischen Welt leben —, solange müssen wir unsere nationale Souveränität aggressiv verteidigen. Und zwar absolut, denn der **Imperialismus** ist nun einmal so, dass er es als **Präzedenzfall** für andere, in der Zukunft liegende Fälle benützt, wenn man ihm einmal den kleinen Finger gibt.

Übertreiben wir vielleicht ein wenig? Nein. Die Tragödie des Iraks ist ausschließlich dem Antrieb der amerikanischen Rechten anzulasten, die Macht der USA weit außerhalb der Reichweite aller möglichen Rivalen oder Rivalengruppen zu halten. Der Weg zum Irak wurden allerdings von den Handlungen liberaler Demokraten geebnet, exakt derselben Clintonianer, die jetzt die Regierung Bush anklagen, sie habe die USA in einen Krieg ohne Ende gestürzt. Mit anderen Worten: der Weg zum Irak wäre ohne die humanitäre Intervention in Jugoslawien in den Neunzigern viel schwieriger gewesen. Wie es ein konservativer Schriftsteller so schön formulierte, hat George W. Bush, als er in den Irak einmarschierte, einfach die *«Doktrin des <demokratischen Engagements> der ersten Bush-Regierung und die der <demokratischen Ausbreitung> der Regierung Clinton noch einen Schritt weiterentwickelt.*

Man könnte sie <demokratische Transformation> nennen.» [1]

Kosovo, Realpolitik und Intervention

Die Intervention im Kosovo wurde, nebst der Landung von US-Truppen in Haiti im Jahr 1994, um Jean Bertrand Aristide an die Macht zu bringen, als klassische humanitäre Intervention bezeichnet. Aber wir können es nicht zulassen, dass der militärische Eingriff im Kosovo eine Wiederholung oder Nachahmung findet. Ich möchte hier die Gründe dafür darlegen.

Erstens half er maßgeblich mit, die Glaubwürdigkeit der **Vereinten Nationen auszuhöheln**, dass die USA, im Wissen, dass sie den Segen des Sicherheitsrates nicht erhalten würden, die NATO als Rechtsdeckung für den Krieg missbrauchten. Die **NATO** wiederum war das **Feigenblatt** für einen Krieg, der zu 95% von US-Kräften durchgeführt wurde.

Zweitens war die humanitäre Argumentation zweifellos die Motivation einiger Befürworter, aber die Operation nützte **schließlich primär Washingtons geopolitischen Interessen**. Das bleibende Resultat des Kosovo-Luftkriegs war nicht ein stabiles und sicheres Netz von Balkanstaaten, sondern die **Ausweitung der NATO**. Das überrascht nicht, denn darum ging es in dem Luftkampf hauptsächlich. Milosevics Schachzüge sowohl in der früheren Bosnien-Krise als auch im Kosovo, zogen gemäß Andrew Bacevich *«die Relevanz der NATO und, in der Folge, den Führungsanspruch der USA in Europa in Frage.»* [2] Wenn die USA Slobodan Milosevic nicht in den Griff bekommen hätten, hätten sie die NATO-Erweiterungspläne nicht stützen können. Für die Regierung Clinton füllte eine solche Erweiterung das Sicherheitsvakuum in Osteuropa und institutionalisierte die US-Hegemonie im post-sowjetischen Europa. Aus Washingtons Perspektive würde, nach Meinung eines Analytikers: *« die NATO-Erweiterung einen institutionellen Rahmen legen, um die aktuellen lokalen Umwälzungen in Ost- und Zentraleuropa zu kontrollieren. Die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der Allianz wäre per se ein «Ansporn» für diese Länder, interne Reformen anzustreben. Eine darauf*

folgende Integration in die Allianz, so sagte man voraus, würde jene institutionellen Reformen mit einschließen. Die Mitgliedschaft würde eine breite Palette organisatorischer Anpassungen nach sich ziehen, etwa die Standardisierung militärischer Abläufe, Schritte auf eine Interoperabilität mit den NATO-Streitkräften, sowie gemeinsame Planung und Ausbildung. Durch die Durchmischung der erweiterten Allianz mit neuen Mitgliedern und die Beteiligung an ihren Operationen würde die NATO deren Fähigkeit verringern, auf alten Methoden zurückzufallen, und sie würde die Liberalisierung von Übergangsregierungen verstärken. Wie ein NATO-Vertreter bemerkte: *«Wir bandeln sie in die NATO-Kultur ein, sowohl politisch als auch militärisch, damit sie wie wir zu denken und —mit der Zeit— wie wir zu handeln beginnen.»* [3]

Ein **Hauptaspekt** der NATO-Erweiterungspolitik war es **sicherzustellen**, dass die westeuropäischen Staaten **weiterhin militärisch von den Vereinigten Staaten abhängig bleiben**. Die Unfähigkeit der europäischen Regierungen, eine unabhängige europäische Initiative im Balkan durchzuführen, wurde von Washington via NATO-Luftkrieg gegen Serbien schnell zum eigenen Vorteil umgesetzt, um die geopolitische Aussage zu bekräftigen, dass Sicherheit in Europa ohne amerikanische Garantie unmöglich sei.

Drittens löste der Luftkrieg bald darauf das aus, was er eigentlich offensichtlich beenden sollte: eine Erhöhung von Menschenrechtsverletzungen und die Verletzungen internationaler Verträge. Die Bombardierung provozierte die Serben im Kosovo, ihre Schlächterei und die Deportierung albanischer Kosovaren zu beschleunigen und fügte zugleich dem serbischen Volk maßgeblichen indirekten Schaden zu, indem Elektrizitätsnetze, Brücken und Wassereinrichtungen angegriffen wurden — was Artikel 14 des Protokolls von 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 verletzt, das Angriffe auf *«Objekte, die zum Überleben der Zivilbevölkerung unabdingbar sind»*, verbietet. [4]

Und **schließlich** stellte der Kosovo, wie bereits angemerkt, einen starken **Präzedenzfall** für künftige Verletzungen des Prinzips nationaler Souveränität dar. Die arrogante Art, in der die Clinton-Regierung die Missachtung nationaler Souveränität mit Bezug auf angeblich *«vorrangige»* humanitäre Anliegen rechtfertigte, wurde Teil der Moral und des juristischen Waffenarsenals, das von Leuten einer anderen Partei, nämlich den Republikanern, in Afghanistan und dem Irak angewendet wurde. Wie der rechtsradikale Denker Philip Bobbitt es sah, dienten die Aktionen der Regierung Clinton im Kosovo und auf Haiti als *«Präzedenzfälle»*, die *«die zunehmend auftretende Regel bestärken, wonach Regime die populäre Grundlage ihrer der Souveränität verlieren, wenn sie demokratische Einrichtungen abschaffen, wenn sie die grundlegendsten Menschen-*

rechte verweigern, wenn sie Massenterror gegen ihre eigenen Leute ausüben, wenn sie, ohne provoziert worden zu sein, ihre Nachbarn angreifen. Sie gefährden dadurch die Souveränitätsrechte, einschließlich das inhärente Recht, diejenigen Waffen zu wählen, die ein Regime wählen mag.» [5]

Vom Kosovo nach Afghanistan

Als die Invasion in Afghanistan 2001 stattfand, gab es im Norden relativ wenig Opposition gegen den US-Einmarsch zur Vertreibung der Taliban-Regierung. Washington profitierte von der Sympathie zu den USA, die durch die Geschehnisse des 11. September entstanden war, und von dem Image der Taliban-Regierung, dass sie der Al Kaida Unterschlupf gewährte. So wurde die Option von Verhandlungen mit den Taliban verworfen und durch die Invasion Afghanistans das internationale Recht aus dem Fenster geworfen. Zu all dem gab es von europäischen Ländern nur wenig Protest. Aber zur Stärkung ihrer Position benutzte die Bush Administration nicht nur die Begründung, die Täter des 11. September vor Gericht zu bringen. Sie stellten ihren Einmarsch in Afghanistan als notwendigen Akt der humanitären Intervention dar, um das repressive Taliban Regime abzusetzen, — ebenso berechtigt wie die Präzedenzfälle von Haiti und dem Kosovo. Durch die Anrufung der humanitären Begründung haben schließlich auch andere NATO-Länder wie Kanada, Deutschland und die Niederlande bewaffnete Kontingente geschickt. In diesem Zusammenhang muss auch hervorgehoben werden, dass viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) — einschließlich viele liberale Organisationen — die US-Intervention aus den gleichen Gründen unterstützt haben.

Wie bei der Luft-Kampagne im Kosovo, sind auch in **Afghanistan** schon bald die Fallstricke der humanitären Intervention offenkundig geworden.

Erstens, es setzte sich sofort eine **Logik der Macht** durch. Die Jagd auf Bin Laden führte zu dem Imperativ, die US Militärpräsenz in Südostasien zu etablieren und zu konsolidieren, was die strategische Kontrolle sowohl des erdölreichen Nahen Ostens, wie des energiereichen Zentralasiens erlauben sollte. Hinzu kommt, dass Afghanistan vom Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, nach der Beschreibung eines Analytikers, als *«ein Labor zum Nachweis der Theorie über die Fähigkeit weniger Bodentruppen im Zusammenspiel mit der Luftwaffe, entscheidende Schlachten zu gewinnen»* benutzt wurde. [6] Die Hauptfunktion der Afghanistan Invasion, wie es sich herausstellte, war zu demonstrieren, dass das Diktat der Powell Doktrin über die Notwendigkeit des massiven Truppeneinsatzes für eine Intervention veraltet war — eine Ansicht, von der Skeptiker noch überzeugt werden mussten, bevor sie selber dazu bereit waren, das zu über-

nehmen, was als das strategische Ziel der Bush Regierung auftauchte: die Invasion des Irak.

Zweitens, die Kampagne führte sehr bald zu dem, was ihre Vorreiter angeblich eliminieren wollten: den **Terror gegenüber der Zivilbevölkerung**. Das US-Bombardement konnte in vielen Fällen nicht zwischen militärischen und zivilen Zielen unterscheiden — nichts Überraschendes, da die Taliban in vielen Landesteilen bedeutende Unterstützung von der Bevölkerung erhielten. Das Ergebnis war eine hohe Anzahl ziviler Opfer; eine Schätzung von Marc Herold brachte die Zahl der Ziviltoten zwischen 3.125 und 3.620, vom 7. Oktober bis zum 31. Juli 2002. [7]

Drittens, die Kampagne führte zu einer politischen und humanitären Situation, die in vielfacher Hinsicht **schlimmer war als unter der Talibanherrschaft**.

Eine der fundamentalen Funktionen einer Regierung besteht darin, für ein Minimum an Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Die Taliban, trotz all ihrer rückständigen Praktiken auf anderen Gebieten, waren in Afghanistan in der Lage, das erste sichere politische Regime nach über 30 Jahren zu gestalten. Im Gegensatz dazu, hat das darauf folgende ausländische Besatzungsregime diesen Test auf erbärmliche Weise nicht bestanden. Einem Bericht des Zentrums für strategische und internationale Studien (Center for Strategic and International Studies) zufolge, *«hat sich die Sicherheitslage seit Beginn des Wiederaufbaus im Dezember 2001 eher verschlechtert, besonders im Sommer und im Herbst 2003.»* [8] Derartig schlecht ist die Grundsicherheit für die Bevölkerung, dass in einem Drittel des Landes ein Zutrittsverbot für die Mitarbeiter der Vereinten Nationen ausgesprochen wurde und die meisten NGOs aus den meisten Teilen des Landes abgezogen wurden. Die von Washington eingesetzte Regierung von Hamid Karzai übt keine große Autorität außerhalb Kabuls und der einen oder anderen Stadt aus, was den UN-Generalsekretär Kofi Annan dazu brachte zu sagen *«ohne funktionierende staatliche Institutionen, die den Grundbedürfnissen der Bevölkerung im ganzen Lande dienen, wird die Autorität und die Legitimität der neuen Regierung von kurzer Lebensdauer sein.»* [9]

Noch schlimmer, Afghanistan ist ein **Drogenstaat** geworden. Die Taliban waren in der Lage den Mohnanbau erheblich zu verringern. Seit sie 2001 vertrieben wurden, ist die Mohnproduktion hochgeschossen, erbrachte 2004 eine Rekorderte und für Afghanistan die zweifelhafte Ehre, fast 80 Prozent des Weltbedarfs an Heroin zu decken. Nun sind circa 170.000 Afghanen Opium- und Heroinkonsumenten, 30.000 davon Frauen. [10]

Regierungsbeamte sind in 70 Prozent des Rauschmittelverkehrs verwickelt und ungefähr ein Viertel der kürzlich gewählten 249 Parlamentsmitglieder haben Kontakte zum Drogenhandel. Eine Schätzung aus einer Studie, die für die unabhängige Forschungs- und Auswertungsstelle Afghanistans (Afghanistan Research and Evaluation Unit) durchgeführt wurde, besagt, dass mindestens 17 neu gewählte Abgeordnete selbst Drogenschlepper sind, 24 weitere in Verbindung zu kriminellen Banden stehen, 40 Befehlshaber bewaffneter Gruppen sind und sich 19 ersten Anschuldigungen wegen Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen stellen müssen.[11] Für diese Leute, die das politische Leben Afghanistans beherrschen, ist, laut Kofi Annan "die Unsicherheit ein Geschäft" und "Erpressung eine Lebensweise." [12]

Kann man wirklich ernsthaft für sich in Anspruch nehmen, dass dieses Leben im Vergleich zur Talibanherrschaft eine Verbesserung ist? Viele Afghanen würden das verneinen, weil die Taliban mindestens in der Lage waren, eine Sache zu gewährleisten: grundlegende physische Sicherheit. Nun wird dieses Argument für die Ober- und Mittelschicht im Norden nicht überzeugend sein, die in sicheren Stadtteilen oder in eingezäunten Gemeinden leben. Aber sprechen Sie mit den armen Menschen überall: Sie legen großen Wert darauf, ihre Wellblechgemeinden von Verbrechern und Drogenhändlern zu befreien.

Oh ja, wie steht es um die Auswirkung der humanitären Hilfe der NGOs? Nun gut, **auf den Fersen der US-Truppen ist eine wahrhaftige Armee von NGOs** der verschiedensten Arten gefolgt, alle bemüht dem afghanischen Volke zu helfen mit Hunderten von gut begründeten Projekten. Jedoch, wie bei der südostasiatischen Tsunamikatastrophe und bei der durch den Hurrikan Katrina hervorgebrachten Katastrophe in den USA, ist das Geldsammeln für die "Afghanistan-Hilfe" schnell zu einer profitablen Operation geworden, die die humanitätsbezogenen Arbeitsplätze zu den attraktivsten der lokalen Wirtschaft hat werden lassen. Wie positiv diese Projekte gewesen sind, ist eine andere Geschichte, da, wie bei der militärischen Kampagne, es viele schlecht gedachte und schlecht durchgeführte Projekte gab mit dem Haupteffekt, Verstimmung in der lokalen Bevölkerung zu schüren.

Die Argumente gegen humanitäre Intervention

Die humanitäre Intervention, die in den 1990ern in Elitekreisen der USA und Europas populär war, hat sich einen schlechten Namen gemacht, besonders im Süden. Kosovo, Afghanistan und Irak unterstreichen

die bitteren Erfahrungen der humanitären Intervention. Zur Wiederholung:

1. Humanitäre Intervention hält sich selten an die dominierende Begründung, die Geopolitik wird schnell zur treibenden Kraft einer militärischen Operation.

2. Humanitäre Intervention führt zu dem, wogegen ihre Vorantreiber angeblich ausgezogen sind: sie entfacht die Zunahme der Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen der menschenrechtsbezogenen internationalen Abkommen.

3. Humanitäre Intervention schafft eine sehr gefährliche Präzedenz für zukünftige Verletzungen des Prinzips der nationalen Souveränität. Kosovo ebnete den Weg nach Afghanistan und beide führten zu der Tragödie des Irak.

Das alles bedeutet nicht, dass Staaten und die internationale Zivilgesellschaft von moralischen und diplomatischen Mitteln keinen Gebrauch machen sollten, um repressive Regimes, wie die Taliban, zu isolieren. Wenn man sicher sein kann, dass ihre Schlagkraft eher von den Regimes als von der Bevölkerung gespürt wird, sind auch Wirtschaftssanktionen unter bestimmten Umständen zulässig und nützlich. **Sanktionen** spielten eine positive Rolle gegen die Apartheid in Südafrika, sie wirkten sich aber im Irak negativ auf die normale Bevölkerung aus. Dies ist allerdings ein Thema für eine andere Diskussion.

Wir müssen aber immer die Leine ziehen, wenn es zur Gewaltanwendung von einem Staat gegen einen anderen kommt. Regimewechsel durch Anwendung von Gewalt ist nicht nur falsch. Es hat weitreichende destabilisierende Konsequenzen für das gesamte internationale Staatensystem. Wenn die Hegemonialmacht es einmal geschafft hat, das grüne Licht von bedeutenden Anderen in einem Fall zu bekommen, kann man sicher sein, dass sie immer wieder darauf zurückgreifen wird, getrieben durch den Imperativ der Machterweiterung und der angehäuften Vorteile innerhalb des internationalen Systems. Man beginnt mit einem Haiti oder einem Kosovo und man gelangt in den Irak.

In den internationalen Beziehungen wird eine Unterscheidung zwischen "Status quo Mächten" und "revisionistische Mächten" gemacht." **Status quo Mächte** versuchen die Struktur und die Aufteilung der relativen Macht innerhalb des Systems zu bewahren. **Revisionistische Mächte** versuchen die Struktur und die Aufteilung der relativen Macht zu verändern. Ironischerweise ist die heutige USA eine revisionistische Macht – d.h., sie versucht, eine Machtbalance zu ihren Gunsten zu erreichen, die noch größer

ist als die, die sie schon heute genießt. Weil sie die früheren "humanitären Interventionen" im Kosovo und in Afghanistan mitgetragen haben, müssen viele Staaten und auch Organisationen der Zivilgesellschaft einen Teil der Verantwortung dafür mit übernehmen, dass sie diese hemmungslose Hegemonialmacht geschaffen haben.

Wir müssen diese gefährliche Doktrin der humanitären Intervention mit aller Kraft delegitimieren, um zu **verhindern**, dass sie in Zukunft wiederum von einigen Großmächten gegen Kandidaten wie den **Iran** oder **Venezuela** angewendet wird. Wie bei seinem Gegenstück, dem Konzept des "liberalen Imperialismus", gibt es bei dem Konzept der "humanitären Intervention" nur eine Handlungsmöglichkeit: es zu verwerfen.

[1] Philip Bobbitt, "Better than Empire" <<http://www.gavinsblog.com/mt/archives/00895.html>>

[2] Andrew Bacevich, *American Empire: the Reality and Consequences of US Diplomacy* (Cambridge: Harvard University Press, 2002), S. 163.

[3] G. John Ikenberry, "Multilateralism and US Grand Strategy," in Stewart Patrick and Shepard Foreman, Hrsg. *Multilateralism and US Foreign Policy* (Boulder: Lynne Reiner, 2002), S. 134-135.

[4] Michael Mandelbaum, "A Perfect Failure," *Foreign Affairs*, Sept-Okt 1999, S. 6.

[5] Bobbitt, *ibid.*

[6] Richard Clarke, zitiert in Seymour Hersh, "The Other War," *New Yorker*, May 12, 2004 http://www.newyorker.com/fact/content/?040412fa_fact.

[7] Herrold, zitiert in Michael Mann, *Incoherent Empire* (London: Verso, 2003), S. 130

[8] Amy Frumin, Morgan Courtenay, and Rebecca Linder, *The Road Ahead: Issues for Consideration at the Berlin Donor Conference for Afghanistan*, March 31-April 1, 2004) Washington: CSIS, 2004), S. 22.

[9] Secretary General, United Nations, *The Situation in Afghanistan and its Implications for International Peace and Security*, A58/742/S2004/230, S. 4.

Zitiert in Secretary General, United Nations, *The Situation in Afghanistan...*, S. 16.

[10] "Ron Moreau and Sami Yousafzai, "A Harvest of Treachery," *Newsweek*, S. 30.

[11] *Ibid.*

[12] Quoted in Secretary General, United Nations, *The Situation in Afghanistan...*, S. 16.

Übersetzung: Dominik WEZEL, Helga HEIDRICH, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen coordinatrad@attac.org und die Redaktion

**Walden Bello ist Exekutivdirektor des Bangkoker Forschungs- und Analyseinstituts Focus on the Global South und Professor der Universität der Philippinen in Diliman.*

Originaltext:

<http://www.focusweb.org/content/view/818/26/>

**S. auch von Jean Bricmont: La Libye face à l'impérialisme humanitaire, <http://www.medelu.org/spip.php?article774>
Und: Bemerkungen zu den Linken in Europa (30.3.): <http://www.larevolucionvive.org.ve/spip.php?article1495&lang=es>**

Verlogene Argumente der "Koalition der Willigen"

Seit dem 19.3. greifen mehrere NATO-Staaten Libyen mit Bombern und Marschflugkörpern an. Sie berufen sich dabei auf die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates. Zu recht? Über völkerrechtliche Aspekte des Krieges gegen Libyen sprach mit Norman Paech (Jahrgang 1938), emeritierter Professor für Öffentliches Recht und ehemaliger außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der LINKEN, für Neues Deutschland (ND) Roland Etzel.

22.März

ND: Seit dem Wochenende laufen die Angriffe der vor allen Dingen französischen Streitkräfte auf Libyen. Paris bezieht sich dabei auf eine Resolution des UNO-Sicherheitsrates. Legitimiert sie diesen Krieg?

Paech: Der UNO-Sicherheitsrat hat es sich vielleicht etwas leicht gemacht, indem er den Bürgerkrieg, den es dort gibt, einfach als einen Krieg ansah, der die internationale Sicherheit und den internationalen Frieden gefährdet. Das ist die Voraussetzung, um als Sicherheitsrat das Mandat zu erteilen, dort eingreifen zu können.

An sich darf niemand von außen in einen Bürgerkrieg auf der einen oder anderen Seite eingreifen. Das darf allein der Sicherheitsrat. Formal unantastbar hat er das auf der Basis von Artikel 39 und 42 der UNO-Charta getan. Das ist die juristische Bewertung. Die politischen Motive, die dahinter stehen, insbesondere bei denen, die diese Resolution wollten, sind offensichtlich ganz anders zu bewerten.

Mit dem Beschluss sollte vorgeblich die Zivilbevölkerung geschützt werden. Ist mit seinem Inkrafttreten automatisch ein Blankoscheck zum militärischen Eingreifen an alle Staaten ergangen? Oder bedarf es dazu noch eines speziellen Mandats?

Nein, das Mandat ist eine für solche Maßnahmen juristisch zutreffende Grundlage. Die Schwäche der Resolution betrifft allerdings zweierlei. Sie gibt nicht genau an, worin sie die Gefährdung des internationalen Friedens durch Libyen eigentlich sieht. Das ist die Voraussetzung des Artikels 39. Allein die Verletzung von Menschenrechten ist nicht immer die zulässige Begründung oder die zutreffende Begründung dafür, dass der internationale Frieden verletzt ist. Wir hatten so etwas schon 1991, als es um den Schutz der Kurden im Norden Iraks ging. Dort konnte der Sicherheitsrat das zögernde China nur deswegen zur Stimmhaltung bewegen, weil er auf die Flut von Flüchtlingen in die Nachbarländer hinwies.

Es gibt ein zweites Problem dieser Resolution. Es wird ausdrücklich verboten, Besatzungstruppen in das Gebiet zu senden. Allerdings schließt der Begriff der Besatzungstruppen nicht Kommandos aus, die sich nur für kurze Zeit in das Land begeben, dort eine Mission verrichten und es dann

wieder verlassen. Das ist eine vielleicht sogar bewusste Lücke in dieser Resolution, die noch außerordentlich gefährlich werden kann.

Es gibt offensichtlich bereits Uneinigkeit, beispielsweise zwischen der Arabischen Liga, auf deren Initiative der Sicherheitsratsbeschluss zurückgeht, und den Staaten, die die Angriffe jetzt ausführen. Das ist richtig. Aber da muss man der Arabischen Liga wirklich eine fahrlässige Einschätzung attestieren. Sie hätte wissen müssen, dass es der »Koalition der Willigen«, angeführt von den USA, Frankreich und Großbritannien, im Grunde um einen Regime-Wechsel, um den Sturz Gaddafis geht. Dieses allerdings ist ausdrücklich nicht Ziel der Resolution.

Dies ist ihre Schwäche: die Diskrepanz zwischen den Zielsetzungen der »Koalition der Willigen« und dem, was der Sicherheitsrat eigentlich bewilligt hat. Dieser hat lediglich den Schutz der Zivilbevölkerung und die Einrichtung einer Flugverbotszone verfügt. Allerdings ist zu erwarten, dass die »Koalition der Willigen« dieses Mandat aufs Äußerste strapazieren wird und dass die Zahl der Opfer unter den Zivilisten jetzt bei Weitem höher ist als vor dem Mandat.

Die Arabische Liga hat jetzt ihr Unverständnis darüber geäußert, wie die NATO, speziell Frankreich, handelt. Kann sie ihr Mandat zurücknehmen?

Ja, die Arabische Liga kann ihre Unterstützung für das, was dort geschieht, aufgeben. Das allerdings bliebe eine rein politische Erklärung. Sie delegitimiert das, was dort jetzt mit Hilfe des Mandats geschieht, in erheblichem Maße. Für die Sicherheitsratsresolution hat es aber keine Bedeutung, die kann allein der Sicherheitsrat wieder zurücknehmen.

Wie bewerten Sie denn die deutsche Debatte? Grüne und SPD-Politiker greifen die Bundesregierung an, weil sie im Sicherheitsrat nicht mit Ja gestimmt, sondern sich der Stimme enthalten hat.

Es ist das, was im Bundestag ja nicht erlaubt wurde, als das zu benennen, was es ist – nämlich Kriegstreiberei. Ich muss in diesem Falle Außenminister Westerwelle attestieren, dass er sich sehr umsichtig und sehr klug verhalten hat. Wahrscheinlich hat er die warnenden Stimmen wahrgenommen, dass es kaum bei einer schnellen Interventi-

on aus der Luft bleiben kann; dass es enorme Opfer unter der Zivilbevölkerung geben wird und einen langfristigen Krieg nach sich ziehen kann. Im Grunde droht ein weiteres Abenteuer spätkolonialer Art nach Afghanistan, nach Jugoslawien und nach Irak.

Ich halte die Argumentation bei den Grünen ebenso wie bei Teilen der SPD für verlogen. Sie sollten sich ganz genau darüber Rechenschaft ablegen, was dort jetzt geschieht. Es ist klar, dass Gaddafi dabei gestoppt werden muss, auf seine Landsleute zu schießen, aber deswegen einen Krieg zu inszenieren, ist eine absolut falsche Alternative. Sie vernachlässigt alle Angebote und Möglichkeiten zu einer diplomatischen Lösung.

Auch die NATO ist sich nicht einig. Es heißt deshalb jetzt, der Krieg wird außerhalb der NATO geführt. Ist es denn nicht notwendig, dass es eines Beschlusses im Kriegsfall zu nutzen?

Zum Glück sehen nicht alle Staaten eine Notwendigkeit zum Krieg wie Sarkozy. Die NATO muss einstimmig entscheiden, eine, wie ich finde, segensreiche Bremse gegen allzu schneidige Kriegseinsätze.

Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Friedensbewegung hierzulande, mit juristischen Mitteln dafür zu wirken, dass es wenigstens zu keiner direkten deutschen Kriegsbeteiligung kommt?

Juristische Mittel gibt es hier meines Erachtens nicht. Politische allerdings. Man sollte klar die hinter dem Krieg liegenden Motive ansprechen; dass es hier um einen Staat geht, der über erhebliche Ölvorkommen verfügt und der bislang die EU bei der Abwehr von illegaler Einwanderung unterstützt hat.

Man sollte auch darauf hinweisen, dass der Westen gegenüber Saudi-Arabien, einem Staat, in dem die Menschenrechtssituation keinen Deut besser ist als in Libyen, nie so etwas unternehmen würde, solange er die Interessen der NATO-Staaten hoch hält. Man sollte auf diese Verlogenheit, diese Doppelstandards hinweisen und vor allem darauf: Menschenrechte können nicht durch Krieg gesichert, garantiert und auch nicht wiederhergestellt werden.

* Aus: Neues Deutschland, 22. März 2011

Tariq Ali

Libyen: Der Westen will ein schmutziges Protektorat schaffen

Ja, „Kollaborateure“, das ist das Wort, nicht „Revolutionäre“. Ross und Reiter nennen, kann zumindest die Richtigstellung in Gang bringen, obwohl, mit Respekt für die intellektuellen Straßenkämpfer, sie zu spät kommt. - Hgg. Originalartikel: 29/03/2011 im Guardian

Die US-NATO Intervention in Libyen, mit dem Sicherheitsrat der UNO als Feigenblatt, ist Teil einer fein abgestimmten Unterstützung für die Bewegung gegen einen Diktator im besonderen, um dadurch den arabischen Rebellionen ein Ende zu machen und die westliche Kontrolle aufrechtzuerhalten, womit deren Impetus und Spontanität mit Beschlag belegt und versucht wird, den status quo ante wiederherzustellen.

Es ist absurd zu denken, dass die Gründe für die Bombardierung von Tripolis oder die Schlächtereier außerhalb Benghasis zum Ziel haben, Zivilisten zu schützen. Dieses spezielle Argument ist dazu abgesehen, Rückhalt bei den Bürgern Euro-Amerikas und Teilen der arabischen Welt zu gewinnen. „Schaut uns an“, sagen Obama/ Clinton und die EU-Satrapen, „wir tun Gutes. Wir stehen auf der Seite des Volkes.“

Der schiere Zynismus ist atemberaubend. Von uns wird erwartet zu glauben, dass die Führer mit blutigen Händen in Irak, Afghanistan und Pakistan das Volk in Libyen verteidigen. Die würdelosen britischen und französischen Medien sind fähig, alles zu schlucken, aber die Tatsache, dass anständige Liberale diesem Mist erliegen, ist niederschmetternd. Die bürgerliche Gesellschaft wird leicht zu Tränen gerührt durch ein paar Bilder, und Gaddafis Brutalität, seine Luftwaffe zu schicken, um sein Volk zu bombardieren war der Vorwand, den Washington benutzte, um eine weitere arabische Hauptstadt zu bombardieren. Unterdessen waren Obamas Alliierte eifrig am Werk, Demokratie zu befördern.

Die Saudis marschierten in Bahrain ein, wo die Bevölkerung tyrannisiert wird und umfangreiche Verhaftungen vorgenommen werden. Darüber wird nicht viel auf Al-Dschasira gesagt. Ich frage mich, warum? Der Sender scheint sich etwas im Zaum zu halten und mit der Politik seiner Gründer auf Vordermann gebracht worden zu sein.

All dies mit aktiver US-Unterstützung. Der Despot in Jemen, von der Mehrheit seines Volkes verabscheut, lässt dort

täglich weiterhin Menschen töten. Nicht einmal ein Waffenembargo, geschweige denn eine 'no-fly Zone' ist verhängt worden. Libyen ist ein weiterer Fall von selektiver Selbstjustiz durch die USA und ihren Kampfhunden im Westen.



26.März in Washington

Auch auf die Franzosen können sie sich verlassen. Sarkozy hatte verzweifelt Handlungsbedarf. Unfähig, seinen Freund Ben Ali in Tunesien zu retten, hat er beschlossen, bei der Beseitigung Gaddafis zu helfen. Die Briten gehorchen sowieso immer, und in diesem Fall, nachdem sie das libysche Regime in den vergangenen zwei Jahrzehnten gestärkt haben, wollen sie sicher gehen, auf der richtigen Seite zu stehen, um bei der Verteilung der Beute nicht leer auszugehen. Was werden sie wohl bekommen?

Die Unstimmigkeiten in der amerikanischen politisch-militärischen Elite bei dieser ganzen Operation haben bedeutet, dass es kein klares Ziel gibt. Obama und seine europäischen Satrapen sprechen von Regime-Wechsel. Die Generäle sind dagegen und sagen, das gehöre nicht ins Bild. Das US-Außenministerium ist eifrig mit der Vorbereitung einer neuen Regierung beschäftigt, die aus englischsprechenden libyschen Kollaborateuren zusammengesetzt ist. Wir werden niemals wissen, wie lange Gaddafis zerbröckelnde und geschwächte Arme gegenüber einer starken Opposition stand gehalten hätte. Der Grund, weshalb er die Unterstützung seiner Streitkräfte verlor, war genau der, dass er auf sein Volk zu schießen befahl.

Jetzt spricht er von dem Wunsch des Imperiums, ihn zu stürzen und das Öl an sich zu reißen, und selbst viele, die ihn verachten, sehen, dass es stimmt. Ein neuer Karzai ist schon unterwegs.

Die Grenzen des schmutzigen Protektorats, das der Westen dabei ist zu schaffen, werden in Washington festgelegt. Selbst jene Libyer, die aus Verzweiflung NATOs Bomber gut heißen, könnten – wie ihre irakischen Äquivalente – eines Tages ihre Wahl bereuen.

All dies könnte an einem gewissen Punkt zu einer dritten Phase führen: eine wachsende nationalistische Wut, die nach Saudi-Arabien hinein schwappt. Aber dort, da gibt es keinen Zweifel, wird Washington alles Notwendige tun, um die Saudi-Königsfamilie an der Macht zu halten. Verlieren sie Saudi-Arabien, verlieren sie die Golfstaaten. Der Angriff auf Libyen, mit der großen Hilfe von Gaddafis Dummheit auf jeder Ebene, hatte den Zweck, die Initiative von den Straßen weg an sich zu reißen, indem man sich den Anstrich gibt, Verteidiger der Bürgerrechte zu sein. Die Bahrainis, Ägypter, Tunesier, Saudi-Araber, Jemeniten werden nicht überzeugt sein, aber selbst in Euro-Amerika sind mehr dagegen als dafür. Die Kämpfe sind noch keineswegs zu Ende.

Obama redet von einem gnadenlosen Gaddafi, aber die eigene Gnade des Westens fällt niemals als milder Regen vom Himmel auf den Platz darunter. Sie beglückt nur die Macht, die austeilt, die Mächtigste der Mächtigen.

Quelle:

<http://mrzine.monthlyreview.org/2011/ali290311.html>

Übersetzt von Einar Schlereth

Artikel in Tlaxcala veröffentlicht:

<http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=4441>

(1) Siehe <http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=4431> Al-Dschasira: Pro-Imperium Machenschaften. D. Ü.

Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag

Krieg gegen Libyen sofort stoppen!

Deutsche Verlogenheit beenden!

US-Militäreinrichtungen schließen!

Selbst wer geglaubt hatte, mit der Einrichtung einer Flugverbotszone unblutig und in kurzer Zeit Angriffe auf die libysche Zivilbevölkerung verhindern zu können, muss sich bitter getäuscht fühlen. Nicht nur, dass Massenbombardements mit US-Marschflugkörpern und aus Tarnkappenbomben Schäden unter der libyschen Zivilbevölkerung anrichten, nein, sie führen auch zur Ausweitung und Intensivierung militärischer Aktionen der Angegriffenen.

Das vorgebliche Ziel der alliierten Invasoren, einen Waffenstillstand zwischen den libyschen Konfliktparteien herbei zu wollen, ist schon im Ansatz gescheitert.

Eines ist jetzt schon sicher: Die Fortsetzung der westlichen Bombenangriffe wird den Blutzoll in Libyen weiter steigern. Hinzu kommt, dass der Konflikt nicht aus der Luft entschieden wird, sondern am Boden. Wir fragen: Wo liegt die Grenze des westlichen Kriegseinsatzes? Bisher ist der Einsatz von Bodentruppen durch die UN-Resolution 1973 (2011) ausgeschlossen. Auch die US-Regierung schließt einen Einsatz von Bodentruppen aus.

Wie lange noch? Was ist, wenn es Gaddafis Truppen gelingt, nach Benghazi einzudringen?

Werden dann westliche Bomben auf Benghazi gelenkt? Werden westliche Truppen in Benghazi eingesetzt? Was geschieht im umgekehrten Fall, wenn sich die Aufständischen mit Hilfe der westlichen Luftwaffe durchsetzen sollten? Wird dann spätestens vor den Toren der Hauptstadt Tripolis durch westliche Truppen dem Vormarsch der Aufständischen Einhalt geboten, weil die Zivilbevölkerung in der Hauptstadt geschützt werden muss?

Alle diese Fragen sind unbeantwortet, müssen aber beantwortet werden, denn das Ende einer Militärintervention müsste von Anfang an mitbedacht werden. Es sei denn, man legt es tatsächlich darauf an, sich in Libyen festzusetzen. Dieser Verdacht drängt sich förmlich auf.

Von Anfang an scheint Regime-Change wie in Afghanistan und im Irak das wahre Ziel des Westens zu sein. Denn der Nutzen eines Regime-Change wäre

beträchtlich. Es winkt der uneingeschränkte Zugriff auf die Erdöl- und Erdgasressourcen Libyens. Das libysche Öl, die größten Vorkommen Afrikas, haben einen derzeitigen Marktwert von rund 5 Billionen, das Gas von etwa 500 Mrd. Dollar. Mehr noch: Nach einem Regime-Change könnten westliche Mächte wieder Militärbasen einrichten. Das würde den Status Libyens vor 1969 zu Zeiten König Idris wieder herstellen, dessen Stamm der Senussis heute zu den Aufständischen zählt.

Alt bekannte Lügenmuster über angebliche Massenvernichtungswaffen in Diktatorhand machen schon wieder die Runde. Jüngste Meldungen in US-Medien, wonach sich westliche Stellen besorgt darüber zeigen, dass das Gaddafi-Regime Senfgasbestände gegen die eigene Bevölkerung einsetzen könnte, gehören in diese Kategorie. Etwa 600 km von Tripolis entfernt lagern knapp 10 Tonnen Senfgas in Fässern, um sie unter Aufsicht der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) durch Verbrennung zu vernichten. Libyen hat bereits im Jahr 2004 sämtliche 3.300 Bomben zerstört, in denen es eingesetzt werden könnte. Senfgas auf andere Art und Weise zu transportieren ist extrem schwierig. Die aktuelle Erwähnung der libyschen Massenvernichtungswaffen von interessierter Seite soll einen Kriegsgrund nachliefern. Er ist an den Haaren herbeigezogen.

Während Russland und China ihr Bedauern über den brutalen westlichen Kriegseinsatz in Libyen zum Ausdruck gebracht haben, suchen wir diese Reaktion von der deutschen Regierung, die sich wie die beiden Vetomächte der Stimme im UN-Sicherheitsrat enthalten hatte, vergeblich. Zwar hat die Bundesregierung ihre berechnete Skepsis gegenüber dem Erfolg des westlichen Krieges unterstrichen, aber ihre Handlungen unterstützen genau diesen Krieg.

Die Bundesregierung hat sämtlichen NATO-Beschlüssen zugestimmt, hat der US-Regierung die uneingeschränkte Nutzung ihrer Militärbasen in Deutschland gestattet und lässt es zu, dass das US-Kommando für Afrika (AFRICOM) in

Möhringen bei Stuttgart den Angriff der USA auf Libyen koordiniert. Das Verhalten der Bundesregierung ist nicht nur doppelzünftig, sondern verlogen.

Mit ihrem überflüssigen Angebot Bundeswehrsoldaten für AWACS-Maschinen der NATO im Afghanistankrieg als Kompensation für deren Einsatz im Libyen-Krieg zur Verfügung zu stellen, weitet die Bundesregierung ihre Verstrickung in den Afghanistankrieg aus. Wochen zuvor noch hatte sie Anfragen der USA vehement abgelehnt. Denn diese Einsatzerweiterung wollte damals partout nicht zu ihrer Rhetorik des angeblichen Abzugs aus Afghanistan passen. Überflüssig ist dieses deutsche Angebot deshalb, weil allein die USA über 42 AWACS-Maschinen verfügt, die längst nicht alle im Einsatz sind.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag fordert mit allem Nachdruck,

die Angriffe westlicher Staaten auf Libyen unverzüglich einzustellen und

neutrale internationale Vermittler zu bestellen, die am ehesten von der Afrikanischen Union kommen könnten, um die Konfliktparteien in Libyen zu einer unverzüglichen Waffenruhe zu bewegen; die Waffenruhe könnte durch die Afrikanische Union überwacht werden.

Von der Bundesregierung verlangen wir, sich der Distanzierung vom Krieg, wie es die Arabische Liga, Russland und China getan haben, anzuschließen und den USA die Nutzung der Militärbasen und Militäreinrichtungen in Deutschland zu untersagen.

Den Bundestag fordern wir auf, den AWACS-Einsatz im Afghanistankrieg mit deutschen Soldaten abzulehnen.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag unterstützt die Aktivitäten der Friedensbewegung, die sich in den kommenden Tagen überall im Lande für ein sofortiges Ende des westlichen Angriffs auf Libyen einsetzen.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:
Lühr Henken (Berlin), Peter Strutynski (Kassel)
<http://www.ag-friedensforschung.de/h>

Manfred Stenner, Geschäftsführer des Netzwerk Friedenskooperative Libyen: Stop! Erst denken und dann nicht schießen!

In Libyen geht es den Aufständischen wie zuvor in Tunesien und Ägypten um die Beseitigung eines Despoten, um mehr Gerechtigkeit und Freiheit, um die Respektierung ihrer Menschenrechte und eine Entwicklungsperspektive für sich und ihre Region. Kein Zweifel, wo in einer solchen Situation die Sympathien von menschenrechtlich orientierten Gruppen der Friedensbewegung liegen.

(...) Moralisch gerechtfertigter Entrüstung über den Schlächter Gaddafi folgt eine beängstigende Kriegsrhetorik, die die vorhersehbaren wie die unberechenbaren Folgen ausblendet.

Ausgesprochen wird dies von Vertretern europäischer Politik, die das Gaddafi-Regime noch bis vor kurzem hofiert haben. Vor einem militärischen Eingreifen in den Bürgerkrieg warnen aus guten Gründen nicht nur Pazifisten. Die Durchsetzung des viestimmig geforderten, aber militärisch gar nicht entscheidenden Flugverbots bedeutet den Kriegseintritt, beginnend mit der massiven Bombardierung des libyschen Radars, von Flugabwehr und Rollfeldern mit wahrscheinlich auch vielen zivilen Opfern. Es folgt in der Logik des Krieges weitere Eskala-

tion durch Verlegung von Flugabwehr in Wohngebiete, Kämpfe gegen libysche Kriegsschiffe und Panzer, letztlich auch eine NATO-Invasion mit Bodentruppen. Die Opfer unter der Zivilbevölkerung wären hoch, der ursprüngliche Aufstand in Libyen und weit darüber hinaus als prowestlich diskreditiert, die politischen Folgen in Nordafrika und der arabischen Welt unabsehbar.

Reale und notwendige „humanitäre Intervention“ der Europäische Union bedeutet aber, effektive Anstrengungen für die Evakuierung und humanitäre Versorgung der zehntausenden Flüchtlinge und z.Zt. in Libyen festsitzenden Gastarbeiter zu leisten - auch durch Aufnahme in Europa. Flüchtlingsboote dürfen nicht länger auf dem Meer zurückgewiesen oder abgedrängt werden. Tunesien und Ägypten müssen jede erdenkliche Hilfe zur Versorgung der dorthin Geflohenen erhalten (siehe auch den Appell von PRO ASYL und medico international:

<http://www.proasyl.de/de/home/aktion-fluechtlinge-aus-libyen-aufnehmen/>).

Wo immer möglich, sollte z.B. über Bengasi medizinische Hilfe und Versorgung

für die Bevölkerung ins Land gebracht werden.

Auch die bisher getroffenen und weitere wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen das libysche Regime und zu dessen Isolation sind richtig. Über Kontensperrungen hinaus muss auch der Export libyschen Öls unterbunden werden. Auch richtig: Gaddafi gehört nach den Haag. Aber auch die bisherige Kumpanei der europäischen Politik und Wirtschaft mit dem Gaddafi-Clan gehört aufgearbeitet - politisch und vor Gerichten.

Die Motive der EU-Regierungen für ihre jetzige rhetorische Solidarität mit den Umbrüchen in Nordafrika werden zu Recht argwöhnisch betrachtet. Ein Paradigmenwechsel zu uneigennütziger Kooperation ist bisher nicht zu erkennen. Rohstoffsicherung, wirtschaftliche Vorteilsnahme und Flüchtlingsabwehr der „Festung Europa“ stehen weiter im Vordergrund. So ist zu befürchten, dass auch bei einer möglichen Restauration eines despotischen Regimes in Libyen nach einer Schamfrist eine gedeihliche Zusammenarbeit gefunden werden wird.

<http://www.friedenskooperative.de/>

S. auch: - Friedenskooperative, Reader mit Stellungnahmen zu Libyen,

- Der NATO-Einsatz in Libyen ist (Öl-)interessengeleitet - Artikel von Prof. A. Buro und C. Ronnefeldt

<http://www.versoehnungsbund.de/2011-04-libyen>



Information, activism & resistance to U.S. militarism, war & corporate greed, linking with struggles against racism & oppression within the United States

<http://www.iacenter.org/>, <http://www.iacenter.org/nafricamideast/libya011711/>

“Of even more importance to the U.S. and Europeans is who controls the flow of oil. A military presence or a reliable puppet in Libya would give Washington --and to a lesser extent the European imperialists -- control of the oil spigot to Europe and also establish a military presence in North Africa from which to influence or prevent the development of the revolutions, especially in Egypt and Tunisia.”



April 9 & 10 Antiwar Rallies Will Draw Many Thousands to NYC & San Francisco

Jürgen Wagner

Libyen: Intervention im Namen des Volkes?

11.3. Mit großer Brutalität versuchen gegenwärtig die Truppen des Diktators Muammar al Gaddafi den Aufstand in Libyen niederzuschlagen. Auch wenn es zum gegenwärtigen Zeitpunkt (11. März 2011) unmöglich ist, verlässliche Prognosen über den weiteren Fortgang der Auseinandersetzungen zu treffen, eines lässt sich jetzt schon mit Sicherheit sagen: Diejenigen, die nun im Namen von „Demokratie“ und „Menschenrechten“ eine Flugverbotszone oder gar eine westliche Militärintervention fordern, machen sich – ob bewusst oder unbewusst – zu Handlangern derjenigen, denen es lediglich darum geht, die Geschicke des Landes in „geordnete“-sinn: pro-westliche – Bahnen zu lenken. Für die USA und die Europäische Union ist Gaddafi, mit dem man in jüngsten Jahren zwar recht profitabel kooperiert und dabei mehrere Augen bei dessen Menschenrechtsverletzungen zugeknipst hat (bzw. im Falle der Misshandlung von Migranten diese regelrecht ermutigte), ein zu unsicherer Kantonist geworden. Die massiven westlichen Interessen im Land erfordern einen zuverlässigeren Sachwalter und der Aufstand im Land eröffnet die Chance, einen solchen zu installieren. Auf der anderen Seite ist aber keineswegs ausgemacht, dass sich am Ende der Auseinandersetzung eine pro-westliche Regierung durchsetzt, weshalb das westliche Hauptinteresse darin besteht, über eine militärische Involvierung einen Fuß in die Tür zu bekommen, um die weiteren Ereignisse maßgeblich mitbestimmen zu können. Eine westliche Militärintervention ist nicht nur mit massiven Risiken behaftet, sondern sie würde auch jegliche emanzipatorische und progressive Lösung des Konfliktes in Libyen erheblich erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen. Denn der Westen hat ausschließlich seine eigenen Interessen im Blick, nicht die der unterdrückten libyschen Bevölkerung. Hierüber scheinen sich auch große Teile der Aufstandsbewegung im Klaren zu sein, die ganz im Gegensatz zu ihren – vermeintlichen – Unterstützern im Westen eine Intervention von außen strikt ablehnen.

Vom westlichen Saulus zum Paulus?

Muammar Gaddafi hat eine bemerkenswerte Karriere hinter sich, innerhalb seiner mittlerweile 42jährigen Diktatur wandelte er sich von einem westlichen Hassobjekt allerersten Ranges zu einem wichtigen Kooperationspartner. Einstmals war Gaddafi sogar ein Hoffnungsträger für viele Linke in und außerhalb des Landes, als dieser 1969 gegen den damaligen libyschen König Idris putschte: „Der Umsturz wurde im Land als ein Akt

der Entkolonialisierung verstanden. Gaddafi ließ alle ausländischen Militärstützpunkte schließen, darunter die riesige US-Air Base Wheelus, die Ölindustrie wurde verstaatlicht und sämtliche Italiener wurden zur Ausreise gezwungen. [...] Muammar al-Gaddafi wurde in jenen Schichten des Landes, die politische Veränderungen überhaupt wahrnahmen, zunächst als Revolutionär und Befreier akzeptiert.“[1] Soweit ersichtlich setzte Gaddafi zumindest anfangs sozialpolitisch auf eine progressive Politik: „[So] verdoppelte der Revolutionsrat als eine der ersten Maßnahmen den Mindestlohn, senkte die Mieten um 30-40% und verhängte ein Preiserhöhungsverbot - bereits von Beginn an sollte dem verarmten Land ein künftiges Teilhaben am Wohlstand signalisiert werden.“[2] Kaum verwunderlich also, dass sich im Laufe der 1970er die Konfrontation mit den USA sukzessive zuspitzte, 1978 erließen die Vereinigten Staaten erstmals ein Embargo auf militärische Güter (sowie teils auf Landwirtschaftsausrüstungen und Elektronikteile). Vor allem aufgrund der libyschen Verwicklung in Terroranschläge verschärfen sich die Konflikte ab dem Amtsantritt Ronald Reagans, der Gaddafi mit dem „personifizierten Bösen auf Erden“ gleichzusetzen schien, nochmals erheblich.[3] Bereits 1981 erließ Washington ein Handelsembargo und es kam zu ersten militärischen Scharmützeln. Den Höhepunkt erreichten die Konflikte mit den Luftangriffen vom 15. April 1986, die offiziell als Vergeltung für den Anschlag auf die Berliner Diskothek "La Belle" stattfanden, für den die libysche Führung mit verantwortlich gemacht wurde. Ziel der Operation war es, Gaddafi zu liquidieren, was allerdings nicht gelang.[4] Im Jahr 1992 verhängten die Vereinten Nationen darüber hinaus auch multilaterale Sanktionen, sodass es westlichen Firmen nahezu unmöglich war, im Land zu operieren.[5]

So fand sich Gaddafi für viele Jahre weit oben auf der Liste westlicher Staatsfeinde, was sich ab 1999 aber ändern sollte. Was den Gesinnungswandel Gaddafis verursachte, ob es das Interesse war, westliche Bündnispartner gegen die wachsende innenpolitische Opposition zu gewinnen oder ob andere Ursachen ausschlaggebend waren, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden.[6] Jedenfalls hatten scheinbar bereits in den 90er Jahren Verhandlungen über eine Neujustierung des konfrontativen Verhältnisses begonnen, die am Ende des Jahrzehnts Früchte abwerfen sollten.[7] So überstellte Gaddafi 1999 zwei libysche Staatsangestellte, die der Verwicklung in das Lockerbie-Attentat bezichtigt wurden, wofür die Vereinten Nationen ihre Sanktionen gegen Libyen im Ge-

genzug suspendierten. Der Wegfall der UN-Sanktionen ermöglichte europäischen Konzernen den Einstieg ins dortige Geschäft, weshalb sich in der Folge zahlreiche EU-Staatschefs regelrecht in die Hand drückten. Im März 2004 besuchte Englands damaliger Premierminister Tony Blair Libyen, dem im Oktober desselben Jahres Gerhard Schröder auf dem Fuße folgte. Gaddafi wurde von Präsident Nicolas Sarkozy 2007 mit allen Ehren in Frankreich empfangen und 2009 änderte Silvio Berlusconi beim G8-Gipfel in Italien extra die Sitzordnung, damit der libysche Diktator den Ehrenplatz zu seiner Linken bekommen konnte (rechts saß Barack Obama).[8] Neben der wirtschaftlichen „Öffnung“ erwies sich Gaddafi vor allem auch bei der brutalen Migrationsabwehrpolitik der Europäischen Union als überaus williger und nützlicher Komplize.[9]

Während EU-Konzerne also begannen, in Libyen „gute“ Geschäfte zu machen, wurde dies US-Firmen durch die fortbestehenden US-Sanktionen verboten. Aus diesem Grund formierten sich bereits im Jahr 2000 zahlreiche wichtige US-Konzerne unter dem Dach der „US-Libya Business Association“, um Lobbying für eine Aufhebung der US-Sanktionen zu betreiben.[10] Nachdem Gaddafi 2003 bekanntgab, Libyen hätte zwar an Massenvernichtungsmitteln gearbeitet, sei aber zur Aufgabe der Programme bereit, normalisierten sich auch die Beziehungen zu den USA rasch. Kurz darauf wurde damit begonnen, die US-Sanktionen schrittweise zu lockern und nachdem Libyen 2006 von der Liste der den Terror unterstützenden Staaten gestrichen worden war, wurden sämtliche Sanktionen aufgehoben, was auch US-Firmen endgültig den Einstieg ins Libyen-Geschäft ermöglichte.[11]

Nun konnten also die Geschäfte richtig losgehen, insbesondere auch, weil Gaddafi im Laufe der Jahre auf einen neoliberaleren Kurs umschwenkte und alles tat, um ausländische Investoren anzulocken. Insbesondere wurde der vormals strikt nationalisierte Energiesektor für ausländische Firmen geöffnet. Von 2000 bis 2010 wurde zudem ein Drittel der Staatsbetriebe privatisiert und laut Regierungsangaben vom April 2010 sollte in den Folgejahren „100 Prozent der Wirtschaft der Kontrolle privater Investoren übergeben werden.“[12] Kein Wunder also, dass der Internationale Währungsfonds Gaddafi noch Ende 2010 hervorragende Noten für seine Wirtschaftspolitik ausstellte. In einem Bericht hieß es: „Der Ölsektor profitiert weiter vom Bekenntnis zu ausländischen Direktinvestitionen.“ Weiter lobte der Bericht die „zahlreichen wichtigen Gesetze [...] zur

Modernisierung der Wirtschaft“ sowie die „Bemühungen, die Rolle des Privatsektors in der Wirtschaft zu vergrößern.“[13] Ob gewollt oder ungewollt, diese „Wirtschaftsreformen“ trugen sicherlich nicht zur Verbesserung der sozialen Situation im Land bei. Generell ist von der Sozialpolitik, die zumindest am Anfang der Gaddafi-Ära eine wichtige Rolle spielte, wenig übrig geblieben: „Libyen ist das reichste nordafrikanische Land. [...] Aber dies spiegelt sich nicht in der wirtschaftlichen Situation des durchschnittlichen Libyers wider [...] Die Arbeitslosenquote beträgt überraschende 30% und die Jugendarbeitslosigkeit 40-50%. Das ist die höchste in Nordafrika. [...] Auch andere Entwicklungsindikatoren zeigen, dass wenige der Petrodollars zum Wohlbefinden der 6,5 Millionen Libyer ausgegeben wurden. Das Bildungsniveau ist geringer als im benachbarten Tunesien, das über wenig Öl verfügt, und die Analphabetenrate ist mit 20% überraschend hoch. [...] Vernünftige Wohnungen sind nicht zu bekommen und ein generell hohes Preisniveau belastet die Haushalte noch zusätzlich.“[14] Gleichzeitig ging Gaddafi innenpolitisch brutal gegen Kritiker vor, wie ein Blick in den Jahresbericht von „Amnesty International“ zeigt: „Die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit blieben stark eingeschränkt. Die Behörden zeigten wenig Toleranz gegenüber abweichenden politischen Meinungen. Personen, die Kritik an der Menschenrechtspolitik der Regierung übten, wurden bestraft.“[15] Nun sind schwere Menschenrechtsverletzungen für die USA oder die Europäische Union selten ein Grund, nicht mit einem Regime bestens zu kooperieren, solange die Kasse stimmt. Auch Gaddafi machte hier keine Ausnahme, wie vor allem die schamlose Zusammenarbeit bei der Migrationsabwehr zeigt. Angesichts der anderen Bereiche, in denen der libysche Diktator innerhalb der letzten zehn Jahre westlichen Interessen ebenfalls weit entgegengekommen ist, drängt sich die Frage auf, weshalb er gleich zu Beginn des Aufstands – ganz im Gegensatz zu den Diktatoren Ägyptens und Tunesiens – vom Westen fallengelassen wurde wie eine heiße Kartoffel, ja mehr noch, weshalb offensichtlich darüber nachgedacht wird, militärisch beim Sturz des Diktators nachzuhelfen.

Westliche Interessen und Gaddafi als unsicherer Kantonist

Zunächst gilt es festzuhalten, dass sich Gaddafi deutlich von seinen kürzlich abgesetzten Spießgesellen in Ägypten und Tunesien unterscheidet. Während Hosni Mubarak und Zine el-Abidine Ben Ali eindeutig westliche Marionettenfiguren waren, trifft dies für Gaddafi nicht zu. Für ihn stand und steht stets die eigene Agenda im Vordergrund, für die er auch immer wieder bereit war, sich mit

dem Westen anzulegen.[16] Kurz, Gaddafi war und ist ein (zu) unsicherer Kantonist, insbesondere, nachdem die jüngsten Ereignisse ihn zu einer zu großen Bedrohung der westlichen Interessen gemacht haben – insbesondere im wichtigsten Bereich, dem Ölsektor.

Die Relevanz der libyschen Ölvorkommen steht außer Frage, sie sind mit 44,3 Mrd. Barrel die größten Afrikas. Besonders für die Europäische Union, die 10% ihrer Ölversorgung aus Libyen deckt, ist das Land von enormer Bedeutung. Im Falle Italiens machen die Libyen-Importe sogar 24% des Gesamtbedarfs aus, bei Frankreich sind es 10% und Deutschland importiert 6% aus dem nordafrikanischen Land.[17] Allein deshalb besteht ein großes Interesse an Stabilität und die ist mittlerweile mit Gaddafi angesichts der Breite der Aufstandsbewegung auf absehbare Zeit nicht mehr zu bekommen. Zudem fiel infolge der Konflikte zwischenzeitlich etwa die Hälfte der libyschen Ölproduktion weg, was zu einem sprunghaften Anstieg des Weltölpreises führte, der zwischenzeitlich auf 120 Dollar pro Barrel kletterte. Anhaltende Konflikte würden den Ölpreis weiter unter Druck setzen und damit eine erhebliche Belastung für die Ökonomien der Industrieländer darstellen. Zwar sank der Preis zwischenzeitlich wieder etwas, dennoch warnte der österreichische Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner davor, im Zuge der Auseinandersetzungen in Libyen bestünde die Gefahr, dass der Ölpreis auf 130-150 Dollar steigen könnte: „Das würde zweifellos Ängste vor einer neuerlichen Rezession schüren. Deshalb brauchen wir baldmöglichst Klarheit über die politische Situation in den Maghreb-Staaten.“[18]

Ein weiterer Aspekt, bei dem sich Gaddafi als zunehmend hinderlich erwiesen hatte, betrifft die Profitinteressen der Ölindustrie. Noch im Jahr 2008 titelte „Die Zeit“: „Alle wollen Libyens Öl. Unter Libyens Wüste lagern fossile Brennstoffe in riesigen Mengen. Ausländische Konzerne balgen sich um den Reichtum.“[19] In der Tat haben westliche Firmen erhebliche Summen in den libyschen Ölsektor investiert bzw. Verträge mit astronomischen Summen abgeschlossen – insgesamt ist von einer Gesamtvolumen in Höhe von über 50 Mrd. Dollar die Rede. So unterschrieb etwa die italienische ENI 2007 einen Vertrag, der ihr bei einer Investitionssumme von 28 Mrd. Dollar Öl- und Gasversorgungsrechte bis ins Jahr 2047 garantiert; die britische BP bezahlte im selben Jahr allein für das Explorationsrecht auf einer Fläche von 55.000 Quadratkilometern über 900 Mio. Dollar und plant in den kommenden Jahren bis zu 20 Mrd. Dollar zu investieren; und die amerikanische Exxon zahlte 2008 für Explorationsrechte 97 Mio. Dollar.[20] Auch die deutsche RWE sicherte sich Öl- und Gaskonzessionen im Sirte-Becken und hat vor, etwa 700 Mio. Dollar zu inves-

tieren, während die BASF-Tochter Wintershall mit einem Investitionsvolumen von 2 Mrd. Dollar in Libyen engagiert ist.[21]

Doch der Euphorie folgte schnell eine große Ernüchterung, denn so ganz war auf Gaddafi dann doch kein Verlass, wie Meldungen aus dem Jahr 2009 zeigen: „Der libysche Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi erwägt angesichts sinkender Mineralölpreise einen außergewöhnlichen Schritt. Laut der spanischen Zeitung ‚El País‘ sagte er bei einem Treffen mit dem spanischen König Juan Carlos in Tripolis, er schließe nicht aus, Einrichtungen internationaler Ölkonzerne in seinem Land zu verstaatlichen. Zwar hoffe er nicht, das tun zu müssen, möglicherweise würden ihm die sinkenden Preise aber keine andere Wahl lassen.“[22] Als Gaddafi 2009 dann tatsächlich „Eigentum“ der in Libyen operierenden kanadischen Ölfirma Verenex verstaatlichte[23], war der Unmut groß, wie ein Branchenreport aus demselben Jahr zeigt: „Wenn Libyen die Nationalisierung von Privatbesitz androhen kann; wenn es bereits verhandelte Verträge neu aufmacht, um sein Einkommen zu vergrößern oder ‚Tribut‘ von Firmen zu extrahieren, die hier arbeiten und investieren wollen; [...] dann wird den Unternehmen die Sicherheit verweigert, die sie für langfristige Investitionen benötigen. [...] Libyen hat es versäumt, eine stabile Plattform bereitzustellen.“[24]

Aus Sicht der Ölindustrie bietet sich also mit dem Aufstand die Möglichkeit, sich des Diktators zu entledigen, umso mehr, da er angesichts der Situation vor Ort ohnehin nicht mehr Herr der Lage zu sein scheint: „Als Gaddafi das libysche Öl kontrollierte, war er der Mann. Nun, da er es nicht mehr länger unter Kontrolle hat, ist er entbehrlich.“[25] So antwortete EU-Energiekommissar Günther Oettinger auf die Frage, weshalb eigentlich keine Blockade der Energieexporte durchgeführt werde, um Gaddafi finanziell zu schädigen: „Deswegen sind wir jetzt in der Landkarte unterwegs und wir haben Grund zu der Annahme, dass die Mehrzahl der Öl- und Gasfelder, in denen wieder gefördert werden soll oder gefördert wird, nicht mehr in der Hand Gaddafis sind.“[26]

Dennoch scheint es aus westlicher Sicht beschlossene Sache zu sein, dass Gaddafi abtreten muss. So äußerte sich der britische Premierminister David Cameron am 1. März 2011: „Für die Zukunft Libyens und seiner Bevölkerung muss das Regime von Colonel Gaddafi enden und er muss das Land verlassen. Hierfür werden wir jede mögliche Maßnahme ergreifen, um Gaddafis Regime zu isolieren, es von Geld abzuschneiden, seine Macht zu verringern und sicherzustellen, dass jeder, der für Misshandlungen in Libyen verantwortlich ist, dafür zur Rechenschaft gezogen werden wird.“[27] Andererseits bestehen in den Reihen der Ölmultis auch große Sorgen, dass aus den

Auseinandersetzungen eine Regierung hervorgehen könnte, die sich womöglich sogar noch unaufgeschlossener gegenüber ihren Profitinteressen erweisen könnte als es das Gaddafi-Regime war, wie etwa das Magazin Fortune befürchtet: „Unglücklicherweise könnten diese großen Deals mit hoher Wahrscheinlichkeit wertlose Papierfetzen werden, sollte Gaddafi das Land verlassen müssen. Jede Regierung, die an die Macht gelangen wird, wird zweifellos eine Neuverhandlung der Verträge wollen, was zu weniger Profiten aufseiten der Ölfirmen führen könnte. Eine neue Regierung könnte sogar die Industrie vollständig nationalisieren und alle Ausländer aus dem Land werfen.“[28]

Wie man es also dreht und wendet, für die Ölindustrie und die westlichen Regierungen besteht Handlungsbedarf. Ohne den Aufstand hätte man wohl mit Gaddafi leben und sich irgendwie arrangieren können: mit einem Bürgerkrieg und fortgesetzten Unruhen, die nicht nur die Ölversorgung gefährden, sondern auch die „Flüchtlingsgefahr“ erhöht, jedoch nicht. Und schon gar nicht will man zulassen, dass sich in Libyen eine Regierung etabliert, der womöglich das Wohlergehen der Bevölkerung mehr am Herzen liegt, als das ihrer Führungseliten und westlichen Komplizen. Auch wenn die Aufstandsbewegung sicher keineswegs nur aus progressiven Gruppen besteht, allein die Möglichkeit, dass sich diese durchsetzen, käme aus westlicher Sicht einem Horrorszenerario gleich, das unbedingt verhindert werden muss: „Was zu dieser neuen libyschen Revolution geführt hat, ist die Degeneration des Regimes, das aus der Revolution von 1969 hervorging, in eine kapitalistische Vetterwirtschaft. Der populäre Charakter der neuen Revolution ist unbestreitbar, es ist aber alles andere als sicher, welche Art von Regime daraus hervorgehen wird. Dieselben gierigen und mächtigen westlichen Interessen, die das Gaddafi-Regime zuerst angriffen und dann aufpäppelten, bereiten einen Kurswechsel vor, indem unter anderem eine militärische Intervention in Betracht gezogen wird.“[29]

Interventionsgeschrei und militärische Planspiele

In den USA erschienen bereits unmittelbar nach Ausbruch des Aufstandes zahlreiche Artikel, die für ein bewaffnetes Eingreifen in der ein oder anderen Form plädierten.[30] Prominent wahrgenommen wurde vor allem ein gemeinsamer Brief vom 25. Februar 2011, der von 40 US-Außenpolitikern unterzeichnet wurde. Er forderte Präsident Barack Obama auf, „sofort“ militärische Maßnahmen zum Sturz des Gaddafi-Regimes vorzubereiten.[31] Auch in linksliberalen Medien wie der „New York Times“ wurde für einen Krieg getrommelt. Dort erschien am 27. Februar ein Artikel, in dem davor gewarnt

wurde, dass infolge der Auseinandersetzungen Chaos ausbrechen und sich im Zuge dessen Al-Kaida im Land festsetzen könne. Um dies zu verhindern sei es erforderlich, „eine fremde Schutztruppe“ für eine Zeit lang im Land zu stationieren – sprich: es zu besetzen.[32] Die US-Regierung selbst schlug bereits am 22. Februar harte Töne an, indem Präsident Barack Obama das berühmte „all options are on the table“ betonte, mit dem stets signalisiert wird, dass eine Militärintervention ernsthaft in Betracht gezogen wird.[33]

Auf der anderen Seite des Atlantiks bot u.a. der linksliberale Guardian Ian Birrel, dem ehemaligen Redenschreiber David Camerons, eine Plattform für seine Kriegspropaganda: „Die einzige Lösung ist eine rasche Intervention, angeführt vielleicht von Ägypten oder Tunesien, deren Armeen sich in den letzten Wochen Respekt erworben haben, um Gaddafi aus seiner Basis zu jagen und seinem entsetzlichen Regime ein Ende zu setzen.“[34] Kein Wunder, dass auch Cameron selbst an der Spitze der Scharfmacher steht: „Wir schließen die Nutzung militärischer Mittel in keiner Weise aus.“[35] Bereits früh wurde denn auch gemeldet, dass die EU ernsthaft an Angriffsoptionen arbeite: „Die EU-Staaten ziehen Diplomaten zufolge für den Fall einer Katastrophe für die Menschen in Libyen Militäraktionen in Betracht. ‚Wir machen Notfallpläne mit verschiedenen Szenarien, das ist eine Möglichkeit, an der wir arbeiten‘, sagte ein EU-Diplomat am Donnerstag [24.02] in Brüssel.“[36] Am 10. März verabschiedete das Europäische Parlament mit 584 zu 18 Stimmen eine Resolution, die folgende Forderung enthielt: „Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten müssen Vorkehrungen für einen möglichen Beschluss des UN-Sicherheitsrats zur Einleitung weiterer Maßnahmen treffen, wie etwa die Einrichtung einer Flugverbotszone.“[37] Bereits kurz zuvor hatte das „Institute for Security Studies“ der Europäischen Union eine Analyse veröffentlicht, in der argumentiert wurde, eine Intervention sei selbst ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrates „rechtmäßig“, sollte dieser „inaktiv“ bleiben. Möglich sei dies auf Basis der sog. „Responsibility to Protect“, auf die sich auch die Resolution des Europäischen Parlaments bezog und mit der seit Jahren versucht wird, humanitäre Interventionen zu legitimieren.[38]

Schnell nach Ausbruch der Konflikte verabschiedeten sowohl die Vereinten Nationen als auch die Europäische Union Sanktionen. Frankreich und Großbritannien äußerten die Absicht, die Aufständischen unterstützen zu wollen und Italien kündigte einen Nicht-Aggressionspakt mit Libyen auf. Deutschland setzte als allererstes militärische Mittel ein, wenn auch „nur“, um 144 Personen aus dem Land zu evakuieren. Seither befinden

sich drei deutsche Kriegsschiffe permanent vor Ort. Auch die USA verlegten Kriegsschiffe in die Region, darunter ein Zerstörer und ein Flugzeugträger, um für alle Eventualitäten gewappnet zu sein.[39] Laut Pentagon-Sprecher David Lapan arbeiten US-Militärplaner an „verschiedenen Notfallplänen [und] an der Verlegung von Kräften, um zur Flexibilität in der Lage zu sein, wenn einmal eine Entscheidung getroffen wurde.“[40] Daniel Korski vom einflussreichen „European Council on Foreign Relations“ liefert einen Überblick über die derzeit in Betracht gezogenen Militäroptionen. In einem Artikel forderte er die westlichen Staaten dazu auf, den NATO-Militärausschuss anzuweisen, mit der Ausarbeitung militärischer Einsatzpläne für sechs Szenarien zu beginnen: „eine Flugverbotszone; eine Evakuierungstruppe zur Rettung europäischer Staatsangehöriger; eine Truppe, um Öl und Energieeinrichtungen zu schützen; Luftunterstützung für Regierungsgegner; und, schlussendlich, eine größere Interventionstruppe zum Schutz der Libyer.“[41] Doch Militärexperten weisen lautstark darauf hin, dass jede dieser Optionen mit erheblichen Risiken verbunden ist und der Erfolg – gerade im Lichte der vergangenen Interventionen – keineswegs garantiert werden könne. In aller Deutlichkeit kritisierte etwa der prominente Militärexperte Andrew Exum das Kriegsgetrommel: „Ich bin entsetzt darüber, dass liberale Interventionisten weiter vorgaukeln, es sei einfach, humanitäre Krisen und regionale Konflikte durch die Anwendung militärischer Gewalt zu lösen. So leichtfertig über diese Dinge zu sprechen, spiegelt ein sehr unreifes Verständnis der Grenzen von Gewalt und der Schwierigkeiten und Komplexitäten heutiger Militäroperationen wider.“[42] Angesichts dessen scheint – vorläufig – vieles darauf hinzudeuten, dass man sich zunächst auf eine der vermeintlich „unproblematischsten“ dieser Militäroperationen konzentrieren dürfte.

Flugverbotszone: Die Machtfrage ins Ausland verlagern

Inzwischen deutet alles darauf hin, dass eine Flugverbotszone in Libyen errichtet werden wird. Wer aber eine Flugverbotszone einrichtet, der muss diese gegebenenfalls auch militärisch durchsetzen – und das bedeutet einen Krieg zu führen. „Zunächst einmal bedeutet dies einen direkten militärischen Eingriff in die Souveränität eines Landes und kommt in diesem Sinne faktisch einer Kriegshandlung gleich. [...] Oder wie es der amerikanische Verteidigungsminister Gates am Mittwoch [2. März] vor einem Kongressausschuss sagte: ‚Lasst uns die Dinge beim Namen nennen. Die Einrichtung einer Flugverbotszone beginnt zunächst mit einem Angriff, bei dem die Luftabwehr zerstört wird.‘“[44] Auch der Chef des amerikanischen Zentralkommandos, James Mattis, betonte, man

müsse "die Luftabwehr außer Kraft setzen, um eine Flugverbotszone einzurichten." Man dürfe sich keinen Illusionen hingeben: "Dies wäre ein Militäreinsatz und nicht etwa die einfache Ansage, dass niemand mehr Flugzeuge einsetzen dürfe." [45]

Von französischer Seite aus wurden Berichten zufolge bereits Luftschläge gegen Ziele in Libyen vorgeschlagen [46], und das obwohl bspw. die Militärexperten von „Strategic Forecast“ (Stratfor) auf zahlreiche Fallstricke einer Flugverbotszone hinweisen. So seien große Teile der Luftabwehrkapazitäten des Gaddafi-Regimes flexibel verlegbar. Es sei deshalb davon auszugehen, dass diese in bevölkerungsreiche Gebiete verlegt würden, weshalb deren notwendige Zerstörung zwangsläufig zu zahlreichen Kollateralschäden führen werde. Da zudem der Großteil der Kämpfe am Boden stattfinden würde, könne laut Stratfor eine Flugverbotszone ohnehin wenig zur Schwächung der Truppen Gaddafis beitragen. [47] Unweigerlich würde aber nach Einrichtung einer Flugverbotszone der Druck für weitergehende Militärmaßnahmen steigen, sie könnte also mit hoher Wahrscheinlichkeit lediglich das Vorspiel für die Entsendung von Bodentruppen sein. Zumindest deuten hierauf auch die Erfahrungen mit den Flugverbotszonen 1991 über dem Nordirak (Operation Provide Comfort) und 1993 über Bosnien und Herzegowina (Operation Deny Flight) hin, ein Einsatz, der hier offenbar als Vorbild dienen soll [48]: beide mündeten in eine westliche Militärintervention mitsamt anschließender Besetzung mündeten. [49]

Ein hellsichtiger Artikel wies sowohl auf die eigentliche Intention als auch auf die Folgen hin, die mit der Errichtung einer Flugverbotszone einhergehen würden: „Letztlich handelt es sich um eine Entscheidung mit politischen Folgen. Mit einem Mandat für den Luftsinsatz würde die Machtfrage ins Ausland verlagert. Wer aber einmal mitmacht, der gerät auf die schiefe Ebene, der wird sich nicht mehr entziehen können, sollte Gaddafi über Wochen oder gar Monate Widerstand leisten oder ein Guerilla-Krieg ausbrechen. Dann würde der Druck steigen, auch für einen Bodeneinsatz.“ [50] Ein praktisches Anschauungsbeispiel, auf welche Weise die „Machtfrage ins Ausland verlagert“ werden kann, liefert Jürgen Chrobog, ehemaliger Staatssekretär im Auswärtigen Amt: "Es muss eingegriffen werden. [...] Ich halte eine Flugverbotszone für unausweichlich.“ Hierfür und auch für weitergehende Militärmaßnahmen sei „eigentlich“ eine Mandatierung des Sicherheitsrates erforderlich, wogegen sich vor allem Russland und China sträuben: „Doch wenn wir sie nicht kriegen, muss man überlegen, wie weit man sonst vorgehen kann und wo eine Rechtsgrundlage ist, und ich sagte ja, ein Hilfversuch auch der Menschen vor Ort, der Menschen in Bengasi [...] könnte letzten Endes aus humanitären

Gründen vielleicht auch als ausreichend angesehen werden.“ [51]

So einfach ist es also: im Namen der Humanität folgt man dem Ruf der Opposition in Bengasi und aufgrund der hehren Absichten können dabei auch die Vereinten Nationen übergangen und damit das Völkerrecht gebrochen werden. Ganz so simpel ist die Sache jedoch nicht, denn innerhalb der libyschen Aufstandsbewegung reicht das Spektrum der Meinungen von der strikten Ablehnung jeglicher westlichen Einmischung über die ausschließliche Befürwortung einer Flugverbotszone bis hin zu vereinzelt Forderungen nach einer westlichen Militärintervention. Indem auf die Kräfte gesetzt wird, die ohnehin aufgeschlossen gegenüber einer westlichen Involvierung sind, werden so auch pro-westliche Elemente innerhalb der Aufstandsbewegung systematisch gestärkt und für die Zukunft aufgebaut.

Intervention: Not in our Name!

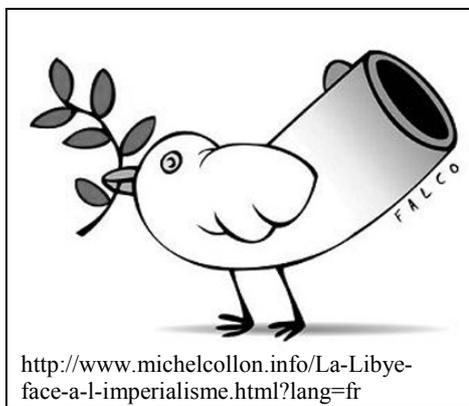
Aufschlussreich ist eine Analyse der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP), nach deren Angaben sich die Aufständischen im Wesentlichen aus vier Gruppen zusammensetzen würden: Teile der ehemaligen Elite, die inzwischen übergelaufen seien; den Stämmen, von denen mittlerweile sich ein Großteil gegen Gaddafi gewendet habe; den Muslimbrüdern, die vor allem in der „urbanen Mittelschicht“ Unterstützung fänden; sowie „arbeitslose oder unterbeschäftigte junge Männer“, ihre Angriffe auf Polizeistationen seien „der entscheidende Impuls für den Aufstand“ gewesen. Trotz der Gründung einer Übergangsregierung könne von einer einheitlichen Oppositionsbewegung keine Rede sein, so die weitere Einschätzung: „Die Aufständischen sind eine lose Koalition verschiedener Gruppen, deren Zusammenhalt spätestens mit dem Sturz Qaddafis gefährdet sein dürfte.“ Nach dem Sturz Gaddafis stünde Libyen vor schwierigen Problemen: „Für die Mehrheit der politischen Akteure wird es aber weniger um die Grundlagen des libyschen Staates, sondern vielmehr um die Neuverteilung der Ressourcen gehen.“ [52] Genau jene „politischen Akteure“ zu stärken, die lediglich die Pfründe neu verteilen, nicht aber grundlegende Veränderungen einleiten wollen, scheint gerade das Ziel zu sein. Auf westlicher Seite hat deshalb bereits fieberhaft die Suche nach geeigneten „Kooperationspartnern“ innerhalb der Aufstandsbewegung begonnen. Man wolle der Opposition jegliche „Hilfe“ zur Verfügung stellen, heißt es in den westlichen Hauptstädten, wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil man anders als etwa in Ägypten oder Tunesien über wenig Kontakte durch politische Stiftungen oder militärische Kooperationsprogramme verfügt. [53] Offensichtlich wird derzeit versucht, dieses „Versäumnis“ zu korrigieren, um so einen Fuß mit dem Ziel in die Tür zu bekommen, den weiteren Fortgang der Dinge

maßgeblich mitbestimmen zu können. In diesem Zusammenhang wurde etwa am 7. März bekannt, dass ein britisches Team, bestehend aus einem Diplomaten, sechs Militär-Spezialeinheiten sowie zwei Agenten des Auslands-Geheimdienstes MI 6, in der Nähe Bengasis mit ihrem Kampfhubschrauber gelandet und daraufhin von Rebellen in Haft genommen worden waren. Die Aktion, die vom britischen Außenminister William Hague abegesenet worden war und ohne offizielle Absprache mit der Opposition erfolgte, dürfte wohl nur eine unter vielen gewesen sein. Die anschließenden stümperhaften Versuche, sich herauszureden, kommentierte das „Hamburger Abendblatt“ folgendermaßen: „Die Delegation hätte ‚Kontakte zu den Aufständischen‘ herstellen sollen, heißt es offiziell. Offen bleibt jedoch, warum dazu Kampfhubschrauber voller Munition, Waffen und gefälschte Pässe aus vier unterschiedlichen Ländern im Gepäck nötig waren.“ [54]

In jedem Fall zeigt das Ereignis eindrücklich, dass innerhalb der Aufstandsbewegung – zu Recht – großes Misstrauen gegenüber einer westlichen Einmischung herrscht. So berichtete Lourdes Garcia-Navarro aus Bengasi: „Sie wollen nicht gerettet werden, sie wollen keinerlei militärische Intervention. Sie sagen, sie hätten dies alleine vollbracht und sie würden sich Moammar Gaddafi selbst vom Hals schaffen.“ [55] Hafiz Ghoga, Sprecher des neuen „National Libyan Council“, bestätigt den Eindruck des Journalisten: „Wir lehnen eine ausländische Intervention vollständig ab. Der Rest von Libyen wird vom Volk befreit werden.“ [56] Auch der Vorsitzende des „National Libyan Council“, Mustafa Abdul Dschalil, machte deutlich: "Wir wollen keine ausländischen Soldaten hier." [57] Allerdings mehrten sich mittlerweile Forderungen aus der Oppositionsbewegung, eine Flugverbotszone einzurichten. [58] Dies könnte sich jedoch sehr schnell als Bumerang erweisen, da hierdurch der Weg für eine westliche Militärintervention geebnet werden könnte, was weiterhin mit großer Mehrheit abgelehnt wird. Ein Blick auf die andere vom Westen „befreiten“ Länder – Kosovo, Afghanistan, Irak – sollte zudem genügen, um sich die „Nebenwirkungen“ eines Militäreinsatzes bewusst zu machen: „Das Beispiel des Irak beängstigt jeden in der arabischen Welt“, so Abeir Imneina, Politikprofessorin an der Universität in Bengasi. „Wir wissen sehr genau, was mit dem Irak geschehen ist, der von heftiger Instabilität geplagt wird. In diese Fußstapfen zu treten ist in keiner Weise attraktiv.“ [59]

Muammar Gaddafi ist ein Verbrecher und er gehört vor Gericht – besser früher als später. Eine westliche Militärintervention zu fordern, heißt jedoch den Bock zum Gärtner machen, sie könnte auf absehbare Zeit jeglicher Perspektive auf eine progressive Regie-

rung in Libyen den Dolchstoß versetzen: „Untrennbar mit den Forderungen nach demokratischen Freiheiten verbunden ist ein tiefgehendes Verlangen nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. [...] Eine Militärintervention würde nicht nur eine Gefahr für Libyen und seine Bevölkerung bedeuten, sondern auch für die Kontrolle [ownership] dessen, was bislang eine vollständig organische, hausgemachte Demokratiebewegung in der gesamten Region war.“ [60] Leider scheint es genau das Ziel zu sein, diese demokratische Bewegung in den Griff zu bekommen, denn wenn die Europäische Union wirklich ein Interesse hätte, der Bevölkerung in Libyen und der Region zu helfen, so hätte sie schon längst die Grenzen geöffnet, anstatt ihre Grenzschutzagentur FRONTEX zur Abwehr verzweifelter Menschen in Stellung zu bringen: Bereits am 20. Februar startete die Europäische Union den FRONTEX-Einsatz „HERMES 2011“: „Ein wichtiger Teil der Operation sei übrigens auch die Hilfe bei der Rückführung der Bootsflüchtlinge in ihre Herkunftsländer, wie Frontex bekanntgab. Das ist die erste offizielle Bestätigung dafür, dass offenbar die meisten Bootsflüchtlinge demnächst nach Tunesien zurückgeschickt werden sollen - koordiniert durch Frontex. Auch deshalb ist die Einrichtung eine der umstrittensten in der EU.“ [61] Wie schamlos sich in dieser Frage verhalten wird, sollte all denen zu denken geben, die nun im Namen der Menschenrechte buchstäblich zu den Waffen rufen.



Anmerkungen:

- [1] Kister, Kurt: Muammar al-Gaddafi. Letztes Gefecht eines alten Revolutionärs, Süddeutsche Zeitung, 23.02.2011.
 [2] Vrabl: Andreas: Libyen: Eine Dritte Welt - Revolution in der Transition, Diplomarbeit, Universität Wien, Juli 2008, S. 7: http://othes.univie.ac.at/846/1/2008-07-30_9951900.pdf [3] Vrabl 2008, S. 48.
 [4] Libyen: Reagan beging "abscheuliches Verbrechen", RP Online, 06.06.2004.
 [5] „Auslöser für weitergehende Sanktionen gegen Libyen war die Bekanntmachung der USA und Großbritanniens am 14. November 1991, dass zwei Libysche Geheimdienstoffiziere mit direktem Auftrag von Gaddafi für den Lockerbie-Anschlag verantwortlich seien und man dafür stichhaltige Beweise hätte. Über dem schottischen Ort Lockerbie explodierte am 21. Dezember 1988 eine Boeing 747 durch eine

- Bombe, 270 Menschen starben, davon elf am Boden.“ (Vrabl 2008, S. 78).
 [6] Vgl. Vrabl 2008, S. 88ff.
 [7] How Gaddafi became a Western-backed dictator, Peters Notepad, 24.02.2011: <http://peterb1953.wordpress.com/2011/02/24/how-gaddafi-became-a-western-backed-dictator/>
 [8] Krause-Jackson, Flavia: Berlusconi's 'Slavish' Courtship of Qaddafi Haunts Italy, Bloomberg, 23.02.2011.
 [9] „Menschenrechtsorganisationen und Journalisten berichten seit Jahren regelmäßig von den brutalen Praktiken, denen Migranten in Libyen ausgesetzt sind. Dass die Flüchtlinge festgehalten, zu Hunderten in Container gepfercht und in Lager in der Wüste transportiert werden, wo man sie ohne genügend Nahrung in völlig überfüllte Zellen sperrt - Fläche pro Flüchtling: oft ein halber Quadratmeter -, gehört zum Alltag. Glaubwürdige Berichte belegen darüber hinaus, dass es in den Flüchtlingslagern immer wieder zu körperlicher Folter und zur Ermordung der Internierten kommt. Dass unerwünschte Migranten zuweilen in menschenleeren Wüstengebieten an der Grenze des Landes ausgesetzt werden - ohne überlebensnotwendige Ausrüstung und Nahrung -, kommt Mord ebenso gleich wie der gelegentliche Beschuss von Flüchtlingsbooten durch die libysche Küstenwache.“ (Der Zerfall eines Partnerregimes, German-Foreign-Policy.com, 23.02.2011).
 [10] Zu den Firmen gehören ExxonMobil, BP, ConocoPhillips, Chevron, Marathon Oil, Occidental Petroleum, Shell, and Hess Corporation. The non-energy firms lobbying on Libya include Boeing, Caterpillar, Dow Chemical, Fluor Corporation, Halliburton, Motorola and Raytheon.
 [11] Vgl. Vrabl 2008, S. 105.
 [12] Libya to privatise half of economy in a decade, Reuters, 02.04.2010.
 [13] Zaptia, Sami: Another Positive IMF Report on Libya's Economic Progress, Tripoli Post, 18.11.2010: <http://www.tripolipost.com/articledetail.asp?c=2&i=5121>
 [14] Africa Online News zitiert bei How Gaddafi became a Western-backed dictator, Peters Notepad, 24.02.2011: <http://peterb1953.wordpress.com/2011/02/24/how-gaddafi-became-a-western-backed-dictator/>
 [15] Amnesty Report 2010: Libyen: <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2010/libyen?destination=node%2F2971>
 [16] Nazemroaya, Mahdi Darius: Libya: Is Washington Pushing for Civil War to Justify a US-NATO Military Intervention? Globalresearch.ca, 24.02.2011.
 [17] Import Dependence on Libyan Oil, Strategic Forecast, 22.02.2011.
 [18] Disruption to Libyan oil supply highlights need for EU energy diversification, Deutsche Welle, 01.03.2011.
 [19] Alle wollen Libyens Öl, Zeit Online 26.02.2008.
 [20] Sanati, Cyrus: Big Oil's \$50 billion bet on Libya at stake, Fortune, 23.02.2011.
 [21] Der Zerfall eines Partnerregimes (II), German-Foreign-Policy.com, 25.02.2011.
 [22] Öl: Gaddafi plant Verstaatlichung, Die Presse, 26.01.2009.
 [23] Walkom, Thomas: Libyan oil, not democracy, fuelling the West, The Star, 03.03.2011.
 [24] Zweig, Stefan: Profile of an Oil Producer: Libya, Heatingoil.com, 29.09.2009: <http://www.heatingoil.com/wp-content/uploads/2009/09/profile-of-an-oil-producer-libya.pdf>
 [25] Walcom 2011.
 [26] EU's Oettinger: Libyan oil fields no longer under Gaddafi's control: http://www.youtube.com/watch?v=zMfziFkOS8E&feature=player_embedded#at=72
 [27] Mulholland, Hélène: Libya crisis: Britain mulling no-fly zone and arms for rebels, says Cameron, The Guardian, 28.02.2011.
 [28] Sanati 2011.

- [29] How Gaddafi became a Western-backed dictator, Peters Notepad, 24.02.2011: <http://peterb1953.wordpress.com/2011/02/24/how-gaddafi-became-a-western-backed-dictator/>
 [30] Vgl. etwa Liberating Libya. The U.S. and Europe should help Libyans overthrow the Gadhafi regime, Wall street Journal, 23.02.2011; oder Vandewalle, Dirk: After Gaddafi, Newsweek, 27.02.2011.
 [31] Lobe, Jim: Neo-Con Hawks Take Flight over Libya, Inter Press Service 25.02.2011.
 [32] MacFarquhar, Neil: The Vacuum After Qaddafi, New York Times, 27.02.2011.
 [33] Obama says U.S. readying full range of options on Libya, Reuters, 24.02.2011.
 [34] Birrel, Ian: On Libya we can't let ourselves be scarred by Iraq, The Guardian, 23.02.2011.
 [35] Kampf um Kontrolle libyscher Städte, Tageschau.de, 01.03.2011.
 [36] Welt Online: Live-Ticker Libyen: <http://www.welt.de/politik/ausland/article12631912/Deutsche-Marine-schickt-Kriegsschiffe-nach-Libyen.html>
 [37] EP drängt Hohe Vertreterin Ashton auf offizielle Anerkennung des libyschen Rebellenrats, Plenarsitzung in Straßburg 7.-10. März 2011: http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/008-114496-001-01-01-901-20110228FCS14493-01-01-2006-2006/default_p001c005_de.htm
 [38] Peral, Luis: Implementing R2P in Libya – How to Overcome the Inaction of the UN Security Council, ISS Analysis, March 2011.
 [39] Die Fahne der Abhängigkeit, German-Foreign-Policy.com, 02.03.2011.
 [40] US repositioning forces around Libya-Pentagon, Reuters, 28.02.2011.
 [41] Korski, Daniel: What Europe needs to do on Libya, European Council on Foreign Relations, 25.02.2011.
 [42] Lobe 2011. Vgl. für eine Einzelkritik jeder derzeit überlegten Einsatzoption Gupta, Susil: Libya: Dreams of Western Intervention, Antiwar.com, 26.02.2011.
 [43] Vgl. Hanover, Jason/White, Jeffrey: U.S.-NATO Intervention in Libya: Risks and Benefits, Washington Institute PolicyWatch #1763, 24.02.2011.
 [44] Flugverbotszone kann Massaker am Boden nicht verhindern, Neue Züricher Zeitung, 03.03.2011. Auch vom „European Council on Foreign Relations“ wird eingeräumt: „Eine europäische Involvement, selbst die Erzwingung einer Flugverbotszone, wäre ein kriegerische Handlung.“ (Korski 2011)
 [45] "Ohne Militäreinsatz keine Flugverbotszone", tagesschau.de, 02.03.2011.
 [46] Sondergipfel der EU-Staaten zur Lage in Libyen, AFP, 10.03.2011.
 [47] How a Libyan No-fly Zone Could Backfire, Stratfor, 08.03.2011.
 [48] „Einige Nato-Staaten bereiten nach Angaben von Diplomaten Krisenpläne für eine Flugverbotszone über Libyen vor. Modell für die Pläne sei die Flugverbotszone, welche die Nato in den neunziger Jahren über dem Balkan eingerichtet habe.“ (Erste Schritte zu Flugverbotszone über Libyen, Neue Züricher Zeitung, 02.03.2011).
 [49] Marischka, Christoph: Per Flugverbotszone in den Krieg in Nordafrika? IMI-Standpunkt 2011/013.
 [50] Süddeutsche Zeitung – Deutschland Flugverbot birgt Gefahren, 01.03.2011.
 [51] Flugverbotszone in Libyen ist "unausweichlich", Jürgen Chrobog, Ex-Diplomat, zu Handlungsmöglichkeiten, Deutschlandfunk, 03.03.2011: http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1402117/
 [52] Wolfram Lacher: Libyen nach Qaddafi; SWP-Aktuell 12, März 2011. Siehe auch Auf Partnersuche, German-Foreign-Policy.com, 10.03.2011.
 [53] „Unübersichtlich gestaltet sich nach wie vor die Suche nach neuen Kooperationspartnern, die - aus deutscher Sicht - an die Stelle des Gaddafi-Regimes treten könnten. Die Mechanismen, auf die die Bundesrepublik in vergleichbaren Fällen zurückgreifen

kann, funktionieren im libyschen Falle nicht: Einrichtungen wie das Goethe-Institut oder Büros der parteinahen Stiftungen, die in anderen Ländern Kontakte zu den Eliten auch jenseits der jeweiligen Regierungen herstellen, konnte Berlin in Tripolis nicht etablieren. Die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung etwa, die beispielsweise in Ägypten seit Jahren Beziehungen zur jetzt hoffnungsfrohen Opposition unterhält, hat sich um Libyen bislang nicht gekümmert. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung versuchte mehrfach, sich von Tunesien aus in Libyen zu etablieren, scheiterte jedoch: Ihre Anträge seien von der Regierung in Tripolis "im Endeffekt" nie entschieden worden,

berichtet ein Nahost-Experte der Organisation. " (Die Fahne der Abhängigkeit, German-Foreign-Policy.com, 02.03.2011).

[54] Der Spion, der es versiebt – Soldaten in den Sand gesetzt, Hamburger Abendblatt, 07.03.2011.

[55] Libyan Rebels Close In On Tripoli, National Public Radio, 27.02.2011:

<http://www.npr.org/2011/02/28/134101354/libya-rebels-control-closest-city-to-capital>

[56] Libya rebels form council, oppose foreign intervention, Reuters, 28.02.2011.

[57] EU treibt Gaddafi in die Enge, Stern.de, 28.02.2011.

[58] Gadhafi's forces strike back hard, send rebels fleeing in disarray, Arizona Daily Star, 11.03.2011.

[59] World powers edge closer to Kadhafi solution, AFP, 01.03.2011.

[60] Milne, Seumas: Intervention in Libya would poison the Arab revolution, The Guardian, 02.03.2011.

[61] Troendle, Stefan: Frontex startet Mission "Hermes 2011", tagesschau.de, 20.02.2011.

<http://www.imi-online.de/2002.php?id=2258>

Tobias Pflüger

Der Westen und die arabischen Revolutionen

16.3.2011

Die Aufstände in arabischen Ländern haben manche überrascht, darunter auch so manche westliche Regierung wie die der Bundesrepublik. Seit Jahren hatte und hat die deutsche Regierung die besten Beziehungen zu den verschiedenen arabischen Herrschern, egal wie brutal und undemokratisch diese herrschten oder herrschen. Für Deutschland - wie für die anderen EU-Ländern sowie die USA und Israel - waren und sind die despotischen arabischen Herrscher die Garanten für "Stabilität" in der Region. Jahrelang wurden und werden bis heute diese autoritären arabischen Despoten gestützt gegen eine vermeintliche "islamistische" Gefahr. Davon profitierten Mubarak in Ägypten, Ben Ali in Tunesien und davon profitieren bis heute alle anderen arabischen Herrscher von Marokko über Bahrain und Saudi-Arabien bis Dschibuti (das i.Ü. einen Bundeswehr-Stützpunkt hat). Dafür wurden und werden Wahlergebnisse von Wahlen wie denjenigen in Algerien oder in Palästina dann einfach nicht anerkannt.

Aber vor allem wurde diesen undemokratischen arabischen Regimes "geholfen" von westlichen Regierungen und westlichen Industriekonzernen, nicht nur mit Waffenhilfe, also Rüstungsexporten, sondern auch mit Ausbildungs- und Ausstattungshilfe. Bei der Bundeswehr wurden und werden Soldaten der verschiedenen arabischen Staaten ausgebildet. Die Polizei und den Präsidenten untergeordnete Milizen, die z.B. in Ägypten und Tunesien diejenigen waren, die zum Teil noch viel brutaler gegen Demonstrant/innen vorgingen als die Armee, waren nicht selten ausgebildet worden mit Hilfe westlicher Staaten - darunter auch Deutschland. Ich selbst konnte mir in Vicenza in Italien ein Bild davon machen wie die EU, EU-Staaten

und die G 8 Polizisten, Militärs und Milizen nicht nur aus den arabischen Ländern ausgebildet haben, explizit auch in Aufstandsbekämpfung. Aus westlichen Staaten stammen somit nicht selten denn auch Waffen und sonstige Ausrüstung der Polizei, Armee und Milizen, die in den meisten arabischen Ländern noch die Macht der despotischen Herrscher absichern. Bei meinen Reisen in diese arabischen Länder im Rahmen meines ehemaligen Mandats im Europäischen Parlament konnte ich das selbst wiederholt in Augenschein nehmen. Es ist endlich an der Zeit, dass Deutschland - wie die anderen EU-Länder und die USA, Israel, Russland und China - diese Ausbildungs- und Ausstattungshilfe für autoritäre Regime endlich stoppen, das gilt nicht nur für die arabischen Länder, sondern auch für afrikanische und lateinamerikanische Länder.

Die Despoten der arabischen Länder sind noch aus einem weiteren Grund enge Freunde der westlichen Regierungen. Sie haben die Drecksarbeit gemacht bei der Absicherung der Europäischen Union gegen Flüchtlinge, durch Errichtung von Lagern mit EU-Geldern in ihren Ländern und "frühzeitiges" Abfangen der Flüchtlinge an der Mittelmeerküste, bevor sie in die Arme von Frontex geraten. Die Genfer Flüchtlingskonvention wurde hier völlig aus Kraft gesetzt. Das Bild von Berlusconi und Gaddafi bei der Unterzeichnung von Vereinbarungen gegen Flüchtlinge ist nur das ekelhafte Sinnbild für diese mörderische EU-Flüchtlingspolitik mit den arabischen Despoten.

Und jetzt marschiert der Westen wieder ein in den arabischen Ländern. Vorerst offensichtlich nicht militärisch - wobei ein solcher militärischer Einmarsch in Libyen real

droht -, nein, es wird mit wirtschaftlicher und politischer Hilfe "einmarschiert". Westertelle und Nebel geben Millionenbeträge frei, um z.B. Parteaufbau nach westlichen Vorbild in Tunesien und Ägypten zu fördern. Damit gestaltet sich der Westen die aufkeimenden Demokratien in diesen Ländern nach seinem Geschmack. Diese "Demokratiehilfe" des Westens ist gefährlich. Damit werden in den Revolutionsbewegungen der einzelnen Ländern diejenigen gefördert, die pro-westlich sind und diejenigen z.B. in Tunesien und Ägypten, die eine eher unabhängige, ja sogar linke Politik machen wollen, schon rein finanziell an den Rand gedrängt. Die Europäische Union ist sehr raffiniert in dieser "Demokratiehilfe", sie hat dazu einige umfangreich ausgestattete Finanzierungsinstrumente, wie das Nachbarschafts- oder das Stabilitätsinstrument. Es werden Milliarden Euro in die arabischen Länder fließen, um sie möglichst pro-westlich und kapitalfreundlich zu halten. Dann kann auch weiterhin Ausbildungs- und Ausstattungshilfe fließen. Das Horrorszenario für die westlichen Regierungen sind säkulare, unabhängige, sozial orientierte, linke und dem Westen gegenüber kritische Entwicklungen in den arabischen Ländern. Wir sollten hierzulande öffentlich machen, was in diesen arabischen Revolutionen auch in diesem Bereich vorhanden oder am Entstehen ist, auch damit die arabischen Revolutionen nicht vom Westen gestohlen werden.

<http://www.imi-online.de/2002.php?id=2261>

IMI-Standpunkt 2011/017 - erscheint in: Zivilcourage 1/2011

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. <http://www.imi-online.de>

Ostermärsche: Bei den Ostermärschen demonstrieren Friedensinitiativen in diesem Jahr für den Abzug der Truppen aus Afghanistan, die Abschaffung der Atomwaffen und die Stilllegung der AKWs - gemeinsam mit Umweltgruppen und der Anti-AKW-Bewegung. **25 Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl werden am Ostermontag große Demonstrationen gemeinsam durchgeführt.** Termine: <http://www.friedenskooperative.de/om2011ndx.htm>.

Wettlauf um Afrika: Revolutionen, Interventionen, Land Grabbing und Freihandel 16.03.2011

Fabian Scheidler: *Michel Chossudovsky, welche Rolle haben der Internationale Währungsfond und andere internationale Organisationen bei der Verarmung Nordafrikas gespielt?*

Michael Chossudovsky: Die Länder Nordafrikas sind den gleichen IWF-Programmen unterworfen worden, die weltweit auch in anderen Ländern, insbesondere Entwicklungsländern durchgesetzt wurden. Es ist ein Standard-Instrumentarium, das darin besteht, die nationale Ökonomie zu destabilisieren, indem man sie für den Freihandel öffnet, was oft zur Destabilisierung der Landwirtschaft führt. Ein weiteres Instrument ist die Entwertung der Währung, was wiederum Inflationsdruck ausübt. Die Löhne werden schließlich gedrückt, Sozialleistungen werden beschnitten. Diese Maßnahmenpakete führen zur Verarmung von Millionen von Menschen, sie zerstören das Leben von Menschen und erzeugen zudem ein Vakuum im kompletten Wirtschaftsprozess innerhalb des Landes. Sie zerstören die Fähigkeit von Regierungen, eine eigenständige Entwicklung zu finanzieren. Ein wichtiger Einschnitt ereignete sich auf der Höhe des Golfkrieges 1991. Ägypten war an der Seite anderer arabischer Staaten an diesem Krieg beteiligt. Eine der Bedingungen der Teilnahme Ägyptens war die Streichung von beträchtlichen Militärschulden mit den USA und die Übernahme von umfassenden IWF Reformen, die während der Zeit des Golfkrieges durchgesetzt wurden. Ich war zufällig in Ägypten, als die Reformen verhandelt wurden. Ich war Gast des Finanzministeriums. Ich sprach mit Leuten von der Zentralbank, dem Finanzministerium. Ich traf zahlreiche Minister. Ich hielt Vorträge vor Staatsbeamten und Präsidentenberatern. Es gab eine einhellige Meinung bei den Funktionären: Jeder war gegen die Reformen. Keiner wollte die Programme, auf allen Ebenen der Regierung, inklusive der Berater Mubaraks, war man dagegen. Aber man sagte: "Wir können nichts machen. Unsere Hände sind gebunden." Keiner der Leute in der Mubarak-Regierung entschied hier also irgend etwas. Es waren die ausländischen Berater, Vertreter des Internationalen Währungsfond, vom US-Außenministerium. Das waren aus meiner Perspektive die Umstände, die damals herrschten und die auch heute noch domi-

nieren. Und die Auswirkungen dieser Programme von 1991 waren verheerend. Zuerst einmal war es die erste Stufe der Deregulierung der Nahrungsmittelpreise. Die Preise gingen von da an bergauf. Zuvor waren Nahrungsmittel stark subventioniert. Es war der Beginn der Destabilisierung der Landwirtschaft. IWF und Weltbank sind Bürokratien. Ich sage nicht, dass sie notwendigerweise die Entscheidungen treffen. Sie handeln im Auftrag der Wall Street. Wir sollten daher eher vom Wall Street Konsensus sprechen als vom Washington Konsensus. Ich möchte auch anmerken - und das ist wichtig -, dass die Protestbewegung sich nicht gegen den IWF und die Vereinigten Staaten und ihre Einmischung in die Politik Ägyptens richtete. Im Gegenteil. Warum waren die amerikanische Botschaft, die Delegationen der Europäischen Union, IWF und Weltbank nicht das Ziel der Protestbewegung? Es ging um die Ersetzung einer Person, eines Präsidenten, einer Marionette. Es ging nicht gegen die Strippenzieher. Das ist ein grundsätzliches Problem. Die Protestbewegung thematisierte von Anfang an nicht die Gründe für die Verarmung, die Kontrolle ausländischer Kräfte über den ägyptischen Staatsapparat. Der Grund dafür mag in einem Missverständnis liegen. Aber es gab eine Reihe von Oppositionsgruppen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, die von amerikanischen Stiftungen unterstützt werden, die nach Washington gebracht wurden, um sich mit Leuten des Außenministeriums zu treffen. Wir haben Beweise dafür, dass es Spitzentreffen der Oppositionsbewegung mit Hillary Clinton und vorher Condolezza Rice gegeben hat. Warum bringt man Vertreter der Oppositionsgruppen nach Washington, um sich mit Mitgliedern des Kongresses zu treffen, mit dem nationalen Sicherheitsberater, mit dem Senatsausschuss für Auslandsbeziehungen und so weiter? Es ist klar, dass die USA Kontrolle über die Opposition erlangen wollen, die in Zukunft einmal die Regierung bilden könnte. Die Bewegung 6. April oder Kifaya: Diese Kräfte werden unterstützt von US-Stiftungen. Deshalb sind ihnen die Hände gebunden, wenn man kritisch über das Verhältnis Ägyptens zu den USA sprechen will, über den Einfluß amerikanischer Interessen und die Forderungen von internationalen Finanzinstitutionen, Banken und so

weiter. Das ist etwas, worüber nicht gesprochen wird. Daher ist die Protestbewegung in einer Sackgasse. Ich denke, dass eine Reihe von Führern der Bewegung die Basis betrogen haben. Jetzt beginnt man allerdings, einige dieser Themen zu diskutieren. Aber das ist nicht länger im Blickpunkt der Medienberichterstattung. Nun sind die Menschen mehr damit beschäftigt, dass es einen wirklichen Politikwechsel in Ägypten gibt, also mehr als die Ersetzung einer Person durch eine andere unter Fortführung des Militärregimes.

David Goebmann: Die USA und die EU denken über Militärinterventionen in Libyen nach. Welche Interessen sind damit verbunden?

Michel Chossudovsky: Für mich ist klar, dass dies kein humanitäres Unternehmen ist. Wir sollten es eher einen Kampf um Öl nennen. Es geht darum, 3,5 Prozent der weltweiten Erdgas- und Erdöl-Reserven zu kontrollieren. Das ist doppelt soviel wie die Reserven in den USA. Libyen ist die größte Ölwirtschaft in Afrika. Es hat die größten Reserven. Es produziert einen großen Anteil des Ölbedarfs der Europäischen Union, insbesondere von Frankreich und Italien. Die Agenda hinter der vorgeschlagenen Militärintervention ist die Destabilisierung der Regierung. Man will den Rahmen setzen, um die nationale Ölindustrie in Libyen zu privatisieren und schließlich ausländischen Ölkonzernen die Kontrolle über die Ölquellen zu verschaffen. Es ist im Prinzip das gleiche Szenario wie im Irak. Man benutzt einen humanitären Vorwand, um eine große Militäroperation durchzuführen. Das wird meiner Ansicht nach verheerende Konsequenzen mit sich bringen, nicht nur für die Menschen in Libyen, sondern auch für die Welt. Warum? Zur Zeit haben wir drei Konfliktzonen im Nahen Osten und in Zentralasien: Afghanistan, Irak und Palästina. Wenn es eine Militärintervention in Nordafrika geben wird, dann führt das zu einem vierten Kriegsschauplatz, mit möglicher Eskalation. Die Ziele der Vereinigten Staaten sind strategisch. Libyen ist ein Land, das bis jetzt noch nicht den Reformen des IWF unterworfen wurde.

Seltsame Verwirrung all überall ?

Einige Pressestimmen zum Krieg gegen Lybien

Der neue Krieg des Westens in Lybien hat auf Regierungsebene und innerhalb der globalen Linken zu erstaunlichen Positionsverschiebungen geführt. Hier eine unvollständige Auswahl:

Völkerrecht contra Bürgerkrieg - Die Militärintervention gegen Gaddafi ist illegitim.

Frankfurter Allgemeine
FAZ.NET

Von **Reinhard Merkel** - 22. März 2011

„Die Militärintervention gegen Gaddafi ist illegitim. Ob man Diktatoren zum Teufel jagen soll, ist die eine Frage – selbstverständlich soll man das, so gut es geht. Man muss sich aber auch dem trostlosen Befund aussetzen: Die Intervention der Alliierten in Libyen steht auf brüchigem normativem Boden.“

Die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats vom 17. März, die den Weg zur militärischen Intervention in Libyen freigab, und Maß und Ziel dieser Intervention selbst überschreiten die Grenzen des Rechts. Nicht einfach nur die Grenzen positiver Normen – das geschieht im Völkerrecht oft und gehört zum Motor seiner Entwicklung. Sondern die seiner Fundamente: der Prinzipien, auf denen jedes Recht zwischen den Staaten beruht. Die Entscheidung der Bundesregierung, der Resolution nicht zuzustimmen, war richtig.

Die empörte Kritik daran ist so kurzsichtig und fahrlässig wie die Entscheidung des Sicherheitsrats und die Art der Intervention selbst: kurzsichtig im Ausblenden wesentlicher Voraussetzungen der Situation in Libyen, fahrlässig im Hinblick auf die Folgen dieses Kriegs für die Normenordnung der Welt.“

<http://www.faz.net/s/Rub117C535CDF414415BB243B181B8B60AE/Doc~ED1054B1A2C78441F8F32CC4486887553~ATpl~Ecommon~Spezial.html>

Ein Neoliberaler als neuer Chef in Lybien? Sarkozy und Clinton empfangen Mahmud Dschibril

Die FAZ beschäftigte sich am 25.3.2011 mit der Rolle von **Mahmud Dschibril**. Der französische Präsident Sarkozy und die amerikanische Außenministerin Clinton empfangen Mahmud Dschibril schon, als wäre in Libyen Revolutionsführer Gaddafi nicht mehr an der Macht. Bisher war der 1952 geborene Wirtschaftswissenschaftler jedoch nur einer der beiden „Außenminister“ des nationalen Übergangsrats. Nun ernannte der Zusammenschluss der Gegner Gaddafis den Wirtschaftsreformer zum Chef der provisorischen Regierung, die bisher nur den Osten des Landes kontrolliert.

Für sein neues Amt bringt Dschibril reichlich theoretische und praktische Erfahrungen mit. Nach dem Studium der Politik- und Wirtschaftswissenschaften in Kairo und in Pittsburgh lehrte er in den Vereinigten Staaten mehrere Jahre lang strategisches Planen und Entscheidungsfindung; fast ein Dutzend Bücher soll er zu diesem Thema veröffentlicht haben. Zudem unterrichtete er den arabischen Manager-Nachwuchs und beriet die Regierungen in Ägypten, Tunesien und Saudi-Arabien. Im Jahr 2007 kehrte Dschibril, der als ein Neoliberaler gilt, in sein Heimatland zurück. Es heißt, Gaddafis Sohn Saif habe sich dafür eingesetzt, dass er die Leitung des Nationalen Ausschusses für wirtschaftliche Entwicklung übernahm. Dessen Aufgabe war es, die Privatisierung der bisher staatlich gelenkten Wirtschaft voranzutreiben. Was er in Libyen vorfand, muss Dschibril jedoch sehr ernüchtert ha-

ben: Die Chancen, das Wirtschaftssystem erfolgreich zu reformieren, habe er bald als gering bezeichnet, heißt es. Zugleich half Dschibril auch amerikanischen und britischen Firmen, in Libyen Fuß zu fassen. Besonders die Regierung in Washington forderte er immer wieder dazu auf, sich stärker in Libyen zu engagieren. Diplomaten schätzten Dschibril demnach als einen „ernsthaften Gesprächspartner“.

Zur Zusammensetzung der Führung in Bengazi:

<http://kritische-massen.over-blog.de/article-libyen-die-organisationen-und-das-fuhrungspersonal-der-demokratischen-opposition-70473155.html>

Hier einige Auszüge:

Der deutsche Friedensforscher Jochen Hippler im österreichischen Standard schreibt: "... in Libyen existiert eine Situation des Chaos. Wir haben derzeit zwei getrennte Bürgerkriege: einen im Osten, einen im Westen. Und im Moment ist der Süden dabei, auf Seiten Gaddafis in diesen Konflikt einzutreten. Und zwar nicht, weil man Gaddafi unterstützen möchte, sondern weil man die Spaltung des Landes verhindern möchte. Das Öl liegt im Osten und sollte der wegfallen, hat der Rest des Landes nur mehr 20 Prozent des Öls. Wir haben prodemokratische Kräfte, aber auch Sezessionisten, denen Gaddafi nicht wichtig ist, solange der Osten unabhängig wird. Dann haben wir

noch die Stämme, Mafiaorganisationen, die das gegenwärtige Chaos ausnützen und religiös-extremistische Organisationen, die ihr eigenes Süppchen kochen wollen. Jede dieser Strömungen ist für sich noch einmal mehr oder weniger stark unterteilt. Manche Gaddafi-Feinde kämpfen im Moment gegen Aufständische, weil sie gegen eine Spaltung des Landes sind."

Zweifelloos hat der Aufruhr in Libyen auch notwendige und gerechte Forderungen und Sehnsüchte vieler, vor allem junger Menschen im Lande aufgegriffen. Aber die Fakten deuten darauf hin, dass diese Erhebungen von pro-westlichen Kräften im Ausland angestachelt und voran getrieben wurden. (...) Die Akteure (haben) **von Anfang an auf die politische und - wie derzeit erfolgt - militärische Rückendeckung vom Ausland aus gesetzt**. Dazu braucht man dann die behaupteten oder auch echten Gräueltaten der herrschenden Kräfte, denn nur so lässt sich heutzutage am besten solches verbrecherische Vorgehen ideologisch in den Ländern der westlichen Imperien durchsetzen. Es ist schwer vorstellbar, dass bei einem Erfolg der libyschen Opposition mehr für das libysche Volk herausspringt, als vergleichsweise eine Regierung und Zustände wie derzeit im Irak (was dort mit dem 'kleinen Kollateralschaden' von ca. 1 Mio. Toten bezahlt wurde).“

Warum gibt es eine Intervention in Libyen – aber Zustimmung zur Repression in Bahrain?

Im kleinen Scheichtum am Persischen Golf gab es in den letzten Wochen massive Demonstrationen. Die Protestler forderten dasselbe wie Millionen Menschen in den arabischen Staaten: Reformen und Demokratie. Der Scheich reagierte mit harter Repression. Der saudische König schickte 1000 Soldaten zur Unterstützung. Und was macht der Westen? Wenn er nicht schweigt, dann findet er zustimmende Worte. Der engste außenpolitische Berater der EU – Außenbeauftragten Catherine Ashton, Robert Cooper, signalisierte sogar Verständnis für die blutige Niederschlagung der Demonstrationen, die 21 Menschen das Leben kostete.

Das ist nur dadurch zu erklären, dass der Westen mit doppelten Standards misst. Freilich, es ist eine Doppelmoral mit Gründen: In Bahrain befindet sich das Hauptquartier der Fünften Amerikanischen Flotte, der wichtigste Militärstützpunkt der USA im Nahen Osten. Die Bevölkerungsmehrheit Bahrains sind Schiiten, die Mehrheit der Demonstranten sind Schiiten. Auch wenn sie Demokratie und Reformen fordern, werden sie verdächtigt, die Sache des schiitischen Iran zu vertreten. Und Iran ist für den Westen DER Gegner in der Region. Gleichzeitig ist Saudi Arabien DER Verbündete des Westens gegenüber Teheran.

Deswegen schwieg man auch, als die Saudis ihre Soldaten nach Bahrain schickten. Und wegen der Feindschaft zu Iran kauft Riad so viele Waffen wie nie zuvor — das Geschäftsvolumen für 2011: 70 Milliarden Dollar. Auch dazu gibt es keine Kritik, nicht einmal jetzt, da man im Zuge des Krieges in Libyen sieht, wohin es führt, wenn der Westen nahezu bedenken- und rücksichtslos Waffen exportiert.

Aus:
<http://blog.zeit.de/ladurnerulrich/2011/03/25/warum-ist-der-westen-so-gespalten>

S. auch **Immanuel Wallerstein**: The great Libyan distraction, <http://links.org.au/node/2244>

Pepe Escobar: „Der Libyen-Deal der USA und Saudi-Arabien“

<http://www.radio-utopie.de/2011/04/06/das-wandernde-auge-%E2%80%93-der-libyen-deal-zwischen-usa-und-saudi-arabien/>

TAZ: Bürgerkrieg in Lybien: NATO als Luftwaffe der bewaffneten Aufständischen

In der TAZ berichtet Marc Thörner am 28.3.2011, wie die NATO die Rolle der Luftwaffe der Aufständischen bei der Eroberung von Adschtadabija spielte:

„Luftunterstützung kommt gleich“, kündigt ein grauhaariger Kommandeur in Tarnfleck an, der sich nur unter seinem Nom de Guerre vorstellen will: Asad Libi, libyscher Löwe, einer der Koordinatoren hier - Offiziersränge gibt es nicht. Luftunterstützung? Gibt es eine direkte Verbindung? Libi lächelt. „Wir sagen dem provisorischen Regierungsrat Bescheid,

und die rufen die Nato.“ Jets sind nicht zu sehen, doch nach einer Weile verrät sie ein schwaches, dumpfes Rollen in der Luft. Von Sandhügeln ringsum beobachten Aufständische die Einschläge. Über der Silhouette Adschtadabijas steigt eine Rauchsäule auf. Dann eine zweite und eine dritte. „Allahu akbar!“, tönt es bei jedem Treffer.

Ein paar Kämpfer entschließen sich die Dünen hinunterzuklettern und laufen waffenschwenkend durch die Wüste auf das rauchende und brennende Adschtadabija zu.“

ISW München

Claus Schreer: Libyen – NATO-Krieg für Demokratie und Menschenrechte?

„Es gibt keinen Grund zur Sympathie für das Gaddafi-Regime, aber ebenso wenig Grund den NATO-Krieg zu unterstützen.

Demokratische und soziale Veränderungen wird die Bevölkerung Libyens mit der Hilfe des Westens mit Sicherheit nicht durchsetzen können. Mit der militärischen Unterstützung für die Rebellen eskaliert der Bürgerkrieg und die neuen Führer der Rebellenbewegung im Osten Libyens, die mit der NATO kooperieren, sind kaum eine Garantie für eine progressive Entwicklungsperspektive des Landes.

(in diesem Beitrag auch: „Ökonomische Fakten zu Libyen“, zusammengestellt von Fred Schmid) <http://www.isw-muenchen.de/>



Mehrheit Südamerikas gegen Libyen-Krieg

Großteil der amerikanischen Staaten forderte ein Ende der Bombenangriffe.

Einzelne konservative Führungen unterstützen Aktion, Von Harald Neuber, <http://amerika21.de>

ALBA stützt Chávez-Vorschlag für Libyen

Vermittlungsinitiative des Präsidenten von Venezuela findet geteiltes Echo. Chávez strebt Süd-Süd-Lösung für die Krise in Libyen an, <http://amerika21.de/nachrichten/2011/03/25267/chavez-libyen>

ALBA-Erklärung: http://www.forumdesalternatives.org/FR/readarticle.php?article_id=24129

„Mit Bomben Leben retten zu wollen ist ein Widerspruch in sich“ (José Mujica, Präsident von Uruguay <http://www.larevolucionvive.org.ve/spip.php?article1480&lang=es>

Analysen über die Position von südamerikanischen Ländern zu Libyen:

„L'Amérique latine dans le chaudron libyen“ von Maurice Lemoine, <http://www.medelu.org/spip.php?article775>

Fathi Chamkhi, Vertreter von Raid Attac-Cadtm Tunesien Stoppt die Schuldenzahlungen

Rede beim Europäischen Parlament, Brüssel, 24. März 2011

Guten Tag,

In Tunesien hat das Volk den Diktator weggejagt. Alle arabischen Völker folgen seinem Beispiel. Ein Diktator nach dem anderen ist im Begriff gestürzt zu werden.

Die Revolutionen, die das Südufer des Mittelmeeres erschüttern und das Ende der Diktatoren einläuten, kündigen auch das Ende der Epoche der Dominanz und des Neokolonialismus an. Europa muss jetzt mit den nun unabhängigen Völkern des Südens eine echte Politik der Kooperation unter Gleichgestellten entwickeln.

Das tunesische Volk lehnt sich auf. Es verdankt seine Freiheit weder den angeblichen Wohltaten des freien Handels noch den Zugeständnissen der Diktatur. Es hat seine Freiheit durch seine eigene Kraft erlangt, ganz einfach durch die Revolution. Als einzige Waffe gegen ihre Unterdrücker hatten die Tunesier nur ihren Mut, ihre Entschlossenheit, ihre Einheit und ihre Freiheitsliebe.

Als freies Volk müssen sie keinen um irgendwas anflehen. Sie können eher Forderungen aussprechen.

Am 14. Januar 2011 hat sich die befreite Nation in Bewegung gesetzt, um ein neues Tunesien zu errichten, ein besseres Tunesien. Unser Weg wird sicher lang und schwierig sein, aber von nun an ist alles möglich!

Die europäischen Mächte haben immer versucht, ihre eigenen Interessen im südlichen Mittelmeerraum zu schützen, wobei sie die der Bevölkerung ignorierten. Die wirtschaftlichen Interessen Europas in Tunesien sind enorm, das europäische Investitionskapital beträgt über 13 Milliarden Euros, was nahezu ein Viertel der gesamten Investition in Tunesien beträgt. Mit mehr als 1100 Betrieben, die mehr als 300000 Menschen beschäftigen oder besser gesagt ausnützen, sind die EU-Firmen nach dem Staat der zweitgrößte Arbeitgeber in Tunesien, und ihr Umsatz beträgt mehr als 6% des BIP Tunesiens.

Um die Interessen ihrer internationalen Firmen zu wahren, haben die Europäische Kommission und mehrere europäische Regierungen, vor allem die französische, itali-

enische und spanische Regierung, den Diktator Ben Ali bis zum Schluss gegen das tunesische Volk unterstützt. Reden und gute Absichten ändern nichts an dieser Tatsache. Die euro-mediterrane Partnerschaft hat uns zwar Wohlstand und Demokratie versprochen, aber erhalten haben wir Verarmung und Unterstützung der Diktatur.

In Artikel 2 des Assoziationsabkommens von 1995 (1), das die EU und ihre Mitgliedsstaaten mit Tunesien abgeschlossen haben, heißt es, dass "die Einhaltung der demokratischen Prinzipien und der Menschenrechte ein wesentliches Element des Abkommens darstellt." War Ben Ali nicht schon im Jahr 1995 Diktator? Aber natürlich. Wussten die EU und ihre Mitgliedsstaaten nichts davon? Sicher wussten sie es. Welche Bedeutung hat also diese Erklärung? Die Europäische Union schuldet dem tunesischen Volk eine Entschuldigung.

Am 14. Januar dieses Jahres flüchtete der Diktator und ließ eine Auslandsschuld von ungefähr 15,2 Milliarden Euro zurück. Die Rückzahlungslast für das Jahr 2011 beträgt ungefähr 575 Millionen Euro; das entspricht dem Budget für die öffentliche Gesundheit, oder dem für Universitäten und Forschung.

So wie sich das Volk der Diktatur von Ben Ali entledigt hat, will es auch die Schuldenbürde loswerden, die ihm der Diktator hinterlassen hat, damit es seine eigene Demokratie aufbauen und sich auf unabhängige und autonome Weise selbst verwalten kann.

Ein Bündnis von tunesischen Vereinigungen, darunter Raid Attac Cadtm Tunesien, die ich vertrete, hat vor kurzem einen Brief an den Verwalter der Zentralbank Tunesiens geschickt (2) und ihn gebeten, sofort einen unilateralen Zahlungsaufschub der Staatsschuld Tunesiens anzuordnen, bis zur Wahl der gesetzgebenden Nationalversammlung, die für den 24. Juli vorgesehen ist, und bis zur Bildung einer demokratisch gewählten Regierung. Während der Zeit, in der die Rückzahlungen eingefroren sind und sich keine Verzugszinsen anhäufen dürfen, wollen wir einen

öffentlichen Audit der Schuld durchführen, um den ungerechten Anteil zu ermitteln, d.h. den Anteil, der den Tunesiern nur geschadet hat und den wir zurückweisen müssen.

Schon immer hat die Verschuldung den Interessen Tunesiens mehr geschadet als genützt. Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war sie ein Grund der Kolonisation des Landes. In der Tat wurde der Bey unter dem Vorwand, den Wohlstand Tunesiens zu fördern, zur hohen Verschuldung ermutigt, vor allem von französischen und italienischen Maklern.

Der auf die geliehenen Obligationen angerechnete Zins, die Bedingungen der Hypothekendarlehen, die Kommissionen und die massiven Unterschlagungen der Gelder von Seiten der Mitglieder des Hofes des Bey, führten zur Verarmung der Regentschaft, die sich einer schweren Finanzkrise gegenüber sah, welche die französische, italienische und englische Regierungen zum Vorwand nahmen, um eine 'dreiteilige Finanzkommission' einzusetzen, welche die Kontrolle der Staatsfinanzen übernahm. Einige Jahre später war Tunesien zu einer französischen Kolonie geworden.

Nach der Unabhängigkeit war Tunesien gezwungen, von Frankreich Kredite aufzunehmen, um seinen eigenen Grund und Boden von den französischen Siedlern zurückzukaufen, die ihn sich unter der Kolonialmacht angeeignet hatten. So hat das unabhängige Tunesien wieder mit Schulden angefangen.

Unter der Diktatur von Ben Ali hat sich die Verschuldung Tunesiens weiter verschlimmert. Die Staatsschuld wuchs in einem jährlichen Durchschnitt von 58,7% ; zuvor war sie im Durchschnitt nur um 42% pro Jahr angestiegen. Im Lauf des vergangenen Jahrzehntes hat sich die Zunahme beträchtlich beschleunigt, bis er einen Rekord von 89% pro Jahr erreichte.

Als Ben Ali 1987 die Macht durch einen Putsch ergriff, betrug die Staatsschuld Tunesiens 2,5 Milliarden Euro, heute sind es 15,2 Milliarden Euro, obwohl Tunesien während derselben Zeit mehr als 23 Milliarden Euro zurückgezahlt hat. Während der langen Herrschaft der Diktatur ist das Land

Tunesien nach und nach wegen der ausstehenden Schuld zur Kapital-Auszahlungsstelle geworden. Von da an war es Tunesien, das die reichen Gläubiger des Nordens finanzierte, und nicht umgekehrt.

Zur gleichen Zeit haben sich die Armut und die Arbeitslosigkeit vergrößert und die durchschnittliche Kaufkraft deutlich verschlechtert: derzeit leben mehr als 10% der Tunesier unter der Armutsgrenze, die Arbeitslosigkeit liegt höher als 15% und betrifft 3 von 4 jungen Leuten unter 34 Jahren, von denen die meisten ein Universitätsdiplom haben. Der garantierte Mindestlohn beträgt kaum mehr als 120 Euros, und der durchschnittliche Monatslohn weniger als 250 Euro.

Ganz offensichtlich hat die Mehrheit der Tunesier und Tunesierinnen von dieser Überverschuldung nicht profitiert. Nur eine Minderheit hat einen Profit daraus gezogen. Der Diktator und sein Umkreis sind diejenigen, die haben am meisten profitiert haben. Ihr ins Ausland geschafftes Vermögen beträgt mehrere Milliarden Euro, genauso so viel wie die gesamte ausländische Staatsschuld, wenn nicht noch mehr.

Erst kürzlich hat das tunesische Staatsfernsehen mehrere Millionen Euros und Dollars vorgezeigt, die von der Kommission der Korruptionsbekämpfung in einem Versteck in einem der Paläste des Diktators gefunden

wurden, ein zusätzlicher Beweis dafür, dass ein großer Teil dieses Schuldengeldes vom Diktator und seinem Kreis unterschlagen worden war.

Unter der Diktatur von Ben Ali, in der Zeit zwischen 1987 und 2009, hat sich Tunesien in eine Finanzquelle verwandelt, vor allem für die ausländischen Finanzinstitutionen, in Höhe von 6,5 Milliarden Dinar.

Tunesien kann die enormen sozialen Bedürfnisse eines großen Teils seiner Bürger und Bürgerinnen nur erfüllen, und auch mit Aussicht auf Erfolg auf eine bessere Zukunft hinarbeiten, wenn es sich zuerst von dieser Riesenlast der verabscheuungswürdigen Schuld der Diktatur befreit.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten haben eine historische Gelegenheit, ihre Beachtung der universellen Menschenrechte zu beweisen, indem sie mit der Geschichte Schritt halten, die in diesem Moment mit Macht am Südufer des Mittelmeers voranschreitet.

Ja, es ist möglich, heute zu handeln, auf beiden Seiten des Mittelmeeres, für die Demokratie, den Wohlstand, den Frieden und die Freundschaft zwischen den Völkern, im gegenseitigen Respekt vor der Souveränität und der Selbstbestimmung.

Die Frage der Annullierung der verab-

scheuungswürdigen Schuld ist eine zentrale Frage im Projekt eines freien, friedlichen und demokratischen Mittelmeers.

Danke

(1) http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/mediterranean_partner_countries/r15001_de.htm

(2) S. SiG Sondernummer, <http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig>
<http://www.tunisie.attac.org>
<http://www.cadtm.org/Tunisie-campagne-pour-la>

RAID = Rassemblement pour une Alternative Internationale de Développement, Zusammenschluss für eine internationale Entwicklungsalternative, CADTM = Comité pour l'Annulation de la Dette du Tiers Monde, Komitee zur Streichung der Schulden der Dritten Welt

Ein Appell für ein sofortiges Moratorium und eine Überprüfung der Schulden Tunesiens wurde bisher von rund 60 (EU)-Parlamentariern unterschrieben:
Call to national and European MPs : For an audit of Tunisia's debts to the EU
<http://www.cadtm.org/Call-to-national-and-European-MPs>

Attac Deutschland, AG Internationales: Aufruf zur finanziellen Unterstützung der attac Afrikas

Das Weltsozialforum in Dakar (Senegal) im Februar war geprägt von den Revolten in Nordafrika. Und der Funke ist übergesprungen: Von Dakar geht ein starkes Signal für den demokratischen und sozialen Aufbruch des afrikanischen Kontinents aus.

„Das internationale Attac-Netzwerk, das sich auf dem Weltsozialforum in Dakar getroffen hat, unterstützt die tunesische und die ägyptische Bevölkerung in ihrem Kampf für Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Diese Völker haben im Kampf um ihre Befreiung von den Diktaturen viele Menschen verloren. Sie bauen jetzt eine Gesellschaft auf, die die Bürgerrechte und die Gleichheit zum Fundament hat. Sie bleiben wachsam gegenüber allen Versuchen der Vereinnahmung durch rückwärts gewandte Kräfte und das internationale Kapital. Diese Volksaufstände, die in mehreren anderen Ländern keimen, beweisen die Fähigkeit der Völker, sich von Unterdrückung zu befreien, sei es in der arabischen Welt (auch in Palästina), sei es in Afrika oder in anderen Teilen der

*Welt.“ (Dakar-Erklärung von Attac-Verbänden am 10. Februar *)*

Neben den Bewegungen in Nordafrika standen auf dem Weltsozialforum vor allem die konkreten Probleme und Lebensumstände der Afrikanerinnen und Afrikaner im Mittelpunkt des WSF: der Kampf um die natürlichen Ressourcen, der Kampf gegen den Raubbau an der Natur und gegen die Zunahme von Hunger und Armut. Mehr noch als auf früheren Weltsozialforen wurde dabei immer wieder die Frage nach Alternativen gestellt. Die Kritik am herrschenden kapitalistischen System war schärfer und pronunzierter.

Dass diese Region in Bewegung ist entstand nicht aus dem Nichts. Auf unterschiedlichster Ebene gab es soziale Prozesse, von denen die zahlreichen Sozialforen wichtige Mosaiksteine sind. So gab es in den vergangenen eineinhalb Jahren allein in Nordafrika bis in den Nahen Osten hinein elf große Sozialforen. In mehreren Ländern (Benin,

Burkina Faso, Elfenbeinküste, Gabun, Guinea, Mali, Marokko, Senegal, Togo, Tunesien) engagieren sich Attac Gruppen.

Die AG Internationales von attac Deutschland ruft dazu auf, die attac Afrikas auch finanziell zu unterstützen, damit sie ihre immensen Aufgaben noch besser wahrnehmen können.

Spendenkonto: KtoNr. 800100800, BLZ 43960967, GLS Bank

Bitte unbedingt das Stichwort „attac Afrikas“ angeben!!!!

Die AG Internationales wird monatlich über die Spendenhöhe und die Spendenverwendung berichten.

* Attac Argentinien, Attac Benin, Attac Burkina Faso, Attac Deutschland, Attac Elfenbeinküste, Attac Frankreich, Attac Griechenland, Attac Guinea, Attac Island, Attac Italien, Attac Japan, Attac Marokko, Attac Norwegen, Attac Polen, Attac Spanien, Attac Togo, Attac Tunesien

Samir Amin

Ägypten bewegt sich

Die vier Komponenten des Wandels

03.03.2011 — News Click / ZCommunications

Vier Komponenten kennzeichnen die Opposition in Ägypten.

Die erste Komponente ist die **Jugend**. Wir haben es mit einer politisierten und sehr organisierten Jugend zu tun. Mehr als eine Million junge Menschen hier sind organisiert. Das ist gewiss nicht wenig. Sie sind gegen das soziale und ökonomische System. Würde man sie fragen, ob sie antikapitalistisch sind, so wäre ihnen das etwas zu theoretisch. Sie sind gegen soziale Ungerechtigkeit und gegen die zunehmend ungleichen Verhältnisse.

Sie sind national gesinnt - im positiven Sinne. Sie sind antiimperialistisch. Sie hassen es, dass Ägypten sich gegenüber der US-Vorherrschaft so unterwürfig verhält. Daher sind sie auch gegen den so genannten 'Frieden mit Israel', der die kontinuierliche Kolonialisierung des besetzten Palästina toleriert.

Sie sind demokratisch. Eine Militärdiktatur oder ein diktatorischer Polizeistaat würde von ihnen absolut abgelehnt. Was ihre Führung angeht, so sind sie dezentral organisiert. Als die Weisung kam, 'wir demonstrieren', wurden 1 Million Menschen aktiv. Schon nach wenigen Stunden waren es nicht mehr 1 Million sondern 15 Millionen - im ganzen Land. Selbst in den kleinen Städten und Dörfern wurden die Menschen aktiv. Das Echo der Nation war gigantisch und erfolgte prompt.

Die zweite Komponente ist die **radikale Linke**. Ihre Wurzeln liegen im Kommunismus, in der kommunistischen Tradition. Die Jugend ist nicht antikommunistisch. Allerdings wollen die Jungen in keine Partei - mit Anführern und Befehlen - eingebunden werden. Sie sind nicht gegen die Kommunisten. Es gibt absolut keine Probleme, was die Beziehung zwischen der Jugend und ihnen angeht. Es ist den Demonstrationen zu verdanken, dass sie - auf Augenhöhe - zusammenkamen. Was zählte, war die Interaktion und keine Hierarchien.

Die dritte Komponente sind die **Demokraten der Mittelschicht**.

Das (Mubarak-) System war so durchdrungen von Polizei und Mafia, dass viele Bürger, selbst kleine Geschäftsleute, sich die ganze Zeit abzocken ließen, um zu überleben. Sie gehören nicht zur Linken. Sie akzeptieren den Kapitalismus, den Markt, die Geschäftswelt. Sie sind noch nicht einmal absolut gegen Amerika. Sie mögen Israel nicht, aber sie akzeptieren Israel.

Sie sind Demokraten. Sie sind gegen eine Konzentration der Macht in den Händen der Armee, der Polizei oder der Mafia-Banden. Ein typischer Vertreter dieser Gruppe ist El Baradei. Er hat kein alternatives Ökonomiekonzept. Für ihn zählt der Ist-Zustand, der Markt. Er hat keine Ahnung von Sozialismus, aber er ist ein Demokrat.

Die vierte Komponente ist die **Moslembruderschaft**. Das politische Echo der Öffentlichkeit auf sie ist positiv. Sie ist im Volk beliebt.

Sie ist ultrareaktionär. Die Moslembrüder sind Reaktionäre - nicht nur, was ihre religiöse Ideologie angeht, sondern auch in sozialer Hinsicht. Sie stellten sich offen gegen die Streiks der Arbeiterschaft und standen aufseiten des Staates. Sie vertraten die Ansicht, die Beschäftigten sollten sich mit dem Markt abfinden. Sie haben sich auch gegen die Bauernbewegung gestellt. Es gibt hier eine starke Bewegung von mittelständischen Bauern, die sich durch den Markt und die Großbauern bedroht fühlen. Sie kämpfen um ihr Land, um ihr Eigentum. Die Moslembruderschaft hat sich gegen sie gestellt und behauptet, Landbesitz sei Privateigentum. Im Koran gelte der Markt als unantastbar.

Im Prinzip war die Moslembruderschaft ein Komplize des (Mubarak-)Regimes. Nach außen hatte es zwar den Anschein, als bestünde ein Konflikt; in Wirklichkeit aber waren sie sich einig.

Der Staat hat der Moslembruderschaft drei wichtige Institutionen überlassen: den Bildungsbereich, den Bereich Justiz und das staatliche Fernsehen - maßgebliche staatliche Institutionen also.

Was den Bildungsbereich angeht, so ordnete die Moslembruderschaft zunächst an, dass alle Schulmädchen sich

verschleiern müssten; dann weiteten sie diese Pflicht auf die Gesellschaft aus.

Was die Justiz angeht, so haben sie die Scharia (eine Form des islamischen Rechts) eingeführt.

Da sie Zugriff auf die Medien haben, konnten sie die öffentliche Meinung beeinflussen.

Die politische Führung der Moslembruderschaft war schon immer korrupt und besteht aus sehr reichen Leuten. Saudi-Arabien (das heißt, die USA) haben sie kontinuierlich finanziell unterstützt.

Die Moslembrüder haben Einfluss auf zwei maßgebliche Bevölkerungsgruppen. Die eine Gruppe ist die pro-kapitalistische, antikommunistische Mittelschicht, die sich vor dem Volk fürchtet und einer islamischen Führung nicht negativ gegenüberstehen würde. Diese Leute stellen sich sporadisch auf die Seite der Moslembruderschaft.

Die andere Gruppe, auf die die Moslembruderschaft maßgeblichen Einfluss nimmt, sind Ärzte, Lehrer, Juristen etc. - ein Teil von ihnen.

Auch bei den Bettelarmen findet die Moslembruderschaft Unterstützung. Aus diesen Kreisen rekrutiert sie den Nachwuchs für ihre Söldnermilizen. In Ägypten gibt es sehr viele Arme. Allein in Kairo haben wir 5 Millionen absolut Mittellose (bei einer Gesamtbevölkerung von 15 Millionen). Unter den extrem Armen hat die Moslembruderschaft sozusagen ein 'stehendes Heer' aufgebaut, das sie mobilisieren kann. Es sind Menschen, die über sehr wenig politisches Verständnis verfügen.

Wie wird es weitergehen?

Die Bewegung wurde von der Jugend initiiert. Die radikale Linke machte sofort mit. Dann folgten die bürgerlichen Demokraten. Während der ersten vier Tage (der Proteste) boykottierte die Moslembruderschaft diese Entwicklung, weil sie glaubte, die Polizei würde die Bewegung niederschlagen. Erst als die Moslembruderschaft erkannte, dass die Bewegung nicht zu stoppen war, beschloss ihre Führung, man könne sich nicht heraushalten. Also schlossen sie sich an. Diese Tatsache darf nicht ignoriert werden.

Kommen wir nun zu den **USA und deren Strategie**.

Mubarak war nicht das System. Die Menschen gingen zunächst gegen ein Symbol vor, das für das System stand. Dieses Symbol war Mubarak. Wenige Stunden, nachdem Mubarak Omar Suleiman zu seinem Stellvertreter (Vizepräsidenten) ernannt hatte, riefen die Leute: "Nein zu Mubarak, nein zu Suleiman, beide sind Amerikaner". Obama sagte, man wolle einen sanften Übergang (in etwa wie auf den Philippinen). Doch das ägyptische Volk sagte, nein, wir wollen nicht einen Kriminellen loswerden sondern alle Kriminellen, wir wollen einen echten Übergang und keine Farce. Es herrschte ein hohes Maß an politischem Bewusstsein. Doch die USA wollten einen sanften Übergang. Wie bewerkstelligen? Sie fingen an, mit den Rechten und mit den Leuten aus der Mitte und der Moslembruderschaft zu verhandeln. Vielleicht sollte auch ein Teil der bourgeoisen Demokraten miteinbezogen werden. Die radikale Linke und die Jugend jedoch sollten isoliert werden. Das war die Strategie der USA. Sie sagten sich: Ganz gleich, ob es zu formalen Konzessionen (vonseiten Muba-

raks) kommt oder nicht, Mubarak wird verlieren. Vizepräsident Omar Suleiman leitete die so genannten "Verhandlungen" ein. Die Führung der Moslembruderschaft verhielt sich clever. Sie unterwarf sich nicht, akzeptierte aber prinzipiell das Angebot, mit dem (amtierenden) System zu verhandeln.

Derweil lud die Bewegung Tag für Tag zu Konferenzen, auf denen diskutiert wurde. Bei diesen Treffen wurden **folgende Regeln für einen ECHTEN Übergang** erarbeitet:

Erstens, das künstliche Parlament muss umgehend aufgelöst werden. Zweitens, ein sofortiges Endes des Kriegsrechts; die Demonstrationen müssen toleriert werden. Drittens ist ein Projekt zur Erarbeitung einer neuen Verfassung zu initiieren. Viertens soll das neue Parlament ein verfassungsgebendes Parlament sein. Fünftens, keine sofortigen, vorschnellen Wahlen. Zunächst muss Freiheit herrschen - für lange Zeit. Bei sofortigen Neuwahlen würden viele Wähler für die Muslime stimmen, da diese sehr gut

organisiert sind, die Medien kontrollieren usw. Doch in einem Jahr der Freiheit - echter Freiheit - könnten sich die Linken und die Jugend organisieren.

Es wird ein langer Kampf werden, und er hat erst begonnen. Ägypten ist ja bekannt für seine langen Revolutionen. Man denke nur an die Zeit zwischen 1920 und 1952 - mit all ihren Höhen und Tiefen. Auf längere Sicht werden die Jungen und die Linken mehrheits- und handlungsfähig sein.

Ein potentielles Negativszenario wären Angriffe der Moslembruderschaft gegen die Linke und die Jungen. Es ist bereits zu solchen Versuchen gekommen. Wir haben es hier mit einem üblen System zu tun. Es (das Mubarak-Regime) öffnete die Gefängnistore und ließ 17 000 Kriminelle frei. Sie gaben ihnen Mubarak-Abzeichen, Waffen, Geld und die Zusicherung, nicht mehr ins Gefängnis zurück zu müssen, wenn sie Demonstranten angreifen würden. So viele Gefangene hätten nie ohne die schützende Hand der Polizei aus den Gefängnissen des Landes entkommen können. Aufseiten der Bewegung hat niemand die Gefängnistore geöffnet.

Auszug aus einem Interview mit dem Autor

F: Sie glauben, die jungen Leute seien für die Linken. Wahrscheinlich werden die Rechten und die Moslembruderschaft versuchen, einen Keil zwischen die Jungen zu treiben.

Meiner Ansicht nach ist von entscheidender Bedeutung, dass die Jugend - und selbst die Demokraten - nicht für die Amerikaner sind.

Samir Amin: Viele der Demokraten sind neutral und nicht gegen die Amerikaner. El Baradei ist ziemlich naiv, (wenn er glaubt,) die Amerikaner wollten die Demokratie. Wir wiederholen und wiederholen: Das Ziel der USA ist nicht die Demokratie.

F: Welche Rolle spielt die Arbeiterschaft, spielen die Bauern?

Samir Amin: Vor drei Jahren gab es hier in Ägypten eine große Streikwelle. Es war die größte in ganz Afrika (einschließlich Südafrika) in den letzten 50 Jahren. Die offiziellen Gewerkschaften Ägyptens unterstehen vollständig der Kontrolle des Staates - schon seit Nassers Zeiten. Dies entsprach dem sowjetischen Modell, in

dem die Gewerkschaften auch unter staatlicher Kontrolle standen. Der Streik war sozusagen spontan - denn er wurde nicht von der Gewerkschaftsführung initiiert sondern von der Basis. Er war erfolgreich, ein gewaltiger Erfolg. Damals, vor drei Jahren, wollte das (Mubarak-)Regime die Polizei einschreiten lassen. Doch die Unternehmen waren dagegen, denn sie fürchteten, ihre Fabriken könnten massiv zerstört werden. Sie verhandelten. Durch die Streiks konnten einige winzige Zugeständnisse erreicht werden - wie Lohnerhöhungen um 10% oder 15%. Diese Erhöhungen waren jedoch niedriger als das, was die Inflation in jenen Jahren auffraß. Dennoch war es ein bedeutsamer Erfolg - ein Erfolg der Selbstachtung und ein Erfolg hinsichtlich der Rechte der Gewerkschaften. So wurde beispielsweise erreicht, dass niemand mehr entlassen werden darf, ohne dass die Gewerkschaft davon in Kenntnis gesetzt wird. Eine neue, unabhängige Gewerkschaft wurde gegründet. Sie ist Teil der heutigen Bewegung.

Die Bauernbewegung mit einzubeziehen ist sehr viel komplizierter.

Schon seit 1920 existiert eine radikale (Bauern-)Bewegung. In Ägypten gibt es Großgrundbesitz (Latifundien). Doch es gibt auch reiche Bauern. Auf dem Land sind diese Bauern sehr einflussreich - weil sie im Gegensatz zu den Großgrundbesitzern nicht abwesend sind und weil sie Beziehungen zur Regierung, zu Rechtsanwälten und Ärzten haben.

Es gibt mittelständische Bauern, arme Bauern und sehr arme Bauern, und es gibt die Landlosen. Interessant ist, dass sich die Situation der Landlosen in den vergangenen 30 Jahren nicht verschlechtert hat. Sie gingen als Arbeitsimmigranten in die (reichen) Golfstaaten. Dort konnten sie ein wenig Geld auf die Seite bringen. Das reichte zwar nicht, um sich ihr Land zurückzukaufen, doch immerhin konnten sie sich in der Schattenwirtschaft eine Existenz aufbauen - mit informellen Aktivitäten in der Grauzone. Wirklich bedroht ist die arme Bauernschaft, denn der neoliberale Markt duldet und fördert deren Enttöpfung durch die reichen Bauern, durch kapitalistische Landbesitzer oder moderne inländische Firmen mit Verbindungen zum Agrobusiness. Diese (armen) Bauern sind sehr radikal. Sie sind nicht antikom-

munistisch. Sie wissen nur nichts über den Kommunismus. Sie wissen einfach nichts darüber. Es zeugt von der Schwäche der (ägyptischen) Kommunisten, dass es ihnen nie gelang, diese Menschen zu integrieren - denn die Kommunisten waren die Einzigen, die überhaupt mit ihnen diskutiert haben. Die Muslime haben es nicht getan und auch die bourgeoisen Demokraten nicht. Niemand hat echten Einfluss auf diese armen Bauern. Doch sie kämpfen ihre Kämpfe weiter.

F: Haben die Arbeitenden und die Bauern zu der aktuellen Mobilisierung (des Volkes) mit beigetragen?

Samir Amin: In den kleinen Dörfern fand eine Mobilisierung der Bauern statt. Allerdings stehen sie nicht in Kontakt zu der globalen Bewegung. Sie beteiligen sich nicht an den Konferenzen, in denen über den Übergang (in Ägypten) diskutiert wird.

F: Ist die Bewegung also im Wesentlichen urban geprägt?

Samir Amin: Ja. Das schließt jedoch die kleinen Städte mit ein.

F: Wie erklären sie sich die Spontaneität?

Samir Amin: Die Leute haben von allem die Schnauze voll - vor allem von der Polizei. Sagen wir, du wirst per Zufall verhaftet, weil du über eine rote Ampel gefahren bist. Sie werden dich verprügeln und foltern. Folter und Repressalien durch die Polizei sind an der Tagesordnung. Sie (die Polizisten) gehen absolut straffrei aus. Es ist einfach ekelhaft.

Die Leute haben auch die Schnauze voll von diesem mafiosen System. Die Unternehmer, von denen die Weltbank behauptet, sie seien die Zukunft, sind Gangster. Wie sind sie an ihr Geld gekommen? Indem sie Land verkauft haben, das ihnen der Staat geschenkt hatte, damit sie darauf Projekte verwirklichen. Dieser Reichtum wurde durch Enteignung akkumuliert. Die eigentlichen Unternehmer werden ausgesogen.

Auch vom Diktat der USA haben die Leute die Schnauze voll. Die Ägypter sind gute Patrioten. Wir fragen uns: Wie kann man nur so tief sinken, dass man sich alles vom amerikanischen Botschafter und vom US-Präsidenten vordiktieren lässt.

Hinzu kommt die soziale Erniedrigung. Die meisten erleben wachsende Armut, zunehmende Arbeitslosigkeit und enorme Ungleichheit.

Es ist eben eine Mischung aus allem. Die (Mubarak-)Regierung besaß keine Legitimität. Doch das ist vorbei. Plötzliche Explosionen. Menschen wurden getötet. Doch ihnen ist bewusst: Wer kämpft, kann getötet werden.

F: Welche Auswirkungen wird das Ganze auf andere arabische Länder haben - Solidarität?

Samir Amin: Es wird ein Echo geben. Allerdings ist jedes Land anders. Tunesien ist ein kleines Land. Der Lebensstandard ist höher, die Menschen sind gebildeter, aber das Land ist nicht groß. Es ist verwundbar - angesichts der globalen Wirtschaft.

F: Wie es scheint, haben sich die Menschen in Tunesien besser organisiert. In Ägypten dagegen gibt es mehr Spontaneität. Welche Auswirkungen wird das Ganze auf Palästina haben? Sicher gibt es Auswirkungen in dieser Hinsicht?

Samir Amin: Natürlich - und es wird auch Auswirkungen auf Syrien haben. Letzteres ist sehr kompliziert. Welche Auswirkungen die Sache für den Irak haben wird, ist schwer vorzusagen. Der Südjemen ist sehr national und links gesinnt, was das Volk angeht: marxistische Rhetorik - ich denke da an die radikale Linke - und sehr patriotische Gefühle, was die Nation als Ganzes angeht. Allerdings erinnert der Jemen mich etwas an Korea: der Norden rückständig, der Süden entwickelter. Im Jemen könnte es erneut zu Spaltungen kommen, weil der Süden mit der Einheit nicht zurecht kommt.

F: Bitte kommentieren Sie die jüngsten Entwicklungen.

Samir Amin: Was ist geschehen? Mubarak ist nicht zurückgetreten. Er wurde abgesetzt - durch einen Militärputsch, der von der Armeeführung ausging. Er und sein Kumpel Omar Suleiman mussten abdanken. Die neue offizielle Führung der Armee behauptet, sie werde die Macht bis zu den Wahlen behalten. Anschließend werde sich die Armee aber wieder in die Kasernen zurückziehen.

Bis dahin trage sie die Verantwortung für den Übergang.

Doch die Bewegungen setzen ihre Konferenzen fort. Sie arbeiten weiter daran, ihre Forderungen durchzusetzen - für eine neue, in jeder Hinsicht freie Demokratie, in der es Zugang zu den Medien gibt, in der man sich organisieren kann usw.

Zweitens wird die Konferenz über Konzepte für eine neue Verfassung beraten. Zunächst soll eine verfassungsgebende Versammlung gewählt werden und noch keine Legislative, kein Parlament (selbst dann nicht, wenn die Regierung jene sanftere Änderungen an der jetzigen Verfassung verwirklichen sollte).

Es ist noch zu früh, um vorherzusagen, wie die neue (Übergang-)Regierung mit der Situation fertigwerden wird. In einigen Tagen werden wir es wissen. Die Bewegung hat ihr Projekt noch nicht abgeschlossen. Die Armeeführung will einen harschen Übergang - baldige Wahlen. Das würde natürlich bedeuten, dass die Moslembruderschaft sehr viele Sitze erhält. Wir sind für den langsamen Übergang, denn wir wollen, dass die neuen Kräfte der Demokratie sich organisieren können sowie ihre Programme und Projekte entwickeln, und wir wollen, dass sie Zugang zur öffentlichen Meinung bekommt, bevor es in Richtung Wahlen geht.

Dr. Samir Amin ist ein prominenter politischer Ökonom. Er ist Ägypter. Zur Zeit lebt er in Dakar/Senegal.

Originalartikel: Egypt in Movement
<http://www.zcommunications.org/contents/176301/print>

Übersetzt von: Andrea Noll
<http://www.zmag.de/artikel/aegypten-bewegt-sich>

Weiterer Artikel von Samir Amin auf Französisch:
„Die USA und die ägyptische Bourgeoisie werden die demokratische Bewegung im Land nicht unterstützen“
<http://www.medelu.org/spip.php?article777>

***euronews* Interview mit Nehad Abo-Alkomsa**

Die Rolle der Frauen in der ägyptischen Bewegung

Können Sie Ihre Ziele bitte genauer erklären.

Nehad Abo-Alkomsa:

Wir wollen eine Reihe von Verfassungsartikeln zur Debatte stellen. Zuerst geht es dabei um den wichtigsten Artikel, das ist der Artikel 75, der verschiedene Auslegungen zulässt.

Dieser Artikel beschreibt die Voraussetzungen für eine Kandidatur zur Präsidentenwahl. Zum Beispiel darf der Kandidat nicht mit einer ausländischen Frau verheiratet sein. In der arabischen Sprache werden politische Positionen immer nur in der männlichen Form benannt, auch wenn von beiden Geschlechtern die Rede ist.

euronews:

Ist das ein linguistisches Problem oder steckt mehr dahinter?

Nehad Abo-Alkomsa:

Nachdem Präsident Mubarak zum Abdanken gezwungen wurde, sahen wir, dass immer noch versucht wird, Frauen von der Teilnahme am demokratischen Umgestaltungsprozess auszuschließen. Ägyptens Frauen waren auf der Straße inmitten der Revolution dabei.

Und heute stellen wir fest, dass die Frauen bei der Zusammensetzung der Komitees übergangen werden. Zum Beispiel beim Komitee, das den Entwurf für eine neue Verfassung erarbeitet.

Es wird dominiert von einem Mann aus dem politischen Islam. Der Vorsitzende des Komitees ist Mitglied der Muslimbruderschaft.

Darum fürchten wir, dass die Muslimbruderschaft den Einfluß auf diese Kommission erkämpft.

Sie will weder einer Frau noch einem koptischen Christen die Mitarbeit in der Kommission gestatten.

Frauen sind bei uns in einer widersprüchlichen Lage. Einerseits haben sie die Kraft haben, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen, dann spielen sie eine wichtige Rolle in der Gesellschaft.

Wenn es andererseits um politische Entscheidungen geht, dann sieht es nach bewußter Ausgrenzung der Frauen aus.

euronews:

Für den 19. März ist ein Referendum zur Verfassungsänderung geplant. Was werden Sie als nächstes tun?

Nehad Abo-Alkomsa:

Wir wollen auf dem Tahrir-Platz demonstrieren.

Wenn wir das Thema "Teilnahme der Frauen" ansprechen, ist die Reaktion negativ und die Leute sagen: "Jetzt ist nicht die Zeit über Frauenrechte zu reden". Wir wollen aufmerksam machen auf den Zusammenhang zwischen Demokratie und Teilnahme der Frauen. Anders gesagt, wir wollen das politische System ändern, das die Ägypter so lange unter Druck gesetzt hat.

euronews:

Wie interpretieren Sie die Reaktion auf den Vorschlag zur Verfassungsänderung? Würde das ägyptische Volk eine Frau als Staatsoberhaupt akzeptieren?

Nehad Abo-Alkomsa:

Die Reaktionen auf den Straßen machen uns Mut.

Mit dem jetzigen Text sind viele Menschen unzufrieden. Da ist eine breite Zustimmung zu unserer Position, es als ein Grundrecht anzusehen, dass Frauen nicht diskriminiert werden dürfen.

Unabhängig von der Umsetzung dieses Rechtes oder von der Bereitschaft der ägyptischen Gesellschaft, eine Präsidentin zu akzeptieren, ist es wichtig, das Grundprinzip der Gleichzeit durchzusetzen.

Diese Revolution erwuchs aus den so wichtigen Prinzipien von Gerechtigkeit, Menschenwürde und Gleichheit.

<http://de.euronews.net/2011/03/08/vorsitzende-des-aegyptischen-zentrums-fuer-frauenrechte-zusammenhang-zwischen/>

Ägyptens Frauen waren dabei, als das Mubarak-Regime gestürzt wurde. Sie haben nicht nur den Männern das Essen gebracht und Verletzte versorgt – sie haben mitdemonstriert, Mut bewiesen als wahre Kampfgefährten der Männer. Ägyptens Frauen sind stolz auf das dabei Erreichte.

Es hat ihr Selbstbewußtsein gestärkt. Eine junge Frau sagt: "Männer und Frauen sind gleich. Im Islam, im Christentum, in allen Religionen haben wir die gleichen Rechte. Jetzt müssen wir sprechen und die Welt muss uns zuhören."

Die Frauen haben die gleiche Unterdrückung erdulden müssen wie die Männer – und zusätzlich noch speziell Frauen diskriminierende Gesetze

In flüssigem Englisch erklärt eine andere Frau den ausländischen Reportern: "Ich bin sehr froh über den Protest. Ich fühle, zuerst sind wir alle Ägypter – nicht Moslems oder Christen, nicht Männer oder Frauen. Wir sind zuerst Ägypter."

Aber in der Kommission, die die neue Verfassung ausarbeitet, sitzt keine Frau. So haben die Frauen dazu aufgerufen, mit der Verfassungsänderung dort anzufangen, wo die Diskriminierung festgeschrieben wurde. Im Artikel 75 zum Thema Präsidentenwahl heisst es: "die Eltern des Präsident von Ägypten waren beide Ägypter und er ist nicht mit einer ausländischen Frau verheiratet."

Eine Koalition aus rund 60 Organisationen schlägt vor, statt dessen zu formulieren: "...hat keinen ausländischen Ehepartner".

Am 19. März können die Ägypter darüber abstimmen. Ägypten hat kluge und mutige Frauen, das konnte die Welt sehen. Jetzt zeigen die Ägypterinnen, dass sie auch in der Lage sind, ihren eigenen kreativen Beitrag zu leisten für eine demokratische Entwicklung ihres Landes.

<http://de.euronews.net/2011/03/08/frauen-fuer-verfassungsänderung-in-aegypten>

online-Appell von amnesty, Frauen in die Gestaltung der Zukunft Ägyptens auch in den höchsten politischen Entscheidungsebenen einzubeziehen und ihre Rechte in der neuen Verfassung zu garantieren:

englisch: www.amnesty.org/en/appeals-for-action/creating-new-egypt-must-include-women

deutsch: <http://frauenrechte.amnesty.at/allgemein/lasst-die-aegyptische-revolution-die-frauen-im-stich/#more-1565>

Saba Mahmood

Die Architekten des Aufstandes von Ägypten und die kommenden Herausforderungen

(...) Nachdem Mubarak nun zurückgetreten ist, sehen sich die Architekten der ägyptischen Revolution mit einer Reihe von schwierigen Aufgaben konfrontiert. Eine der wichtigsten wird sein, den(allermeisten) Ägyptern nicht nur zivile und politische Rechte zu sichern -, sondern auch soziale/wirtschaftliche Gerechtigkeit für Millionen von Ägyptern, die von weniger als 2 Dollar am Tag leben müssen (mehr als 40 Prozent aller Ägypter leben unterhalb der Armutsgrenze). Keine Frage - die neue Ordnung im Land muss auf bürgerlichen und politischen Freiheiten beruhen, wie sie für liberale Demokratien charakteristisch sind. Genauso wichtig ist für ein Land wie Ägypten jedoch die Entwicklungen eines Wirtschaftssystems, das nicht nur für Reiche da ist und das nicht auf Kosten der Armen, der unteren Mittelschicht und der Mittelklasse geht. Die meisten öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen wurden vernachlässigt und dem Verfall preisgegeben. In der Zeit von Gamal Abdel Nasser wurden diese Institutionen eingerichtet. Doch seither verfallen sie. In den öffentlichen Krankenhäusern sterben heute Tausende Ägypter, weil es an medizinischer Versorgung und an Personal fehlt. Die ägyptischen Universitäten konnten das Bildungsniveau nicht halten, mit dem sie sich einst brüsteten. Es fehlt an Wohnraum, an Arbeitsplätzen und an grundlegenden sozialen Dienstleistungen. Gleichzeitig sinken die Reallöhne. Die Inflationsrate eskaliert. Für die meisten Ägypter ist der Alltag nicht mehr zu bewerkstelligen und unerträglich. Solche Bedingungen haben dazu geführt, dass Arbeiter/innen - des Industrie- und Dienstleistungsbereichs - in den vergangenen zehn Jahren (oft) streikten oder Sit-ins veranstalteten. Ich habe das oben

bereits geschrieben. Diese Arbeiter/innen sind in den letzten beiden Wochen zum integralen Bestandteil der Demonstrationen im Land geworden. In den Tagen unmittelbar vor Mubaraks Rücktritt nahmen auch mehrere Gewerkschaften auch formal an den Protesten teil. Manche glauben, DAS sei der Wendepunkt bei der Entwicklung der Proteste gewesen.

Eine neue - liberale und demokratische - Regierung kann bürgerliche und politische Rechte auf den Weg bringen (ein wichtiges Ziel in den kommenden Monaten). Unklar ist jedoch, ob dies der richtige Rahmen sein wird, um die Reformen umzusetzen, die nötig sein werden, um die ökonomischen Ungerechtigkeiten und die Ungleichheit im Land zu beseitigen. Seit den 70er Jahren wurde die Wirtschaft Ägyptens immer stärker neoliberalen Wirtschaftsreformen unterworfen - durch die Weltbank, durch den Internationalen Währungsfonds und durch USAID. Dahinter steckten US-Regierungen. Die Elite des Landes profitierte von den durch Amerika initiierten Reformen und beteiligte sich partnerschaftlich daran. Wird DIESER Teil der ägyptischen Bevölkerung wohl mithelfen, die Bedürfnisse der Armen, der Arbeitslosen und der Arbeiterschaft zu befriedigen? Die letztgenannten drei Gruppen waren bislang Partner im Kampf gegen politische Korruption und Autokratie. Werden die Demonstranten vom Tahrir-Platz ihren Kampf für ökonomische Gerechtigkeit auch dann noch weiterführen, wenn sie in den nächsten Monaten ihre politischen und bürgerlichen Rechte erhalten werden?

Bei alledem wird der US-Regierung eine entscheidende Rolle zukommen. Die Obama-Administration hat sich nur wi-

derwillig dem Willen des ägyptischen Volkes nach echten demokratischen Reformen gebeugt. Daher ist es höchst zweifelhaft, ob diese US-Administration es tolerieren wird, dass die Wirtschaftsinteressen der USA in Ägypten und in der Region allgemein neustrukturiert werden. Selbst innenpolitisch lässt Obama Signale vermissen, dass er bereit ist, den Raubtier-Tendenzen des neoliberalen Kapitals Einhalt zu gebieten. Es gibt also keinen Grund anzunehmen, dass er sich anders verhalten wird, wenn es um das Elend von Nichtamerikaner/innen geht - von Menschen, die noch nicht einmal zu seiner Wählerschaft zählen (Wiederwahl). Bleibt das Fazit, dass die ganz normalen Ägypter SELBST für substantielle ökonomische Reformen sorgen müssen, ungeachtet des Widerstandes, der ihnen wohl vonseiten der Eliten im eigenen Land - und generell vonseiten der europäisch-amerikanischen neoliberalen Ordnung entgegenschlagen wird. All dies hört sich unendlich kompliziert an, aber angesichts dessen, was wir in den letzten Wochen sahen, haben die Ägypter das Unmögliche schon einmal geschafft. Zumindest haben sie einen neuen politischen Faktor in Bewegung gesetzt, den die herrschenden Klassen des Landes künftig nicht mehr ignorieren können. Aller Augen richten sich auf den lebendigsten Kampf unserer Zeiten.

15.02.2011 — Jadaliyya.com / ZCommunications, Originalartikel: The Architects of the Egyptian Uprising and the Challenges Ahead, übersetzt von: Andrea Noll <http://www.zmag.de/artikel/die-architekten-des-aufstandes-von-aegypten-und-die-noch-anstehenden-herausforderungen>

Ägypten-Dossier: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Aegypten/Welcome.html>

Weitere Hinweise /Webseiten zu Nordafrika/Westasien

Die Redaktion von Sand im Getriebe kann nur einige der vielfältigen Beiträge herausgeben – zum Weiterlesen empfehlen wir – u.a. ! - folgende Seiten:

<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen>

<http://www.german-foreign-policy.com/>

www.forumdesalternatives.org

www.pambazuka.org

<http://antiwar.com/>

<http://mrzine.monthlyreview.org/>

www.cadtm.org

www.focusweb.org

<http://www.tlaxcala-int.org/>

www.zmag.de

Weitere Artikel über Tunesien, Ägypten u.a.m. in „Sand im Getriebe“ Nr 88

----- *Sand im Getriebe Nr.89 Seite 25* -----

Attac Marokko

Das Volk fordert Veränderung!



25.2. Am 20. Februar nahmen nach den Angaben der Organisatoren ca. 300 000 Menschen an Demonstrationen in den meisten Städten von Marokko teil. **Die Forderungen der Demonstranten bezogen sich auf die politischen, ökonomischen und sozialen Bereiche. Hauptsächlich wurden gefordert:**

- Annahme einer neuen Verfassung,
- Auflösung von Regierung und Parlament,
- Unabhängigkeit der Justiz,
- Freilassung der politischen Gefangenen,
- Gegen Preisanstieg, für Lohn- und Gehaltserhöhungen, Beschäftigung für die Arbeitslosen.
- Zugang zu den öffentlichen Dienstleistungen für alle Bürger,
- gegen Korruption, Machtmissbrauch und wirtschaftliche Verbrechen,
- gegen die Hortung von Reichtum, gegen die Privatisierung der öffentlichen Sektoren, etc..
- Für die Anerkennung der Sprache Amzigh (Sprache der Berber) als Amtssprache.



Diese friedliche Mobilisierung wurde von der revolutionären Welle in den Ländern der Region, die den Sturz des tunesischen und des ägyptischen Diktators herbeigeführt haben, getragen. Hervorzuheben sind die breite Aktionseinheit und die große Beteiligung von Jugendlichen und Frauen an den Initiativen für

eine solche Aktion und an deren Organisierung und Durchführung.

Aber kurz nach diesen Demonstrationen, ab dem Abend des 20. Februars, wurden im Widerspruch zu Erklärungen des Innenministers scharfe Repressionsmaßnahmen getroffen, unter Ausnutzung von provozierenden Gewalttaten, deren Urheber noch identifiziert werden müssen: Versammlungen und Demonstrationen wurden verboten und verfolgt, auch solche zur Solidarität mit dem libyschen Volk. Es gibt Verhaftungen und umfangreiche Polizeikontrollen in den Städten, zu denen manchmal auch die Armee hinzugezogen wird.

Attac Marokko ist Teil dieser sozialen Bewegung, die seinen grundlegenden Zielen entspricht (...). Attac Marokko fordert

- Meinungs- und Demonstrationsfreiheit
- Freilassung alle politische Gefangenen
- sofortiger Stopp der Repression gegen die Demonstranten
- Erfüllung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Bewegung des 20. Februars.

(...)

<http://www.cadtm.org/Maroc-le-peuple-exige-le>

König der Armen

In Marokko führt Mohammed VI. das Land wie seinen Privatkonzern. Doch eine sich ständig vertiefende soziale Kluft sorgt für Bewegung

Seit Oktober hat das Land von Brüssel im Verhältnis zur EU einen »fortgeschrittenen Status« erhalten.

Eine spürbare Erhöhung des Lebensstandards hat das den Einwohnern und Arbeitskräften dieser europäischen Sonderwirtschaftszone bislang nicht beschert. Sie schufteten für einen durchschnittlichen Stundenlohn von 0,95 Euro in der Industrie und 4,90 Euro pro Tag in der Landwirtschaft zum Wohle aus- und inländischer Konzerne und Grundbesitzer. Im verarbeitenden Gewerbe kommen die Beschäftigten bei der geltenden 44-Stunden-Woche ohne Überstunden und Nebenerwerb auf ein Monatssalär von gerade einmal 183,35 Euro. Viele haben überhaupt keinen festen Job und müssen sich mit Tagelöhnerlei über Wasser halten. Die offiziell zugegebene Erwerbslosigkeit verharrt seit langem bei 9,6 Prozent. Unter den Fünfzehn- bis Neunundzwanzigjährigen sind jedoch gut ein Drittel davon betroffen. Zugleich besteht weiterhin fast die Hälfte der Bevölkerung aus Analphabeten, die Kindersterblichkeit liegt bei 28,6 Toten auf tausend Lebendgeburten sehr hoch. In den Krankenhäusern erhält nur derjenige eine Behandlung, der in der Lage ist, das entsprechende Bestechungsgeld zu zahlen.

(Junge Welt, 31.3.2011)

Attac Marokko zu den „Reformen“ des Königs

Am 9.März hat der König in einer Rede eine Verfassungsreform angekündigt, die von einer von ihm (!!!!) ernannten Kommission erarbeitet werden soll.

Damit hat die Bewegung des 20.Februar, die von der tunesischen und ägyptischen Revolution angespornt wurde, einen weiteren kleinen Sieg errungen, das muss man schon anmerken. Diese Bewegung wurde anfangs beschimpft – Separatisten, Vaterlandsgegner, Atheisten, Homosexuellen,.... Nach und nach sehen sich die Regierung und die politische Elite wegen der Erfolge dieser Bewegung gezwungen, diese ernst zu nehmen. Und heute spricht sich sogar der König

für eine Verfassungsreform – wie es ihm natürlich paßt, während er noch am 21. Februar diese Bewegung vollkommen ignorierte.

ABER: Das bleibt noch vollkommen unzureichend, da der König im Grunde auf keine seiner Vorrechte auf der politischen Ebene verzichtet hat.

Noch schlimmer ist es auf der wirtschaftlichen und sozialen Ebene. Der König und die um ihn gruppierte herrschende Klasse beuten weiterhin auf einer ungerechten und manchmal illegaler Art die natürlichen Reichtümer des Landes (Bergbauminen, fruchtbares Land, Wasser, Agrarprodukte,

Wind und Solarenergie....). Dabei beharrt er auf die Geheimhaltung seines riesigen Reichtums. Das Volk hingegen lebt weiter in großer Armut.

Diese Scheinzugeständnisse des Königs könnten einen Teil der Bewegung überzeugen, die ihm naiverweise vertrauen.

Wir müssen uns auf diese Debatte innerhalb der Bewegung vorbereiten und vor allem an die Forderungen erinnern, für die die Jugendlichen als Erste auf die Straße gegangen sind. Wir müssen auch die Unterschiede zwischen diesen Forderungen und den Vorschlägen des Königs – trotz scheinbarer Gemeinsamkeiten – herausarbeiten.

Forderungen des 20. Februars	Antworten des Königs in seiner Rede vom 9.3.2011
Eine demokratische Verfassung soll von einer verfassungsgebenden Versammlung verabschiedet werden, die demokratisch gewählt wird.	Wir haben beschlossen, eine ad hoc Kommission zu bilden, die die Verfassung überarbeiten soll.
Auflösung des Parlaments und der aktuellen Regierung und Bildung einer Übergangsregierung, die die Umsetzung der Forderungen der Bewegung vom 20.Februar vornimmt.	In der Zeit vor der Volksabstimmung über den Entwurf einer neuen Verfassung arbeiten die aktuellen Institutionen weiter, dies im Rahmen der jetzt gültigen Verfassung
Eine unabhängige Justiz und allgemein eine Gewaltentrennung.	„Wir wollen die Justiz als eigenständige Gewalt einrichten und die Befugnisse des Verfassungsrats stärken, mit dem Ziel, die Vorherrschaft der Verfassung und den Vorrang der Gesetze und die Gleichheit von allen vor ihnen zu stärken.“
„alle diejenigen, die an der Plünderung und Verschwendung der Reichtümer des Landes teilgenommen haben, müssen vor Gericht gestellt werden.“	NICHTS
Anerkennung der Sprache Amzigh	In der Verfassung soll die Pluralität der vereinten marokkanischen Identität anerkannt werden, die reich ist durch die Vielfalt der Komponenten (...)
Freilassung aller politischen Gefangenen, Anklage gegen alle diejenigen, die willkürlichen Festnahmen, „Verschwinden“, Folter und wilden Unterdrückungsmaßnahmen zu verantworten haben	NICHTS
Zugang für alle ausgebildeten Arbeitslosen zu Stellen des Öffentlichen Diensts mittels transparenten und gerechten Prüfungen	NICHTS
Ein Leben in Würde muss für alle gesichert sein, indem gegen die teuren Lebenshaltungskosten angegangen wird. Lohnerhöhung und Erhöhung des Mindestlohnes	NICHTS
Zugang auch für die Ärmsten zu allen Einrichtungen des öffentlichen Diensts, die diesen Namen verdienen und die über genügend Mittel für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben verfügen	NICHTS

Am 13.3. hat die Polizei in Casablanca Sit-Ins der „Bewegung vom 20. Februar“ gewaltsam von der aufgelöst, es gab über 100 zum Teil schwer Verletzte und über 400 Verhaftungen. Auch Journalisten wurden angegriffen.

Am 20.März fanden in 60 Städten von Marokko große Demonstrationen und Sit-Ins statt :

Tanger : 16 000 Demonstranten, Rabat 15 000 ; Agadir 16 000 ; Fes 5000.... Casablanca 50 000 !

Die Demonstrationen sind von der « Bewegung des 20.Februars » organisiert worden. Sie haben deren zentralen Forderungen aufgegriffen und « eine neue Verfassung statt eine Sklavenverfassung » gefordert. Die Polizei hat im Gegensatz zu den blutigen Repressionsmaßnahmen vom 13.-14. März nicht eingegriffen. Es ist ein Zeichen dafür, dass die Regierung über den einzuschlagenden Weg unsicher ist :

Eine brutale Repression würde die echte Natur des Regimes entlarven und zu einer weiteren Radikalisierung und Stärkung der Bewegung führen

Eine scheinbare Toleranz könnte aber auch eine Ausweitung der Bewegung begünstigen. So haben die offiziellen Medien - obgleich die Demonstration in Casablanca verboten worden war – den Erfolg der friedlichen Demonstration gefeiert und dies

auf das Konto der Regierung und der « marokkanischen Ausnahme » zurückgeführt. Welche Heuchelei !!!

Film über die Demonstration in Casablanca am 20.3.:

http://www.youtube.com/watch?v=ZHmVhMht2zw&feature=player_embedded

(Mitteilung von attac Marokko, <http://attamaroc.org/>)

Nordafrika kämpft für Demokratie

– die Schweiz muss sich solidarisch zeigen!

Solidarität mit Nordafrika statt Wahlkampf!

Am 16. März hat der Nationalrat in einer dringlichen Debatte über die "Krise" in Nordafrika und die Folgen für die Schweiz beraten. Für einen großen Teil des Parlaments besteht diese "Krise" offensichtlich nicht darin, dass in Libyen ein blutiger Bürgerkrieg in Gange ist und in vielen arabischen Staaten von Marokko bis Saudi Arabien weiterhin despotische und kleptokratische Regime an der Macht sind. Sie warnen vielmehr davor, dass Flüchtlinge aus Nordafrika es schaffen, bis in die Schweiz zu kommen.

Der Wahlkampf ist ausgebrochen. Von der SVP bis über die bürgerliche "Mitte" hinaus

Sehr geehrte Damen und Herren ParlamentarierInnen, Sehr geehrte Damen und Herren BundesrätInnen und Bundesräte

Ihre Bundeshausfraktionen haben beschlossen, am 16. März eine dringliche Debatte zur Krise im Nordafrikanischen Raum abzuhalten. Die unterzeichnenden Einzelpersonen und Organisationen, möchten Ihnen nachfolgend einige Punkte in Erinnerung rufen:

Als in den vergangenen Wochen Zigtausende Flüchtlinge aus Libyen in Tunesien und Ägypten eintrafen, kümmerten sich die lokalen Bevölkerungen um sie. Obwohl selber von politischen Umwälzungen und Armut betroffen, trugen sie das Wenige zusammen, das sie hatten, um den Ankommenden zu helfen. Derweil wurden in Europa und der Schweiz Katastrophenszenarien an die Wand gemalt, weil erste Flüchtlinge aus Tunesien die Reise übers Mittelmeer angetreten haben. Millionenbeträge sollen bereitgestellt, Grenzwächter und gar die Armee sollen mobilisiert werden, um die «Eindringlinge» abzuwehren und zurückzuschaffen. *Dieses Verhalten ist beschämend. Gegenüber all jenen Menschen, die sich in den nordafrikanischen Staaten unter Lebensgefahr für Demokratie, Gleichheit und Gerechtigkeit einsetzen, zeigen sich die Schweiz und Europa egoistisch, arrogant und zutiefst unsolidarisch. Wenn jetzt «der Maghreb brennt», so ist es unsere einfachste und absolute Pflicht, beim Löschen zu helfen. Umso mehr auch deswegen, weil wir den Brand mit gelegt haben, indem wir über Jahre die nordafrikanischen Diktaturen mit gestützt haben. Wie eine Leserbriefschreiberin so treffend bemerkte: «Diese Menschen sind aktuell in Gefahr, nicht gefährlich» (Tages-Anzeiger, 4.3.2011).*

haben sich PolitikerInnen der etablierten Parteien bereits festgelegt, dass es sich bei den Ankommenden um "Wirtschaftsflüchtlinge" handelt, die nichts in Europa und schon gar nicht in der Schweiz zu suchen haben. Hier ein paar Kostproben:

Frau Karin Keller Sutter, Regierungsrätin und Polizeidirektorin, FDP: «Bei den Migranten handelt es sich um Wirtschaftsflüchtlinge, die sofort zurückgeschickt werden müssen.»; 20min Online, 15.02.2011

Schweizerische Volkspartei, SVP: «Die anderen Parteien wollen offene Grenzen. Wir wollen sichere Grenzen»; Inserat in

Als «Wirtschaftsflüchtlinge» werden die Ankommenden beschimpft. Dabei wird ausser Acht gelassen, dass unsere Wirtschaftspolitik – interessiert an billigen Rohstoffen, am Verkauf teurer Kapitalgüter und an billigen Feriendestinationen – wesentlich zur Armut und zur Arbeitslosigkeit in diesen Ländern beigetragen hat. Oder zur Unterdrückung politischer Freiheit oder der Verletzung von Menschenrechten, indem über Jahre Waffen in arabische Länder exportiert worden sind.

Menschen, die migrieren, um ihr eigenes Überleben und das ihrer Familie zu sichern, sind keine «Wirtschaftsflüchtlinge», sondern Armutsflüchtlinge. Ihnen werden wesentliche Grund- und Menschenrechte verweigert. Wie etwa die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. Zur Freiheit gehört auch das Recht auf Bewegungsfreiheit, das wir für uns selbstverständlich in Anspruch nehmen.

Von den Umbrüchen in den nordafrikanischen Staaten wird zu Recht von Revolutionen gesprochen. Grundlegende Veränderungen der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse brauchen Zeit.

Es reicht nicht, dass die Schweiz ihre Unterstützung der demokratischen Kräfte in Nordafrika beteuert, wenn sie nicht gleichzeitig die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den betreffenden Ländern neu gestaltet. Es braucht eine Wirtschaftspolitik, die eine eigenständige Entwicklung der nordafrikanischen Länder ermöglicht, statt sie den Interessen der Schweiz

der NZZ, 04.03.2011

Herr Nationalrat Ruedi Lustenberger, CVP: «Tunesiern, die in der Schweiz um Asyl ersuchen, sollen nur noch beschränkte Rechtsmittel zur Verfügung stehen. [...] Das Beste wäre, sie gar nicht in die Schweiz kommen zu lassen.»; Zentralschweiz am Sonntag, 20.02.2011

Wir fordern deshalb alle, die unsere Meinung teilen auf, diese zynische Generalprobe für den Wahlkampf abzulehnen und unseren öffentlichen Aufruf mit zu unterzeichnen!

<http://www.solidaritaets-petition.ch/>

unterzuordnen.

Wir, die unterzeichnenden Personen und Organisationen, sind empört darüber, wie sich PolitikerInnen, Regierungsmitglieder und Parteien über die MigrantInnen aus den nordafrikanischen Staaten in den Medien geäußert haben, und weisen ihre Forderung nach repressiven Massnahmen zurück. Ebenso verurteilen wir, dass das Thema für den Wahlkampf instrumentalisiert wird.

«Sichere Grenzen» gibt es nicht, es gibt nur ein sicheres und solidarisches Zusammenleben! In diesem Sinne fordern wir die eidgenössischen und kantonalen ParlamentarierInnen, den Bundesrat sowie die kantonalen Regierung auf:

- sich für eine offene und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik einzusetzen, der die politischen sowie die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte zugrunde liegen;
- sich für eine andere Wirtschaftspolitik einzusetzen, die eine eigenständige Entwicklung der nordafrikanischen Länder und die Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglicht statt sich am Freihandel und den Interessen des Nordens orientiert;
- die Potentatengelder an die jeweiligen Staaten zurückzuführen und ihre Verwendung demokratisch gewählten Institutionen anzuvertrauen;
- jene Kräfte zu unterstützen, die sich für Demokratie einsetzen, im Sinne einer Teilhabe aller am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben.

S. auch: „Solidarité sans frontières“
http://www.sosf.ch/cms/front_content.php

Medico International / Pro Asyl

Fluchtwege nach Europa öffnen - Flüchtlinge aufnehmen!

Unterstützen Sie unsere Forderungen mit einer Email an Angela Merkel!

• Auf dem EU-Gipfel zu Libyen am 11. März ist es zu keiner Entscheidung für eine Aufnahme von Flüchtlingen aus Libyen gekommen. Derweil hat die Bundesregierung zwar dem Flüchtlingshochkommissariat UNHCR eine Million Euro zur Repatriierung der aus Libyen geflohenen Bangladescher zur Verfügung gestellt. Für die Flüchtlinge aus Eritrea, dem Sudan und Somalia, die aufgrund drohender Verfolgung nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren können, fehlt jedoch die notwendige Entschlossenheit für ein humanitäres Handeln. PRO ASYL und medico international setzen deshalb ihre E-Mail-Aktion „Fluchtwege nach Europa öffnen - Flüchtlinge aufnehmen!“ fort. Bislang haben über 6.000 Personen den Appell an die Bundeskanzlerin unterzeichnet.

Seit dem 20. Februar überquerten über 200.000 Flüchtlinge und Migrantinnen aus Libyen die Grenzen nach Tunesien und Ägypten. Täglich kommen Tausende hinzu. Die Situation spitzt sich zu. Schwer bewaffnete Gaddafi-Truppen kontrollieren die Grenze – die Flucht aus Libyen ist lebensgefährlich.

PRO ASYL und medico international sind in großer Sorge um die in Libyen gestrandeten Flüchtlinge. Sie stehen nun zwischen allen Fronten. Antonio Guterres, der UN-Flüchtlingskommissar, forderte die Evakuierung

und Aufnahme dieser schutzlosen Menschen. Die EU muss die Flüchtlinge retten und in Europa aufnehmen.

Mit dieser Email-Aktion wird die Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgefordert, sich für die Aufnahme von aus Libyen geretteten Flüchtlingen in Deutschland und der EU einzusetzen. PRO ASYL und medico international wollen damit erreichen, dass sich die Bundesregierung tatkräftig an der Bewältigung der humanitären Krise beteiligt und Flüchtlinge, die aufgrund der bisherigen EU-Kooperation mit Libyen dort festsaßen, nun aufgenommen werden.

Unterstützen Sie unsere Forderungen mit einer Email an die Bundeskanzlerin Angela Merkel!

<http://www.proasyl.de/de/home/aktion-fluechtlinge-aus-libyen-aufnehmen/>

PROTESTBRIEF AN FRAU MERKEL:
Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Antonio Guterres, der UN-Flüchtlingskommissar, appellierte am 1. März 2011 „an alle Nachbarregierungen in Nordafrika und Europa, die Grenzen über Land, Luft oder See offen zu halten für Menschen, die aus Libyen fliehen müssen. Alle Menschen, die Libyen verlassen, sollten

ohne jegliche Diskriminierung und ungeachtet ihrer Herkunft Unterstützung erhalten.“

Bitte setzen Sie sich dafür ein,

- dass die über 11.000 von UNHCR in Libyen registrierten Flüchtlinge gerettet, evakuiert und in Europa aufgenommen werden – ein Teil auch in Deutschland.

- dass zügig eine solidarische und menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen in Europa organisiert wird. Keinesfalls dürfen Flüchtlingsboote auf dem Meer zurückgewiesen oder abgedrängt werden.

- dass Tunesien und Ägypten jede erdenkliche Hilfe erhalten, um Flüchtlinge zu versorgen.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr Name

Den ausführlichen Appell von ProAsyl und medico international anlässlich des EU-Gipfels zu Libyen finden Sie hier:

<http://www.medico.de/themen/menschenrechte/migration/dokumente/appell-an-die-bundesregierung-fluchtwege-nach-europa-oeffnen--fluechtlinge-aufnehmen/3969/>

<http://www.medico.de/themen/vernetztes-han-deln/konferenzen/dokumente/internationale-konferenz-global-gerecht-gesund/3783/>

Flüchtlingskrise in Lampedusa spitzt sich zu

31.3. Immer mehr Flüchtlinge aus Nordafrika gelangen mit Booten auf die Mittelmeerinsel Lampedusa. Allein in der Nacht von Montag auf Dienstag erreichten ca. 450 Flüchtlinge aus Nordafrika die Insel. Am Wochenende waren zum ersten Mal auch Schutzsuchende aus Libyen bis zu der kleinen Nebeninsel Linosa gelangt. Die rund 300 aus Eritrea und Äthiopien stammenden Bootsflüchtlinge, unter denen auch eine Mutter mit ihrem Neugeborenen Baby waren, wurden unterdessen nach Sizilien gebracht. Insgesamt dürften sich mittlerweile rund 6000 Flüchtlinge auf Lampedusa aufhalten, die Gesamtzahl der aus Nordafrika nach Italien Geflüchteten steigt damit auf über 18.000. Die Situation vor Ort wird dabei immer kritischer. Die meisten Flüchtlinge werden in Zeltlagern untergebracht, die hygienischen Bedingungen verschlechtern sich zunehmend und auch

die Versorgung mit Nahrungsmitteln ist dürftig. Eine Gruppe von TunesierInnen befindet sich im Hungerstreik, um gegen die schlechten hygienischen Bedingungen und die langen Wartezeiten auf Nahrungsmittel zu protestieren. Sie fordern so schnell wie möglich auf das Festland gebracht zu werden. Mittlerweile formiert sich auf Lampedusa starker Protest gegen die hauptsächlich tunesischen Flüchtlinge. AnwohnerInnen der Insel skandierten Parolen gegen die „Migranteneinvasion“ und Fischer versuchten mit ihren Booten den Hafen zu blockieren, um die weitere Ankunft von Flüchtlingen zu verhindern.

Besonders besorgniserregend sind die Meldungen über ein mit 68 Flüchtlingen besetztes Schlauchboot, darunter auch Frauen und Kinder, ca. 60 Seemeilen vor der libyschen Küste. Per Satellitentelefon baten sie um Hilfe, da der Treibstoff und

Nahrungsmittel ausgegangen waren. Seit dem Anruf fehlt jede Spur des Bootes.

Um die Krise zu lösen setzt die italienische Regierung auf zweifelhafte Angebote. Sie plant, den tunesischen Flüchtlingen 1500 € für die Rückkehr in ihre Heimat anzubieten. Auf dem italienischen Festland sind bereits jetzt ca. 13.000 Flüchtlinge aus Tunesien in Lagern untergebracht und warten dort auf ihre Abschiebung. Italiens Innenminister Roberto Maroni droht unterdessen mit Zwangsabschiebungen, falls sich Tunesien nicht zur Rückübernahme der Flüchtlinge bereit erklärt. In Libyen ließ der Rebellenanführer Mustafa Abdel Jalil verlauten, dass die Flüchtlingsabwehr mit Italien weitergeführt werde, sobald eine neue Regierung im Amt sei. Deutschland weigert sich nach wie vor Flüchtlinge aus Nordafrika aufzunehmen.

http://www.proasyl.de/de/news/detail-zurueck-zu-home/news/fluechtlingskrise_in_lampedusa_spitzt_sich_zu/

Yoko Akimoto, Attac Japan

Das Desaster – Das Erdbeben und die Explosion eines Kernkraftwerks

5. März 2011

Es ist traurig, dass uns die Realität erst nach so langer Zeit aufschreckt. Wann immer wir den Fernseher einschalten, erfahren wir neue angenommene Zahlen und Werte. Ich fühle mich so, wie unsere Freunde in Pakistan oder Haiti, die noch immer unter den Folgen der Naturkatastrophen leiden müssen.

Gestern verkündete der Gouverneur der Provinz Miyagi, dass mehr als 10.000 Menschen umgekommen sind. Und heute explodierte der Reaktor Nr. 3 im Atomkraftwerk (AKW) von Fukushima. Und jetzt (15. 3. 2011, 2 Uhr früh Lokalzeit) kommt es zu einer Kernschmelze im Reaktor Nr. 2. Es ist jetzt klar, dass das AKW Fukushima außer Kontrolle geraten ist.

<http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-pacific-12724953>

Vor vierzig Jahren kämpften unsere Aktivistinnen gegen den Bau von AKW und wiesen auf die Gefährdung hin durch die häufigen Erdbeben in unserem Land. Nun ist das Unglück Realität geworden!!! Damals beraubte die Regierung die Genossenschaften und Gemeinden der Fischereirechte, um die AKW bauen zu können. Die Regierung zerstörte mit Gewalt die Lebensgrundlage der Fischer und die Fanggründe zum Bau dieser Kraftwerke und man behauptete mit dem Brustton der

Überzeugung, dass AKW sicher sind.

Nun wiederholen die Verantwortlichen für diesen Unfall aus Regierung und TEPCO (Tokyo Electric Power) wie Papageien immer wieder die Phrase, dass der Norden des Landes von einem Erdbeben heimgesucht wurde, das wesentlich stärker war als vorauszusehen. Allerdings sagte Hiroaki Koide, Professor am Reaktor-Forschungsinstitut: „Japan ist nun einmal das Land mit der größten Häufigkeit von Erdbeben weltweit. Wenn eine Regierung Nuklear-Energie forciert, dann dürften unerwartet heftige Erdbeben niemals passieren.“ Viele einfache Japaner sind allerdings sicher, wer für den Unfall verantwortlich ist.

TEPCO schaltete gestern planmäßig den Strom in Tokio und einigen anderen Präfekturen ab. Diese Abschaltungen sollen bis Ende April weitergehen mit der Begründung, dass der Reaktorunfall Ursache der Stromknappheit sei. Daher werden viele Züge nicht verkehren. Gestern verkehrten nur etwa die Hälfte der planmäßigen Züge.

In den Geschäften und Supermärkten der Stadt fehlten Lebensmittel wie Milch, Wasser, Fisch, Brot und Reis. Einige Regale stehen leer. Eine der Hauptursachen dafür sind Transportprobleme. Einige wichtige Straßen sind blockiert. Lastwagen für Tokio stecken auf Autobahnen und Straßen fest.

Die Bewohner von Tokio erfreuten sich lange am bequemen Einkauf.

Wir konnten beliebig Lebensmittel kaufen oder essen was wir wollten, auch wenn wir nicht wussten wie viele Hunderte Kilometer diese Produkte zurückgelegt hatten. Wir mussten uns keine Gedanken darüber machen, wer das wo produziert hatte, für uns in Tokio war das immer in Ordnung. Es ist traurig, dass wir durch das heftigste Erdbeben und durch eine Kernschmelze daran erinnert werden mussten, wie verletzlich unser Transportwesen ist und welches Leben wir eigentlich leben sollten.

Die Überfluss-Produktion, der exzessive Konsum, der Preisdruck und die übertriebene Bequemlichkeit erzeugten Sprünge in unserem Planeten, unnötigen und exzessiven Kohlendioxid-Ausstoß und schließlich die Zerstörung von Mutter Erde. Wir müssen dringend überlegen, wie wir leben wollen, ohne die Umwelt zu zerstören.

Es ist nun vier Tage her, seit sich die Tragödie ereignet hat. Nach und nach erreichen uns die Katastrophenmeldungen. Wir wissen noch nicht, ob unsere Mitglieder in den betroffenen Regionen sicher sind. Wir sind derzeit umhüllt von Angst vor unsichtbarer Gefahr.

In Solidarität voller Hoffnung und Liebe.
Yoko Akimoto, Sekretariat, ATTAC Japan

Eisenbahnergewerkschaft von Chiba

***Steht mit uns zusammen auf und lasst uns ein für allemal
Atomkraftwerke und Atomwaffen abschaffen.***

25. März 2011

Brüder und Schwestern überall in der Welt!
Wir haben einen neuen Kampf begonnen

Am 20. März 2011 haben wir in Tokyo eine Demonstration mit etwa 1500 Teilnehmern veranstaltet, um unseren Ärger und unsere Wut über die ernste Lage auszudrücken, die durch das letzte Erdbeben in Tohoku (Ostjapan) verursacht wurde. Das war die einzige Protestaktion, denn die Verkehrswege waren nicht nur im Erdbebengebiet von Tohoku beeinträchtigt, sondern auch in den Gebieten von Tokyo und Kanto. Außerdem übt die Regierung Druck aus, dass man unter den gegebenen Umständen möglichst keine selbstständigen Aktionen organisieren

soll.

Wir haben zu der Kundgebung aufgerufen, um den Zorn des Volkes wegen der schrecklichen und brutalen Geschehnisse zu organisieren, um die Lügenpolitik der Regierung öffentlich zu machen und um zu verlangen, dass alle Fakten auf den Tisch kommen, die mit der Katastrophe zu tun haben.

Zu der Kundgebung wurde eine große Menge Hilfsgüter mitgebracht.

Darunter waren mehrere Zentner Reis, hunderte Gasflaschen und andere bitter benötigte Dinge. Das Material wurde sofort in die betroffenen Gebiete geschickt, zusammen mit vielen Spenden. Auf der Kundgebung wurde zum nationalen Kampf gegen Massenentlassungen aufgerufen. In dem Aufruf

unterstützen wir den weltweiten Kampf für die sofortige Abschaltung aller Atomkraftwerke.

Menschen sterben in diesem Moment

Die offizielle Zahl der Todesopfer nähert sich 10.000 und niemand weiß, wie hoch die Zahl noch steigen wird. Es sollte festgehalten werden, dass nur wenige Menschen dem Erdbeben zum Opfer fielen. Der Hauptgrund für die vielen Toten war der nachfolgende Tsunami, weil es keine wirkungsvollen Vorsichtsmaßnahmen gab, um die Folgen der Flut zu verhindern. Für die Errichtung von Hochwasserschutzdämmen an gefährdeten Küstenabschnitten standen

hundert Milliarden Yen im Haushalt zur Verfügung. Diese Mittel sind von der /Demokratischen Partei /als Regierungspartei gekürzt worden, ebenso wie vorher von den liberal-demokratischen Regierungen. An dem Desaster sind Menschen schuld. Die Logik des Kapitals hat es hervorgerufen.

Viele betroffene Gebiete sind auf sich gestellt. Nur für einen Teil der Notunterkünfte werden seit ein paar Tagen Hilfsgüter von der Regierung zur Verfügung gestellt. Das sind Ausnahmen. In den Notunterkünften und Krankenhäusern, die keinen Zugang zu Lebensmitteln oder medizinischer Versorgung haben, steigt die Zahl der Todesfälle. Der Fußboden der meisten Krankenhäuser ist voller Patienten. Fehlende Transportmöglichkeiten verhindern, dass Kranke von den Notunterkünften in die Krankenhäuser gebracht werden, um dort notwendige medizinische Betreuung zu erhalten.

Nicht nur die Küstengebiete leiden unter den verheerenden Schäden, auch Städte im Inland wie Sendai in der Miyagi Präfektur sind in einer schrecklichen Lage, weil Lebensmittel und Treibstoff fehlen. Eigentlich gibt es genug Material und es stehen genügend Fahrzeuge zur Verfügung. Aber die beteiligten Firmen bleiben untätig. Sie schrecken vor den Zusatzkosten für die Umwege zurück, die durch zerstörte Straßen verursacht werden. Und die Regierung tut nichts dagegen. Viele Menschen sterben durch die Untätigkeit und Unfähigkeit der Regierung. Hier zeigt sich das wahre Gesicht der Marktwirtschaft.

Außerdem gibt es eine amtliche Anweisung, dass man keine Hilfsgüter in Eigeninitiative oder privat direkt zu den Notunterkünften schicken darf. Man muss sie zu den Regierungs- oder Ortsverwaltungsbüros bringen, die dann für den Transport sorgen.

Brüder und Schwestern überall in der Welt! Es wird berichtet, dass in einem Teil der betroffenen Gebiete die Wasserversorgung wieder angelaufen sei. Aber die schlechte Nachricht ist, dass die radioaktiven Stoffe im Wasser der Fukushima Präfektur die Normalwerte übersteigen und dass es verboten ist, das Wasser zu trinken. Verschiedene Gemüse und Milch aus Tohoku und dem Gebiet um Kanto darf nicht mehr verkauft werden, weil man radioaktive Verseuchung befürchtet.

Tag und Nacht geben die havarierten Atomkraftwerke hohe Dosen radioaktiven Materials an die Umwelt ab und erfüllen die Bewohner in den umliegenden Orten mit wachsender Furcht. Gestern stieg schwarzer Rauch aus einem Reaktor auf. Das Verlegen von Notstromleitungen und das Herunterkühlen des Reaktors musste unterbrochen werden. Wiederholte Explosionen

hatten zur Folge, dass die gebrauchten Brennstäbe frei liegen. Es sind immer noch keine Aussagen darüber möglich, in welchem Zustand der Reaktorkern wirklich ist und der schlimmste Fall rückt näher. Angesichts dieser ersten Lage sieht die Regierung davon ab, notwendige und wirkungsvolle Evakuierungsmaßnahmen zu treffen, weil man fürchtet, eine Panik könne ausbrechen. Es gibt keine Informationen darüber, was morgen geschehen könnte, und die Menschen müssen mit ihrer schrecklichen Angst leben. Aber die Menschen kämpfen gegen die Katastrophe an und tun alles um zu überleben. Arbeiter, Bauern und Fischer können nirgendwo hin fliehen. Wut und Hass auf die Regierung und die Verwaltung werden stärker, weil sie es waren, die den Bau von Atomkraftwerken vorangetrieben haben und immer betont haben, dass Kernenergie absolut sicher sei.

Wir rufen alle Freunde überall in der Welt auf, „sie“ nicht dieselbe Katastrophe wiederholen zu lassen. Wir versprechen, um unser Leben zu kämpfen und jeder drohenden Gefahr mutig entgegenzutreten. Steht mit uns zusammen auf und lasst uns ein für allemal Atomkraftwerke und Atomwaffen abschaffen. Wir rufen euch auf, diejenigen fortzujagen, die für den Bau von Atomkraftwerken eintreten und damit nur ihre kapitalistischen Interessen auf Kosten der arbeitenden Menschen verfolgen.

Uns bedroht jetzt massive Arbeitslosigkeit

Massenkündigungen und Arbeitslosigkeit drohen nicht nur in den Katastrophengebieten, sondern in weiten Teilen Ostjapans. Zehntausende Arbeitsplätze sind durch das Erdbeben und den Tsunami in Tohoku und Kanto betroffen. Sehr viele Fabriken überall in Japan mussten die Produktion einstellen, weil die großen Autohersteller und Elektrofirmen das /Outsourcing /eingeführt haben. Ihre Produktion hängt von Subunternehmern und Zulieferern von Subunternehmern ab, von denen die benötigten Teile geliefert werden und die häufig ihre Produktionsstätten in den Katastrophengebieten haben. Daher sind nicht nur die Arbeitsplätze in der Erdbebenregion betroffen, sondern die Katastrophe hat indirekt Auswirkungen auf Arbeitsplätze in anderen Landesteilen. Eine Unmenge an Arbeitsplätzen geht zeitweise oder für immer verloren. Sehr viele Arbeiter ohne feste Arbeitsverträge verlieren ihre tägliche Arbeit und sind allein gelassen ohne Versicherung oder Unterstützungszahlungen. Es gibt keine halbwegs zuverlässigen Prognosen, wie hoch die Arbeitslosenanzahl ansteigen wird. Für diese Arbeitslosen gibt es keine Hilfsmaßnahmen, und es sind auch keine geplant. Japan wird wegen des Erdbebens eine riesige Arbeitsloseninsel sein.(...)

Lasst uns ums Überleben kämpfen!

Was geschehen ist und was jetzt noch geschieht übersteigt im Moment offensichtlich unsere Kräfte. Wir müssen unsere Macht verstärken, indem wir uns mit den lauter werdenden zornigen Stimmen einer großen Zahl von Arbeitern verbinden. Nur dann können wir es mit der vor uns liegenden furchtbaren Entwicklung aufnehmen.

Am 16. März hat /Doro-Chiba /zusammen mit dem /Nationalen Koordinationszentrum der Gewerkschaften /das /Volkszentrum für Erdbebenopfer /gegründet. Wir sind fest entschlossen, alle Kräfte für die Hilfsaktivitäten zu bündeln. In einer landesweiten Kampagne für die leidende Bevölkerung in Tohoku werden wir die Arbeiter aufrufen, „sich zu vereinen und ums Überleben zu kämpfen“.

Wir rufen auch alle Brüder und Schwestern überall in der Welt auf, ihre Spenden und ihre Solidarität zu schicken.

Unten sind Adressen:

Bankkonto in Japan, auf das man Spenden überweisen kann *

*Einige oder alle der folgenden Daten braucht man, um Geldüberweisungen nach Japan zu tätigen. Als Zweck der Überweisung bitte angeben, dass die Überweisung für die Unterstützung der Erdbebenopfer in Japan gedacht ist und über die /Nationale Eisenbahngewerkschaft von Chiba /(kurz, /Doro-Chiba/) laufen soll.
(auf Englisch: remittance is made for relief to the earthquake in Japan through the National Railway Motive Power Union of Chiba (for short, Doro-Chiba)*

1. Name der Bank: The Chiba Bank, Ltd
2. Bank Code in Japan: 0134
3. Zweigstellenname: Chuo Branch
4. Zweigstellen Code in Japan: 001
5. Zweigstellenadresse: 2-5-1 Chuo, Chuo-ku, Chiba City, Chiba 260-0013, Japan
6. Type of address: Ordinary deposit
7. Kontonummer: 4177605 Adresse des Kontos: 2-8 Kaname-cho, Chuo-ku, Chiba City, Chiba 260-0017, Japan Telefonnummer des Kontos: +81-43-222-7207
8. Kontoname: Kokutetsu Chiba Doryokusha Rodokumiai Bitte beachten: Der Kontoname muss als der volle japanische Name von Doro-Chiba geschrieben werden.
9. SWIFT Adresse: CHBAJPJT 001 4177605 Achtung: Eine Leerstelle muss zwischen Zweigstellen Code (001) und der Kontonummer (4177605) sein.

*DORO-CHIBA (DC): National Railway Motive Power Union of CHIBA E-Mail: doro-chiba@doro-chiba.org Internet: <http://www.doro-chiba.org/> *

/Originalartikel siehe http://www.doro-chiba.org/english/dc_en_11/dc_en_3_25.htm.
Übersetzung Manfred Pegam /

Die atomare Renditejagd muss gestoppt werden

– Ausstieg jetzt!

Angesichts der Atomkatastrophe von Fukushima und des grenzenlosen Leids, das die lebensfeindliche Atomtechnologie jetzt über die Menschen in Japan bringt, fordert Attac erneut den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie, hier und weltweit.

Attac beteiligt sich deshalb an den vielfältigen geplanten Protesten gegen die Atomenergie und ruft alle Menschen dazu auf, auf Mahnwachen und Großdemonstrationen, durch Unterschriftensammlungen, durch Aufklärung der Mitmenschen und weiteren Aktionen dazu beizutragen, dass der große Widerstand gegen diese zerstörerische Technologie den Ausstieg erzwingt.

Entgegen allen Beteuerungen von Bundesregierung und AtomlobbyistInnen geht die Mausechelei von Bundesregierung und Atomindustrie weiter - trotz aller massiven Sicherheitsprobleme, gefährlicher Störfälle und der ungelösten Endlager-Frage. Denn es geht um sehr hohe Gewinne der Energiekonzerne, ihrer AktionärInnen und der Banken. Ja, sogar die atomare Katastrophe in Japan bewegt die Bundesregierung und die Mehrheit im Bundestag nicht dazu, gegen die Macht der Energiekonzerne den sofortigen Ausstieg zu beschließen.

Auf der Jagd nach der größtmöglichen Rendite setzen Energie- und Wirtschaftskonzerne sowie GroßinvestorInnen und Banken skrupellos Menschenleben aufs Spiel. Und die Atomkraft-BefürworterInnen in der Politik fördern bedenkenlos diese gefährliche Technologie. Sie lassen sich von den Stromkonzernen die Verträge diktieren und stellen als obersten Kontrolleur einen Vertreter der Energiekonzerne in Regierungsdienste.

Nicht nur das permanente Risiko eines Super-GAUs spricht für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Schon der Abbau von Uran beinhaltet schwere ökologische und soziale Schäden und die Frage der Endlagerung ist auf absehbare Zeit nicht gelöst. Das Festhalten an der

Atomenergie blockiert die dringend nötige Energiewende.

Im großen Maßstab Strom sparen

Dabei ist die Atomenergie für die Stromversorgung weltweit entbehrlich. Ein kompletter Umstieg auf erneuerbare Energien ist schon jetzt möglich. Der gigantische Energieverbrauch der Industrialisation wird als gegeben und nicht hinterfragbar unterstellt. Dabei würde eine radikale Senkung des Verbrauchs von Energie und anderen Rohstoffen die Lebensqualität erhöhen. Auch durch höhere Effizienz bei der Nutzung von Energie lässt sich der Verbrauch um ein Drittel senken.

Eine ökologische Ökonomie ist nötig und möglich

Das Industrialisierungsmodell der letzten 200 Jahre ist an seine Grenzen gestoßen. Der Wachstumszwang der kapitalistischen Ökonomie, deren Takt diktiert von der Profitmaximierung wird, muss überwunden werden. Wir brauchen stattdessen eine Ökonomie mit einem Minimum an Naturverbrauch. Wir brauchen eine alternative Wirtschaftsordnung und eine neue Kultur unserer Zivilisation.

Anders als die fossilen und atomaren Energien ermöglichen erneuerbare Energien, autonom und demokratisch bereitgestellt, die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ohne Naturschäden. Sie machen eine ökologische Ökonomie möglich.

Energiekonzerne und Banken vergesellschaften

Attac kämpft für eine atomstromfreie und klimagerechte Welt auf der Basis erneuerbarer Energien und ohne Kohle- und Atomkraftwerke. Das ist nur gegen die Energiekonzerne durchzusetzen. Deshalb müssen sie vergesellschaftet werden. Wir brauchen eine dezentrale und demokra-

tisch kontrollierte Stromwirtschaft, z.B. in Form von Genossenschaften und öffentlichen Stadtwerken. Wir brauchen echte Energiedemokratie: Die BürgerInnen vor Ort müssen tatsächlich mitentscheiden können. Es ist Zeit für eine sozial gerechte, ökologische und demokratisch kontrollierte Energieversorgung – Zeit, den Stromkonzernen den Stecker zu ziehen! Finanzmarktkapitalismus und die Politik der großen Energiekonzerne bedeuten Gewinne für wenige, Risiken aber für den Großteil der Menschen. Diese Parallelen sind nicht zufällig. Zur Profitmaximierung der AnteilseignerInnen von Banken und Konzernen werden Systeme verteidigt, die zu sozialen und ökologischen Katastrophen führen.

Banken dürfen unter keinen Umständen die Hochrisikotechnologie Atomenergie finanzieren. Und auch der Bund darf Atomprojekte im Ausland nicht weiterhin etwa durch Hermesbürgschaften unterstützen. Weil die rein profitorientierte Praxis bei den Banken wie bei anderen Finanzmarktakteuren auch hier System hat und sie kaum öffentlich kontrollierbar sind, müssen auch die Großbanken entmachtet und einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

Das Ende des Atomzeitalters

Wir wollen keine Restlaufzeiten und Moratorien. Alle Atomkraftwerke in Deutschland müssen schnell und unwiderprüflich abgeschaltet und abgebaut werden. Die Politik hat unser Vertrauen verloren. Die massenhaften Proteste gegen Stuttgart 21 und gegen die Atomenergie zeigen: Die Menschen lassen sich nicht mehr alles gefallen. Immer mehr nehmen ihre Interessen selbst in die Hand. In den nächsten Wochen und Monaten wollen wir bis zum Beschluss, alle Atomanlagen unverzüglich still zu legen, demonstrieren. Die ganz andere Energieversorgung erreichen wir nur mit aktivem Widerstand gegen die Atomriesen, GroßinvestorInnen, Banken und ihre Regierung.

<http://www.attac.de/aktuell/anti-atom/startseite/>

Weitere Internet-Adressen:

<http://www.tni.org/taxonomy/term/286>

<http://www.X-tausendmalquer.de>

<http://www.ausgestrahlt.de>

<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Kernkraft/gewerk.html>

Weltsozialforum in Dakar, Februar 2011

Alexis Passadakis: Die Dynamik der Sozialforumsidee

Seit dem Start im Jahre 2001 im brasilianischen Porto-Alegre hat sich die Funktion des Sozialforums verändert – zumindest teilweise. Zu Beginn war es der weltweite Ausdruck einer neuen, anti-neoliberalen Position im Zuge der gerade entstandenen politisch und institutionell pluralen globalisierungskritischen Bewegung. Akzentuiert wurde es als Projekt dadurch, dass es zeitgleich zu dem Treffen der transnationalen Machteliten beim Weltsozialforum in Davos stattfand.

Das Neue genießt immer einen besonderen Zauber. Nach zehn Jahren ist dieser unzweifelhaft leicht angestaubt. Und es ist problematisch, dass das diesjährige Weltsozialforum in Dakar die Parallellität zum World Economic Forum im schweizerischen Davos aufgegeben hat und sich damit einiges an Aufmerksamkeit nimmt. Aber selbst wenn die Euphorie des Neuen nicht mehr im Mittelpunkt steht, so ist das WSF weiterhin ein **unverzichtbarer Knotenpunkt, für Netzwerke sozialer Bewegungen, NGOs und kritischen Gewerkschaftlern**. Zugleich ist es notwendiger Referenzpunkt für die globale Sozialforumsbewegung mit ihren geographisch sehr unterschiedlichen Konjunkturen.

Während der Prozess des Europäische Sozialforums unzweifelhaft schwächelt, gewinnt die Sozialforumsidee in anderen Regionen an Dynamik. Allein in Nordafrika und bis in den Nahen Osten gab es in

den vergangenen eineinhalb Jahren die enorme Zahl von **elf großen nationalen, regionalen und thematischen Sozialforen**. Zum Beispiel das mesopotamische Sozialforum in Amed/Diyarbakır im September 2009. Dass diese Region in Bewegung ist – wie insbesondere Tunesien, Ägypten und Jemen in den letzten Wochen gezeigt habe – entstand nicht aus dem Nichts. Auf unterschiedlichster Ebene gab es soziale Prozesse, die begannen neue politische Wege vorzubereiten. Ein Mosaikstein in diesem Kontext sind die zahlreichen Sozialforen. Die Ausstrahlung der Sozialforumsidee mit seinem notwendigen symbolischen Zentrum des WSF und seiner Gründungscharta von Porto Alegre ist daher weiterhin gegeben.

Während des Sozialforums in Dakar – als Reaktion auf die Revolten – sprechen nun einige von der Idee eines gemeinsamen regionalen Sozialforums des Maghreb und Nahen Ostens in den kommenden Monaten. Andere wünschen sich das WSF 2013 nach Kairo. Und bereits lange vor der Revolte liefen die Planungen für ein **nationales ägyptisches Sozialforum**. Dieses soll nun – so es die Umstände erlauben vom **19.-20. März** in Kairo stattfinden. Für diesen 20. März hat im übrigen die „Versammlung der sozialen Bewegungen“ zu einem globalen Aktionstag zur Unterstützung der Revolten in Ägypten und Tunesien aufgerufen.

Wie bereits das WSF 2009 im amazonischen Belem standen in Dakar sozial-ökologische Themen im Vordergrund eines prägenden Teils der Veranstaltungen. Insbesondere der **Zugriff durch Konzerne auf Ressourcen**, wie Land, Süßwasser und Fischbestände. Während im Norden Umweltthemen zumeist unter technischen Vorzeichen geführt werden, sind Umweltfragen im Süden zumeist unmittelbar soziale Konflikte, bei denen es um Zugangsmöglichkeiten für das unmittelbare Überleben geht. Land-Grabbing und Sea-Grabbing waren daher zentrale Stichworte. Von vielen wurde die Erfahrung artikuliert, dass sich zur Zeit der Zugriff der Länder des Nordens und der Schwellenländern auf Ressourcen enorm beschleunigt, so dass eine neue Dimension globaler Ungleichheit hergestellt wird. Die Reaktionen auf die neue Enteignungswelle ökologischer Gemeinschaftsgüter ist lokal teils hilflos teils sehr heftig. Im Bezug auf die globale Ebene wurde bei einem Vernetzungsreffen zum Rio+20-Gipfel im kommenden Jahr in Rio gefordert, dass es dort zu verhindern gelte, dass unter dem Schlagwort der „Green Economy“ die derzeitige Umverteilung von Ressourcen legitimiert werde, anstatt diese offensiv zu kritisieren. Das WSF in Dakar wurde dafür genutzt, internationale zivilgesellschaftliche Koalitionen zu schmieden, die sich auf die Fahne geschrieben haben, genau darauf hinzuwirken.

Fabian Scheidler, Kontext TV, www.kontext-tv.de

KONTEXT TV

Das unabhängige Nachrichtenmagazin Kontext TV war beim Weltsozialforum in Dakar, Senegal, (6.-11. Februar) und hat anlässlich des 10. Geburtstages des Forums eine 45-minütige Sendung darüber gemacht.

Darin geht es unter anderem um die Auswirkungen der Revolutionen in Ägypten und Tunesien, die sich formierende weltweite Bewegung für Klimagerechtigkeit sowie die Landnahme ("land grabbing") durch Konzerne und Spekulanten.

Außerdem werfen wir einen Blick auf die Entstehungsgeschichte dieses größten Treffens sozialer Bewegungen auf der Welt, auf die gegenwärtigen Herausforderungen und die Zukunft des Forums angesichts sich zuspitzender globaler Krisen.

Zu Wort kommen einige der profiliertesten AktivistInnen und VordenkerInnen sozialer Bewegungen von fünf Kontinenten, darunter:

Samir Amin (Third World Forum, Dakar)
Nnimmo Bassey (Vorsitzender von Friends of the Earth International, Nigeria, und Träger des "Alternativen Nobelpreises")
Nicola Bullard (Focus on the Global South, Bangkok)
Susan George (Transnational Institute/Attac France)
Wangui Mbatia (People's Parliament, Nairobi)
Pat Mooney (ETC Group, Kanada, Träger des "Alternativen Nobelpreises")
Jai Sen (CACIM, New Delhi)
Immanuel Wallerstein (Yale University, USA)
Chico Whitacker (Mitbegründer des WSF, Sao Paulo, Träger des "Alternativen Nobelpreises")
und viele mehr.

Die Sendung ist unter www.kontext-tv.de zu finden und kann auch über "embedded code" auf anderen Seiten integriert werden.

Ulrich Brand

Momentum gewinnen transnational

Das Weltsozialforum in Dakar

Weltgeschichte wird in diesen Tagen in Kairo und anderen nordafrikanischen Städten und Ländern geschrieben. Doch das seit 2001 stattfindende Weltsozialforum, das am vergangenen Wochenende in Dakar zu Ende ging, erweist sich als unverzichtbarer Raum, um sich auf transnationaler Ebene auszutauschen, Strategien zu entwickeln und Kampagnen zu lancieren. Für viele AktivistInnen begann das WSF bereits eine Woche vorher mit einer Karawane zum Thema Migration vom malischen Bamako nach Dakar, um über die komplexen Zusammenhänge von Migration zu informieren, zu lernen und sich politisch zu vernetzen. Es gab weitere Karawanen in die senegalesische Hauptstadt, mit denen die Teilnehmenden „unterwegs“ auf ihre Anliegen aufmerksam machten und andere Verhältnisse kennenlernten.

Das Treffen selbst begann mit einer Auftakt demonstration, der Montag war thematisch um afrikanische Themen herum organisiert, dem zwei Tage mit inhaltlichen Diskussionen und Austausch und zwei Tage mit Vernetzung und Aktionsplanung sowie der abschließenden „Versammlung der Versammlungen“ folgten.

Dakar als Austragungsort

Wie immer, wenn das WSF erstmals an einem Ort stattfindet, begannen die ersten Tage mit erheblichen organisatorischen Problemen. Die Regierung tat ihr Übriges dazu, indem der Regierungschef Abdoulaye Wade kurz vorher den Rektor der Universität von Dakar, auf deren Campus das Forum stattfand, auswechselte. Der Neue ordnete an, dass parallel zum WSF der Lehr- und Prüfungsbetrieb stattfinden solle, was zu unangenehmen Konkurrenzen um Räume führte. Durch die kurzfristige Entscheidung blieb wenig Zeit für Alternativen. Mitunter gelang es jedoch, die Lehrveranstaltungen inhaltlich mit WSF-Themen zu füllen, viele Veranstaltungen fanden dann in Zelten statt. Durch die organisatorischen Probleme war es jedoch schwierig, die so dringende Kultur des Dialogs und Lernens praktisch zu realisieren. Das WSF hätte wahrscheinlich dann eine besonders nachhaltige Wirkung auf die Verhältnisse in Senegal haben können, wenn die Studierenden

der Universität, die zu Tausenden auf dem Campus waren, politisch besser in den Vorbereitungsprozesse eingebunden worden wären. Es gab zwar offensichtliches Interesse an den vielfältigen Aktivitäten auf dem WSF, aber offenbar keine oder eine nur schwache Eingebundenheit studentischer Organisationen.

Dass die Abneigung zwischen Präsident und Bewegungen beiderseits besteht, zeigte eine Veranstaltung des ehemaligen brasilianischen Präsidenten Lula mit dem aktuellen senegalesischen Amtsinhaber. Das Publikum verließ massenhaft und fluchtartig das Gelände als Letzterer das Wort ergriff.

Der Austragungsort des WSF spielt immer eine Rolle. Für viele Teilnehmenden aus Europa war die Erfahrung eines angenehmen offenen und religiös toleranten islamischen Landes wichtig. Inhaltlich waren vor zwei Jahren im brasilianischen Belem die Abholzung des Amazonas und der Widerstand dagegen allgegenwärtig. Dieses Mal spielten die Landwirtschaft in Afrika, der derzeit großflächige Landkauf (land-grabbing) durch internationale Investoren und oft genug vermittelt mit lokalen Interessengruppen, die militärische Präsenz Frankreichs und die (neo-)kolonialistische Rolle Europas in der Region eine große Rolle. Häufig ging es um die benachteiligte Rolle von Frauen in der Gesellschaft; allerdings waren feministische Themen weniger diskutiert. Eine Teilnehmerin der Delegation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die wiederum sehr präsent war, politisch jedoch angenehm zurückhaltend agierte, meinte am Ende treffend: „Inwiefern dieses Weltsozialforum angesichts der Tausenden von jungen Menschen als politischer Katalysator wirkt, das kann man ohnehin erst in ein paar Jahren sehen. Wenn nämlich demokratische Bewegungen in Westafrika deutlich gestärkt werden.“

Ägypten und die Funktionen des WSF

Den meisten politischen Rückenwind bekam das WSF mit den schätzungsweise 90.000 Teilnehmenden von den Entwicklungen in Ägypten. Die Bedeutung demokratischer sozialer Bewegungen wurde just in den Tagen von Dakar weltöffent-

lich deutlich. Allerorten wurden die autoritären Regierungen der meisten afrikanischen Länder kritisiert. Man spürte förmlich, trotz der tiefen Krise und Persistenz neoliberaler Politiken in vielen Weltregionen, ein wenig historischen Rückenwind.

Das WSF ist Ausdruck der keineswegs homogenen Bewegungen für eine andere Globalisierung. Die politischen Themen waren umfassend: Die aktuelle Krise und neoliberale Politiken, Kriege und zunehmende Gewalt, unterschiedliche Dimensionen der Menschenrechte, Bildung, Medien und Kultur, Arbeit und Migration, die ökologische Krise, Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern und Rassismus.

Austausch und Vernetzung finden vor allem in den je spezifischen Bereichen statt, wobei immer wieder nach Querverbindungen gesucht wird. Was für Außenstehende unübersichtlich ist, hat über die Jahre hinweg Struktur erhalten. Diskussionen finden spezifischer etwa entlang der Themen Finanzmarktkrise und Regulierung oder dem Zusammenhang von wirtschaftlichem Wachstum und knappen Ressourcen statt. Insbesondere die politische Phrasendrescherei, in der meist ältere weiße Männer dem Publikum die Welt erklären, hat deutlich abgenommen. Diese Tatsache kann in einen breiteren Kontext gestellt werden. Francine Mestrum formulierte im vergangenen Jahr treffend: „Das WSF ist ein Spiegelbild der sozialen Bewegungen, die sich daran beteiligen. In Europa haben viele dieser Bewegungen ihre Wurzeln in dem auf den Staat bezogenen sozialistischen Gedankengebäude. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat einen Rückschlag für die verschiedenen Bewegungen erzeugt, die wieder einfach ihre orthodox-marxistische Vision verteidigen, deren bekannte Unzulänglichkeiten vergessend und die globalen Veränderungen und neuen politischen Akteure missachtend. Die "alte Linke" ist immer noch einer der Rückgrate des Sozialforumsprozesses, aber sie ist - wenn nach innen gerichtet - zugleich eine der größten Hindernisse für die Überwindung ihrer Defizite.“ (<http://www.weltsozialforum.org/strategie/news.2010.3/>)

Das WSF ist weiterhin Ausdruck der schwierigen Transnationalisierung von praktischer Kritik und Alternativen. Die vielen lokalen Widerstände gegen die Nutzung gentechnisch veränderten Saatguts agieren gegen globale Unternehmen wie Monsanto und ihre staatlichen Unterstützer. Alternativen zur herrschenden und wenig effektiven Klimapolitik müssen zwar konkret in der Energiepolitik, Stadtplanung oder anderen Produktionsformen formuliert werden, aber sie werden durch transnationale Aufmerksamkeit und gegenseitiges Lernen gestärkt. \$1

Das Klimathema ist ein gutes Beispiel dafür, welche Dynamik sich auf dem WSF entwickeln kann. So kamen Gruppen nach Dakar, die gegen die repressive und ökologisch zerstörerische Ausbeutung von Erdöl etwa im Nigerdelta oder gegen Iranabbau in Niger protestieren. Das Motto der „Klimagerechtigkeit“ wird zum Oberbegriff einer ganz anderen Energiepolitik, die mit einem grundlegenden Umbau der Produktions- und Lebensweise einhergehen muss. Eine Forderung war: „Lasst die fossilen Ressourcen im Boden!“ Diese neuen Formen der Energiekämpfe werden auch auf der nächsten Klimakonferenz im Dezember in Durban und wohl auch in die „Rio plus 20“-Konferenz bzw. die Parallelkongress in Brasilien im Mai 2012 eine Rolle spielen.

Alternative Entwicklung oder Alternativen zu Entwicklung?

In Diskussionen entstand der Eindruck, dass in (West-)Afrika noch viel stärker um „Entwicklung“ in einem klassischen progressiven Sinne gerungen wird, nämlich als Kampf gegen Armut und Korruption, gegen den imperialen Zugriff von außen (vor allem Europas, aber auch Chinas oder Brasiliens) und für die Demokratisierung und Verbesserung sozio-ökonomischer, politischer und kultureller Lebensverhältnisse. Das WSF vor zwei Jahren in Belem brachte neben dieser auch dort präsenten Perspektive einen anderen Ton in die Debatte, was damit zu tun hat, dass „Entwicklung“ in vielen lateinamerikanischen Ländern derzeit im obigen Sinne ja stattfindet – das dynamische Wachstum verbessert die Lebenslage von Millionen, integriert mehr Menschen in die formelle und informelle Lohnarbeit, erhöht staatliche Verteilungsspielräume. Doch dies geschieht um den Preis einer enormen ökologischen Zerstörung und um eine Schwächung von Alternativen zum imperialen und neoliberalen Weltmarkt

und zur imperialen Lebensweise in den kapitalistischen Zentren und der Mittel- und Oberschichten in den Ländern des Globalen Südens. Daher war in Belem und ist heute in Lateinamerika eine emanzipatorische Perspektive sichtbar, der es um eine notwendige Umorientierung eben von „Entwicklung“ selbst geht. Der in Belem prominente Begriff der Zivilisationskrise war in Dakar absent.

Allerdings wird diese Debatte auch in Lateinamerika – mit Ausnahme Boliviens und Ecuadors – eher am Rande geführt. Vor zwei Jahren hatte ich nach dem WSF formuliert, dass eine der wichtigsten Auswirkungen des WSF sein könnte, der ökologischen Raserei im Amazonas Einhalt zu gebieten. Doch das ist nicht geschehen. Das Wasserkraftprojekt Belo Monte in einem Seitenfluss des Amazonas, das drei Talsperren und zwei Stauseen von der Größe des Bodensees schaffen soll, über zehn Prozent des brasilianischen Strombedarfs decken soll und enorme sozio-ökologische Implikationen hat, ist im Januar in die letzte Planungsphase gegangen (ursprünglich war eine vier Mal so große Fläche geplant, doch das Projekt wurde nach massiven Protesten verkleinert). Statt eine Politik der Energieeffizienz und des Energiesparens zu fördern, fließen Milliarden-Investitionen in ein Projekt, das zudem sehr stark der weltmarktorientierten Montanindustrie zugutekommt.

Im Gegensatz zum WSF in Belem vor zwei Jahren war dieses Jahr aber weder die starke Präsenz von progressiven Präsidenten – damals traten jene von Bolivien, Brasilien, Ecuador, Paraguay und Venezuela prominent auf -, noch die Dominanz einer Partei wie der brasilianischen Arbeiterpartei ein Problem. Entgegen der Absprache mit dem International Council des WSF ließen die lokalen OrganisatorInnen zwar den bolivianischen Präsidenten Evo Morales prominent sprechen, aber das wurde nicht als Vereinnahmungsversuch gewertet. Auch die in Belem noch präsenten Firmen wie der brasilianische Energiemulti Petrobras hielten sich dieses Mal zurück, obwohl der Firma immer wieder offiziell für Unterstützung gedankt wurde.

Perspektiven des WSF: Raum oder Akteur oder ...

Allerdings dürfen die tagesaktuellen Geschehnisse in Nordafrika nicht darüber hinweg täuschen, dass das WSF neben den erfreulichen Entwicklungen in einigen Bereichen derzeit nicht in der Lage

ist, umfassende Diskussionen dahingehend zu organisieren, dass wirklich globale Bezugspunkte entstehen. In Belem 2009 deutete sich das mit dem bereits erwähnten Begriff der Zivilisationskrise an, doch es wurde nicht weitergeführt. Das WSF ist auch kein Anziehungspunkt für Intellektuelle, die in spannenden und pluralen Auseinandersetzungen auf solche Bezugspunkte hinarbeiten könnten.

Der Modus der thematisch orientierten und Strategieentwicklung und Aktionen orientierten Versammlungen in der zweiten Hälfte des Forums – in diesem Jahr waren es um die vierzig – hat sich als geeignet erwiesen, um den Anspruch, das WSF als solches müsse handlungsfähig werden, ganz praktisch zu unterlaufen.

Und dennoch stellt sich angesichts der multiplen Krise die Frage gemeinsamer Bezugspunkte ganz dringend. Wie könnte beispielsweise eine umfassende Orientierung an Gerechtigkeit und Solidarität die Spezifität der einzelnen emanzipatorischen Kämpfe verdeutlichen und dennoch auf etwas Gemeinsames hin orientieren? Den Neoliberalen ist es ja gelungen, mit den Begriffen Freiheit und Effizienz ihre Interessen und eine kapitalistische Rationalität in den meisten gesellschaftlichen Bereichen zu verankern. Die Bewegung für eine andere Globalisierung agiert, meines Erachtens sinnvollerweise, in einzelnen Konfliktfeldern, doch in diesen artikulieren sich ja übergreifende Entwicklungen und es müssen gemeinsame Bezugspunkte hergestellt werden. Der Verzicht darauf, wie bei den ersten WSF zentrale „große“ Debatten zu organisieren, ist zum einen berechtigt, da eben dadurch die Mannigfaltigkeit der Kämpfe anerkannt wird (und diese Debatten waren auf den ersten WSF nicht allzu prickelnd). Sie ist aber in derzeit dynamischen Zeiten wie diesen, in denen es durchaus um Orientierung geht, auch ein Manko.

Es gibt weiterhin eine intensive Diskussion darüber, ob das WSF eher ein politischer Raum bleiben soll, in dem sich unterschiedlichste Bewegungen treffen können, um in den Feldern wie Landwirtschaft, Migration, Klimapolitik, Geschlechtergerechtigkeit, Antirassismus oder Welthandel ihre Erfahrungen auszutauschen und Strategien zu entwickeln.

Eine andere Position argumentiert, dass das WSF zu einem politischen Akteur werden sollte, der einheitlicher auf der weltpolitischen Bühne auftritt und damit an Einfluss gewinnt. Bernard Cassen, Mitbegründer von Attac-Frankreich und einer der Protagonisten der Ausrichtung

des WSF als Akteur, will mit dieser Position die angeblich durch die Vielfalt des WSF verursachte Schwäche überwinden. Er argumentiert, dass ein „Bruch“ mit dem aktuell vorherrschenden neoliberalen Modell eben nur mit einem WSF möglich wäre, das stärker einen Akteursstatus annimmt. Auf den ersten Block spricht für diese Position, dass die „Versammlung der Bewegungen“, die jeweils gegen Ende des Forums als Zusammenkunft der radikaleren Kräfte sich trifft, ein eher hilfloses, sich in Allgemeinplätzen verlierendes, strategisch unbrauchbares Dokument angenommen hat.

Cassen hat Recht: In der Tat fehlen klare Transformationsstrategien und das WSF hat erhebliche Probleme, Handlungsfähigkeit von Bewegungen zu verbessern. Doch die Semantik des Cassen'schen Arguments ist, dass im Raum viel geredet, aber nicht gehandelt wird. Das stimmt, trotz allem nicht genutzten Potenzials, so nicht.

Zwei Argumente sprechen dafür, das WSF als strukturierten und strukturierenden Raum im Lichte der Erfahrungen weiterzuentwickeln. Zum einen wird zuvorderst in den konkreten Konfliktfeldern agiert wie Finanzmarktregulierung, die Stärkung der Frauen-Menschenrechte, Migration und Antirassismus oder für eine andere Energie- und Klimapolitik. Zusammenhänge und Konvergenzen müssen analytisch wie politisch hergestellt werden. Das kann nicht „von oben“ durch den International Council oder eine andere Kraft laufen, denn dann besteht die Gefahr einer vereinheitlichenden Welt-sicht und der Suche nach einheitlichen Akteuren. Wenn man die Ausblendungen der orthodoxen, oft genug eurozentrischen und links-etatistischen Strömungen eben der Vielfältigkeit von Lebenserfahrungen und der Suche nach Alternativen sieht, wünscht man sich auch nicht unbedingt, dass diese Strategien von den selbster-nannten Vordenkern formuliert werden,

die allzu schnell bei der/ihrer radikalen politischen Partei landen.

Zweitens finden Ansatzpunkte oder gar praktische Politiken des Bruchs mit neoliberal-imperialen oder gar kapitalistischen Logiken, das zeigen die letzten Jahre, eben eher auf lokaler und nationalstaatlicher Ebene (siehe Lateinamerika) oder in den spezifischen Konfliktfeldern statt. Ich habe keine Lösung für die relative Schwäche emanzipatorischer Politik auf globaler Ebene. Mir scheint die politische Aufwertung des WSF zu einem Akteur eher als Ausdruck von Hilflosigkeit. Handlungsfähigkeit, und davon war Dakar ja wiederum ein Beleg und Ägypten ließ grüßen, stellt sich komplexer und kontingenter her.

Ausblick

Auf der Ebene transnationaler Strategie-entwicklungen könnte in den kommenden Jahren eine zunehmende Süd-Süd-Vernetzung von Intellektuellen und AktivistInnen mit teilweise gutem Zugang zu progressiven Regierungen wichtiger werden. In Dakar gab es ein von Samir Amin initiiertes Treffen und in den kommenden Monaten soll ein Arbeitsprogramm formuliert werden. Interessant wird hier in Zukunft sein, wie bei progressiven Kräften damit umgegangen wird, dass die aktuellen politischen und ökonomischen Süd-Süd-Kooperationen oft genug subimperial imprägniert sind. Die massiv zugenommenen westafrikanischen Lebensmittelimporte aus Brasilien stellen für die Landwirtschaft ebenso eine Gefahr dar wie jene aus Europa.

Das Forum steht für einen langatmigen Prozess. Das geht mit Rückschlägen einher wie etwa die keineswegs progressive Bearbeitung der Wirtschafts- und Finanzkrise, wodurch die globalen Probleme

eher vergrößert werden. Doch es gibt keine Alternative dazu, in aufwendigen Such- und Lernprozessen transnationales Momentum zu gewinnen. In einigen Bereichen scheint das zu gelingen, in anderen weniger.

In Europa bestehen nach dem desaströsen Europäischen Sozialforum im letzten Sommer kaum Anknüpfungspunkte. Ganz im Gegenteil offenbar zum kurz vor dem ESF stattgefundenen US-amerikanischen Sozialforum. Viele berichteten von dem Treffen in Detroit im letzten Juni fast euphorisch, da es gelungen sei, viele Menschen zu involvieren, eine Kultur des Zuhörens und Austausch zu schaffen und die eine oder andere Perspektive verbindlicher Kooperation zu entwickeln.

Das WSF in Dakar ist mit dem ESF 2010 auf keinen Fall vergleichbar. Und dennoch hatte man bei beiden Treffen teilweise (und wirklich nur teilweise!) den Eindruck, dass es nicht um das geht, wofür die Sozialforumsbewegung geschaffen wurde: Emanzipatorische Politiken auf der Höhe der Zeit und unter gar nicht gemüthlichen Bedingungen zu formulieren.

Es gibt aber keine Alternative zum WSF. Dennoch muss es sich, um ein immer wieder gebrauchtes Wort zu nutzen, mit der Unterstützung vieler neu erfinden, damit es ein strukturierter wie strukturierender Raum ist und von ihm Impulse ausgehen. Ob es dafür besser zum wiederholten Male an denselben Orten stattfindet, also in gewisser Weise zwischen drei oder vier Orten wandert, um das so dringend benötigte organisatorische Erfahrungswissen zu akkumulieren, ist eine so offene wie wichtige Frage. Auf jeden Fall sollte es dort stattfinden, wo es dynamische Bewegungen gibt, es also in der Erfahrung der Bewegungen vor Ort um etwas geht und das auch praktisch angegangen wird.

Weitere Berichte über das Weltsozialforum:

Web-Seite des Weltsozialforums: http://www.forumsocialmundial.org.br/index.php?cd_language=2&id_menu=http://www.ciranda.net/fsm-dacar-2011/?lang=pt_br

<http://weltsozialforum.org/> (auf Deutsch)

http://www.forumdesalternatives.org/ES/ban_intro.php?cat_id=9&banner1_id=19 (spanische Texte)

http://www.forumdesalternatives.org/EN/ban_intro.php?cat_id=48&banner1_id=19 (englische Texte)

http://www.forumdesalternatives.org/FR/ban_intro.php?cat_id=39&banner1_id=28 (französische Texte)

<http://www.cadtm.org/Forum-socialux>

<http://www.tni.org/category/issues/resistance-alternatives/social-forums>

Sven Giegold

Globaler open space mit Aktionsorientierung

Sven Giegold hat vom 4. bis zum 13. Februar 2011 am Weltsozialforum in Dakar / Senegal teilgenommen

Wie schon das Weltsozialforum 2009 im Brasilianischen Belém fand das Forum in Dakar unter dem starken Eindruck der tiefen Krise des neoliberalen Globalisierungsprojekts statt. In einigen Weltregionen läuft die Wirtschaft schon länger wieder gut, in anderen hat sie sich an der Oberfläche erholt. Das kann jedoch nicht über die tiefen sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme hinwegtäuschen. Auf dem Forum trafen sich diejenigen aus den Bewegungen und Zivilgesellschaft, die einen tiefen Bruch mit der neoliberalen Globalisierung wünschen, entweder in Form einer sozialen und ökologischen Regulierungspolitik, wie etwa in einem "Grünen New Deal", oder durch einen grundsätzlichen Bruch mit dem Kapitalismus. Diese Spannweite politischer Alternativen charakterisierte dieses WSF wie auch die altermondialistische(*) Bewegung seit ihrer Gründung. Gustave Massiah (2011a & 2011b)* schrieb dazu vor Dakar ein viel beachtetes Buch und veröffentlichte 12 Thesen zur altermondialistischen Bewegung.

Doch während in Belém die Diskussion um die Zivilisationskrise und grundlegende Alternativen zur Globalisierung des Kapitalismus wie die Idee des "buen vivir" [guten Lebens] die Debatten beherrschten, war dies in Dakar anders. Die friedlichen Revolutionen in Ägypten und Tunesien sowie der besondere afrikanische Kontext mit seinen eigenen Themen dominierten auch das WSF. Schon auf dem beeindruckenden Eröffnungsmarsch wurde deutlich, dass dies kein Forum der großen übergreifenden Forderungen und Parolen würde. Dem Organisationskomitee war es gelungen, in großer Breite die sozialen Bewegungen und Basisinitiativen Westafrikas zu mobilisieren. Dazu trugen auch die über Land reisenden Karawanen bei, die sternförmig aus allen Nachbarländern in den Senegal zogen und damit eine kostengünstige Anreise ermöglichten und gleichzeitig auf das WSF aufmerksam machten. Sie kamen jedoch nicht roten, grünen oder anderweitig gleichartigen Fahnen, sondern mit ihren eigenen Anliegen: Landraub ("land grabbing") durch den immer schärferen Druck auf das knapper werdende landwirtschaftlich nutzbare Land für die Bedürfnisse der globalen Konsumentenklasse. Der Schutz lokalen Saatguts und lokaler Produktion

vor Kontrolle der Multis und Agrarsubventionen wurden eingefordert. Überfischung ("sea grabbing") durch die industriellen Fischfangflotten auf Kosten der familiären Fischereibetriebe. Besonders sichtbar waren überall auf dem Forum die starken Frauenbewegungen in Afrika, sowohl in Bezug auf Landrechte, die Fischerei und die Beteiligung von Frauen an Konfliktlösung in Afrika. Schließlich war die Festung Europa mit seinem menschenverachtenden "Grenzschutzregime". Immer wieder wurden die TeilnehmerInnen aus Europa gefragt, auch von Studierenden aus dem Senegal: Wie kann es sein, dass Ihr ohne Visum hierherkommen könnt und wir nicht einmal die Chance auf ein Visum haben? Immer wieder wurde die Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit erhoben, als Teil globaler Bürgerrechte. Schon vor dem Forum verabschiedete ein eigenes Forum zu Migration eine "Charta der Migranten" (<http://fsm2011.org/fr/charte-mondiale-des-migrants>).

Kurzum: die neuen und alten Formen des Kolonialismus' waren die bestimmenden Themen des Weltsozialforums. Anders als beim WSF in Nairobi 2007 blieb diesmal die Beschimpfung oder überhebliche westliche Kritik an Afrikanischen Basisbewegungen aus. Dazu trug auch bei, dass religiös motivierte Gruppen - ob christlich oder muslimisch - wenig sichtbar waren und damit die religiöse Intoleranz mancher Linker weniger provoziert wurde. Erfreulich aktiv waren die katholischen und evangelischen Hilfswerke, die auch vielen ihrer Partnerorganisationen im Süden die Teilnahme am Weltsozialforum ermöglichten. Der Evangelische Entwicklungsdienst stellte auf dem Forum eine vielbeachtete Studie zu EU-Westafrikanischen Fischereikooperationen vor, die massiv das Recht auf Nahrung der Fischer und ihrer Familien an den Küsten verletzen. Anders als bei den Foren in Lateinamerika und 2003 in Mumbai waren dagegen linke Parteien und Gewerkschaften vergleichsweise wenig sichtbar. Aus Deutschland war aus den Gewerkschaften nur die GEW dabei. Die großen NGOs waren zahlreich vertreten, dominierten jedoch nicht das Forum. Auch regional entsprach die Beteiligung der Verankerung der altermondialistischen Bewegung auf den

verschiedenen Kontinenten. Während EuropäerInnen und LateinamerikanerInnen neben den zahlenmäßig dominierenden AfrikanerInnen sehr sichtbar waren, gab es aus Asien außerhalb von Indien nur wenig Beteiligung. Auch die NGOs aus Nordamerika waren nicht so zahlreich vertreten, wie es ihrer Stärke eigentlich entspricht. Anders als in Lateinamerika gibt es keine Regierung auf dem afrikanischen Kontinent, die sich auf die altermondialistische Bewegung bezieht. Somit wurden die Revolutionen in Tunesien und Ägypten zum machtpolitischen Bezugspunkt des Forums. Gerade im Maghreb hatte ein Duzend Sozialforen stattgefunden und dazu beigetragen, den Boden für den Wandel vorzubereiten. Allerdings wäre es eine Übertreibung, die beiden Absetzungen undemokratischer Regime als Erfolge der altermondialistischen Bewegungen zu sehen. In jedem Falle wollen etliche Organisationen aus dem Weltsozialforumsprozess am 20. März nach Tunesien reisen. Auch das europäische Attac-Netzwerk bereitet mit Attac Tunesien eine Delegation vor.

Bewährt hat sich wiederum die neue Methodik des WSF: Nach einem Tag von Veranstaltungen zu afrikanischen Themen gab es zwei Tage mit selbstorganisierten Veranstaltungen der teilnehmenden Organisationen. Große, zentral organisierte Veranstaltungen gab es außer der Eröffnung und dem Abschluss nicht. Wie bei vorigen WSFs fanden vielfach zu den gleichen Themen verschiedene Veranstaltungen statt, weil sich die OrganisatorInnen schichtweg nicht kannten. Am Schluss des Forums folgten dann eineinhalb Tage, die Aktionsversammlungen vorbehalten waren. Zu jedem relevanten Thema fand hier jeweils eine Versammlung statt - insgesamt 38. Sie waren praktisch durchweg ein großer Erfolg. Oft basierten die beschlossenen gemeinsamen Aktionen auf den Vorbereitungsarbeiten von globalen Netzwerken, die schon vor einigen Jahren auf vorigen WSF gegründet wurden. Diese Netzwerke - oft mit kleinen Sekretariaten, Mailinglisten, regelmäßigen Telefonkonferenzen - sind eines der größten Erfolge der Weltsozialforen und bei der Kommentierung am meisten übersenen. Das Weltsozialfo-

rum ist ein globaler Open Space mit Aktionsorientierung.

Es gab keine systematische Dokumentation der Ergebnisse der 38 Aktionsversammlungen. Hier sind daher nur einige Ergebnisse von viel beachteten Versammlungen erwähnt. Sie binden politisch nur die TeilnehmerInnen, nicht jedoch das Weltsozialforum als Ganzes. Bei einer mit 300 TeilnehmerInnen sehr gut besuchten Versammlung zu "land grabbing" wurde eine ganze Reihe von Aktivitäten vereinbart und dazu eine Erklärung zum Thema verabschiedet (<http://farmlandgrab.org/post/view/18159>).

Dabei wurde klar, dass der Kampf um traditionelle Landnutzungsrechte und damit das Recht auf Nahrung jeweils vor Ort gewonnen werden muss. Zwar sind die Konsumwünsche der global gesehen Reichen und auch multinationale Konzerne bzw. mächtige Staaten ursächlich für das "Land grabbing" im Süden, ein entscheidender Schlüssel liegt jedoch bei den lokalen Behörden und Nationalstaaten im Süden. Sie müssen die Rechte der Kleinbauern verteidigen, statt der Exportlandwirtschaft in oft korrupter Art und Weise zu dienen. Ganz Ähnliches wurde auch bei einer am Rande des Weltsozialforums durchgeführten großen Konferenz zu "land and sea grabbing" unserer Grünen Fraktion im Europaparlament mit betroffenen Kleinbauern und Fischern deutlich. Natürlich müssen wir gerade die Bedeutung des Themas auf dem Weltsozialforum nutzen, um Druck gegen illegitime Praktiken westlicher Konzerne und auch die Handelspolitik der EU zu machen, die zum Schaden kleiner Produzenten im Süden ist. Gleichzeitig müssen wir fairen Handel stärken und die Bewegungen im Süden unterstützen, die Druck auf ihre Regierungen machen.

In verschiedenen Versammlungen wurde auch die Mobilisierungsagenda der nächsten Monate deutlich. In Frankreich finden dieses Jahr der G8 und G20-Gipfel statt. Frankreichs Staatspräsident Sarkozy will sich der kritischen französischen Öffentlichkeit als Altermondialist präsentieren, der dann billig und folgenlos an "bösen anderen Staaten" scheitert. Gleichzeitig bremst er in der EU bei der Regulierung der Finanzmärkte und der Einführung der Finanztransaktionssteuer. Es scheint klar, dass die französischen Bewegungen diese durchsichtige Strategie nicht durchgehen lassen werden. Die Aktionsversammlung

zu G8/G20 beschloss eine entsprechende Erklärung (<http://gruenlink.de/54>). In Frankreich hat sich ein Organisationskomitee gebildet, das auch europäisch vernetzt ist. Es sind daher starke Mobilisierungen zum 21./22. Mai nach Deauville und zum 31. Oktober-5. November nach Cannes zu erwarten. Am 26./27. März findet in Paris eine weitere Vorbereitungsversammlung statt. Es scheint, dass es gelingt, die beim Thema Klimaschutz besonders starken politischen Spannungen zwischen NGOs und sozialen Bewegungen auszuhalten.

Darüber hinaus orientieren viele Bewegungen auf die kommende Weltklimakonferenz vom 28.11.-9.12.2011 im südafrikanischen Durban (COP-17) und stärker noch auf den Rio+20-Erdgipfel in Brasilien vom 14.-16. Mai 2012. In Rio ist ein "People's summit" als Parallelveranstaltung der Zivilgesellschaft geplant. Dass diese beiden für Klimaschutz und Biodiversität entscheidenden Konferenzen in stark wachsenden Schwellländern stattfinden, ist politisch spannend. Die beiden Regierungen sind aus sozialen Bewegungen hervorgegangen. Gleichzeitig haben sie sich gerade im ökologischen Bereich alles andere als mit Ruhm bekleckert. Wie ökologische und soziale Krise in einer gemeinsamen ökonomischen Strategie angegangen werden können, wird zum zentralen Thema werden. Aus diesem Kalender ergibt sich ein Reigen von großen Mobilisierungen für die altermondialistische Bewegung: Deauville, Cannes, Durban, Rio.

Leider litt das Forum sehr unter organisatorischen Problemen. Kurz vor Forumbeginn hatte der Uni-Direktor gewechselt. Der neue fühlte sich an vorige Absprachen nicht mehr gebunden. Das Weltsozialforum und der reguläre Uni-Betrieb fanden daher parallel statt. Die Doppelbelegung der Räume war der Normalfall. Es dauerte, bis Zelte aufgestellt waren und oft klappte die Ankündigung der neuen Räume nicht richtig. Viele, lange vorbereitete Veranstaltungen daher fielen aus. Das betraf vor allem die kleineren.

Diese Probleme können jedoch den Wert und Erfolg des Forums nicht zerstören. Beim auf das Forum folgenden Treffen des Internationalen Rates des Weltsozialforums wurde das Forum so auch als Erfolg gewertet. Vor allem die erfolgreichen globalen Netzwerke und ihre Aktivitäten zeigen die Notwendigkeit und Nütz-

lichkeit des WSF. Von einer angeblichen Erschöpfung der Foren oder einer perspektivlosen Wiederholung der Inhalte kann jedenfalls keine Rede sein. Die Weltsozialforen entwickeln sich regional und thematisch weiter. Was es jedoch nach wie vor nicht gibt und wohl auch bis auf weiteres nicht geben wird, ist eine übergreifende gemeinsame Theorie der sozialen Bewegungen und unabhängigen Zivilgesellschaft. Viel an der Rede von der Erschöpfung gründet vielmehr in einer falschen Sehnsucht nach Einheitlichkeit und einem großen vereinigenden "Ismus". Dass es diese ideologische Engführung nicht gibt, ist jedoch nicht einfach Schwäche, sondern gleichzeitig demokratische Stärke der altermondialistischen Bewegung.

Kritik gab es im Rat allerdings zurecht an der Tatsache, dass ein Staatspräsident - Evo Morales aus Bolivien - das weltweite Forum der Zivilgesellschaft eröffnete, ohne dass dies im Rat abgesprochen war. Schließlich gab es gerade aus Indien und Brasilien kritische Anfragen an den europäischen Sozialforumsprozess. Es könne nicht sein, dass er in Europa so schwach verankert ist. Tatsächlich steckt der Prozess des Europäischen Sozialforums seit Jahren in der Krise. Denn anderes als beim Weltsozialforum ist es nicht gelungen, die großen NGOs, Gewerkschaften mit den radikaleren sozialen Bewegungen zu vernetzen. Vielmehr haben sich fast alle Großorganisationen zurückgezogen und der Prozess ist in der Hand einer kleinen, schlecht legitimierten Vorbereitungsgruppe. Dass diese Schwäche nun aus dem Süden kritisiert wird, ist ein gutes Zeichen.

* Ich benutze hier "altermondialistisch" (franz. altermondialist), der die Bewegung für eine andere Globalisierung im französischsprachigen Raum viel besser beschreibt, als das deutsche "globalisierungskritisch".

* Gustave Massiah (2011a): Une stratégie altermondialiste, Paris: La Découverte. Gustave Massiah (2011b): Les douze hypothèses d'une stratégie altermondialiste, <http://www.cetri.be/spip.php?article2060&lang=fr>

(Quelle: www.sven-giegold.de)

Erklärung der Sozialen Bewegungen

12. Februar 2011

Das Weltsozialforum hat sich vom 7. bis zum 11. Februar in Dakar, Senegal, getroffen. Diese Erklärung wurde von der "Versammlung der sozialen Bewegungen" angenommen.

Als Versammlung der Sozialen Bewegungen auf dem Weltsozialforum in Dakar 2011 sind wir hier zusammen gekommen, um den fundamentalen Beitrag Afrikas und seiner Völker beim Aufbau der menschlichen Zivilisation zu bekräftigen. Gemeinsam führen die Völker aller Kontinente intensive Kämpfe, um der Dominanz des Kapitals entgegen zu treten, die sich hinter illusorischen Versprechen wirtschaftlichen Fortschritts und politischer Stabilität versteckt. Die vollständige Entkolonialisierung der unterdrückten Völker bleibt für uns, die sozialen Bewegungen der Welt, eine Herausforderung von größter Bedeutung.

Wir bestätigen unsere Unterstützung für, und unsere aktive Solidarität mit den Bevölkerungen in Tunesien, Ägypten und der Arabischen Welt, die sich erhoben haben, um eine echte Demokratie zu verlangen und die Macht des Volkes aufzubauen. Ihre Kämpfe zeigen den Weg zu einer anderen Welt, die frei von Unterdrückung und Ausbeutung ist.

Wir bestätigen unsere Unterstützung für die Völker der Elfenbeinküste, Afrikas und der Welt in ihrem Bemühen für eine souveräne und teilhabende Demokratie. Wir verteidigen das Recht auf Selbstbestimmung für alle Völker.

Dank des WSF-Prozesses ist die Versammlung der Sozialen Bewegungen der Ort, wo wir mit unserer Vielfalt zusammen kommen, mit dem Ziel, gemeinsame Kämpfe und eine kollektive Agenda zu vereinbaren, um gegen Kapitalismus, Patriarchat, Rassismus und alle Formen der Diskriminierung zu kämpfen.

Wir feiern den zehnten Jahrestag des Sozialforums, das zuerst in Porto Alegre 2001 stattfand. Seitdem haben wir eine gemeinsame Geschichte aufgebaut, die einige Fortschritte gebracht hat, besonders in Lateinamerika, wo wir inmitten waren, in neoliberale Allianzen zu intervenieren und mehrere Alternativen für eine gerech-

te Entwicklung zu schaffen, die wirklich die Natur achtet.

In diesen zehn Jahren wurden wir auch Zeugen der Explosion einer systemischen Krise, die zu einer Nahrungsmittelkrise, Umweltkrise und einer finanziellen und wirtschaftlichen Krise führte, und ebenfalls einen Anstieg der Migration und erzwungener Umsiedlung, Ausbeutung, Schuldenlasten und sozialen Ungleichheiten mit sich brachte.

Wir verurteilen die Rolle, die von den Hauptakteuren im System gespielt wurde (Banken, transnationale Unternehmen, Massenmedien, internationale Institutionen, ...). Diese setzen in ihrer ständigen Suche nach maximalen Profiten ihre interventionistische Kriegspolitik fort. Sie betreiben militärische Besetzung, sogenannte humanitäre Missionen, bauen neue Militärbasen, plündern natürliche Ressourcen, beuten ganze Völker aus und betreiben ideologische Manipulation. Wir verurteilen auch ihre Versuche, unsere Bewegungen zu kooptieren, indem sie jene soziale Sektoren finanzieren, die ihren Interessen dienen, und wir weisen ihre Methoden der Unterstützung zurück, die Abhängigkeit hervorrufen.

Die Zerstörungskraft des Kapitalismus wirkt bei allen Völkern der Welt auf jeden Lebensaspekt ein. Jedoch entstehen jeden Tag neue Bewegungen, die sich dafür einsetzen, die Verwüstungen des Kolonialismus umzukehren und Wohlergehen und Würde für alle zu erreichen. Wir erklären, dass wir, die Völker, nicht länger die Kosten ihrer Krise tragen wollen und dass es innerhalb des Kapitalismus keinen Ausweg aus dieser Krise gibt. Dies bestätigt nur die Notwendigkeit für uns, als soziale Bewegungen, zusammen zu kommen, um eine gemeinsame Strategie zu formulieren, die unseren Kämpfen gegen den Kapitalismus eine Richtung gibt.

Wir kämpfen gegen transnationale Unternehmen, weil sie das kapitalistische System stützen und das Leben, öffentliche Dienste und Gemeinschaftsgüter wie Wasser, Luft, Land, Saatgut und mineralische Rohstoffe privatisieren. Transnationale Unternehmen fördern Kriege durch ihre Verträge mit privaten Unternehmen

und Söldnern; ihre Abbaupraktiken gefährden Leben und Natur; sie enteignen unser Land und entwickeln genetisch veränderte Samen und Nahrungsmittel; sie nehmen den Völkern das Recht auf Nahrung und zerstören die Artenvielfalt.

Wir fordern, dass alle Völker bei der Wahl ihrer Lebensweise volle Souveränität genießen. Wir fordern eine Politik, die lokale Produktion schützt, landwirtschaftlicher Arbeit Würde gibt und die althergebrachten Werte des Lebens schützt. Wir verurteilen neoliberale Freihandelsabkommen und fordern Bewegungsfreiheit für alle Menschen.

Wir werden weiterhin für die Forderung mobilisieren, dass die öffentlichen Schulden in allen Ländern des Südens bedingungslos erlassen werden. Wir verurteilen auch, dass in den Ländern des Nordens die öffentlichen Schulden ausgenutzt werden, um eine ungerechte Politik durchzusetzen, die den Sozialstaat abbaut.

Lasst uns, wenn G8 und G20 ihre Treffen abhalten, rundum auf der Welt dazu aufrufen, ihnen zu sagen: Nein! Wir sind keine Ware! Wir lassen uns nicht verkaufen!

Wir kämpfen für Klimagerechtigkeit und Nahrungssouveränität. Der globale Klimawandel ist ein Produkt des kapitalistischen Systems der Produktion, der Verteilung und des Konsums. Transnationale Unternehmen, internationale Finanzinstitutionen und die Regierungen, die diese unterstützen, wünschen keine Verminderung der Treibhausgase. Wir verurteilen "grünen Kapitalismus" und lehnen falsche Lösungen zur Klimakrise ab wie Biotreibstoffe, genetisch veränderte Organismen und Mechanismen des Kohlenstoffmarktes wie REDD, die verarmte Völker mit falschen Versprechungen des Fortschrittes einfangen, während sie die Wälder und Gebiete privatisieren und zu Handelsware machen, wo diese Völker seit Jahrtausenden leben.

Wir verteidigen die Nahrungssouveränität und das Übereinkommen, das während des Gipfeltreffens der Völker gegen Klimawandel in Cochabamba erreicht wurde, wo mit den sozialen Bewegungen und

Organisationen echte Alternativen zur Begegnung der Klimakrise aufgebaut wurden.

Lasst uns mobilisieren, wir alle, besonders auf dem afrikanischen Kontinent, während der COP 17 in Durban in Südafrika und in "Rio+20" im Jahre 2012, um die Rechte der Völker und der Natur zu bekräftigen und das illegitime Abkommen von Cancun zu blockieren.

Wir unterstützen nachhaltige kleinbäuerliche Landwirtschaft; sie ist die echte Lösung für Nahrungs- und Klimakrisen und schließt den Zugang zu Land für alle mit ein, die es bearbeiten. Deswegen rufen wir nach einer Massenmobilisierung, um den Landraub zu stoppen und die Kämpfe der lokalen Kleinbauern zu unterstützen.

Wir bekämpfen die Gewalt gegen Frauen, die oftmals in militärisch besetzten Gebieten erfolgt, aber auch die Gewalt gegen Frauen, die kriminalisiert werden, weil sie sich an sozialen Aktionen beteiligen. Wir kämpfen gegen häusliche und sexuelle Gewalt, die gegen Frauen verübt wird, weil sie für Objekte und Waren gehalten werden, weil die Souveränität ihrer Körper und ihres Geistes nicht anerkannt werden. Wir kämpfen gegen den Handel mit Frauen, Mädchen und Jungen. Wir rufen alle und jeden auf, gemeinsam gegen Gewalt gegen Frauen überall auf der Welt zu mobilisieren. Wir verteidigen sexuelle Vielfalt, das Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung und wir sind gegen jedwede Homophobie und sexistische Gewalt.

Wir kämpfen für Frieden und gegen Krieg, Kolonialismus, Besetzungen und der Militarisierung unserer Länder.

Die imperialistischen Mächte nutzen Militärbasen, um Konflikte auszulösen, Naturvorräte zu kontrollieren und zu plündern und um anti-demokratische Initiativen zu unterstützen, wie sie es mit dem Staatsstreich in Honduras und militärischen Besetzung von Haiti getan haben. Sie fördern Kriege und Konflikte wie beispielsweise in Afghanistan, Irak, der Demokratischen Republik Kongo und vielen anderen Ländern.

Wir müssen den Kampf gegen die Unterdrückung und Kriminalisierung der Widerstände der Völker intensivieren und die Solidarität und Initiativen zwischen Völkern stärken, wie z.B. "Global Boycott Disinvestment and Sanctions Movement against Israel" (Globaler Boykott, Investitionsabbau und Sanktionen gegen Israel).

Unser Kampf richtet sich gegen die NATO und für das Verbot aller Atomwaffen.

Jeder dieser Kämpfe bringt eine Auseinandersetzung von Ideen mit sich, in der wir nur bei einer Demokratisierung der Kommunikation Fortschritte erzielen können. Wir bestätigen, dass es möglich ist eine andere Form der Globalisierung aufzubauen, gemacht von und durch die Völker, und mit der ernst zu nehmenden Beteiligung, der Jugend, der Frauen, der Kleinbauern und der einheimischen Völker.

Die Versammlung der Sozialen Bewegungen ruft die Kräfte und bekannten Akteure aller Länder dazu auf, zwei Hauptmobilisierungen zu entwickeln, koordiniert auf internationalem Niveau, um an der Emanzipation und Selbstbestimmung der Völker teilzuhaben und das Bemühen gegen den Kapitalismus zu stärken.

Inspiziert durch das Bemühen der Völker Tunesiens und Ägyptens, rufen wir dazu auf, den 20. März zu einem Tag der internationalen Solidarität mit den Aufständen der arabischen und afrikanischen Völker zu machen, wobei jeder Fortschritt von ihnen die Kämpfe aller Völker stärkt, nämlich: den Widerstand der Palästinenser und des saharauischen Volkes; europäische, asiatische und afrikanische Mobilisierungen gegen Schulden und Strukturanpassungspläne; alle derzeitigen Veränderungsprozesse in Lateinamerika.

Wir rufen auch zu einem Globalen Aktionstag gegen Kapitalismus am 12. Oktober auf, wenn wir in unzähligen Formen unsere Zurückweisung eines Systems bekunden, das alles in seiner Bahn zerstört.

Soziale Bewegungen der Welt, lasst uns hin zu einer globalen Gemeinsamkeit fortschreiten um das kapitalistische System zu zerschlagen!

Wir werden siegen!

<http://www.cadtm.org/Declaration-of-the-Social.6448>

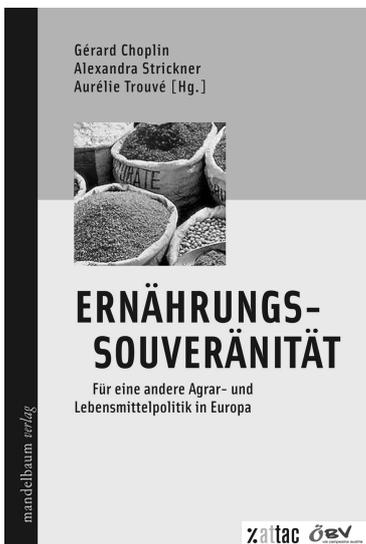
Attac und ÖBV-Via Campesina

"Ernährungssouveränität - Für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik in Europa"

Die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) steht im Kreuzfeuer der Kritik. Der Großteil der öffentlichen Gelder fließt in die Hände von GroßgrundbesitzerInnen und an die exportorientierte Lebensmittelindustrie. Die fortschreitende Industrialisierung und Überproduktion in Europa ist nicht nur verantwortlich für massive Umweltprobleme - sie zerstört auch die Landwirtschaft des globalen Südens. Gleichzeitig verzeichnen Agromultis und Supermarktketten steigende Profite und erhöhen ihre Preisspannen. Mit der Explosion der Lebensmittelpreise wird offensichtlich, wie problematisch unser Lebensmittelsystem organisiert ist. Das neue Buch "Ernährungssouveränität" von Attac und ÖBV-Via Campesina stellt die europäische Agrar- und Lebensmittelpolitik zur Diskussion - denn noch heuer wird die EU-Kommission Vorschläge für die anstehende GAP-Reform 2013 vorlegen. Es geht nicht weniger als die Frage, wie wir uns in Zukunft ernähren werden (können).

Im Zentrum steht das Konzept der Ernährungssouveränität, welches sich an einem ökologisch und sozial nachhaltigen Landwirtschafts- und Lebensmittelsystem orientiert. Es wird von einer bäuerlichen Landwirtschaft getragen, erzeugt gesunde Lebensmittel für alle und sichert den Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, ein gerechtes Einkommen.

Ernährungssouveränität - Für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik
CHOPLIN, Gérard / STRICKNER, Alexandra / TROUVÉ, Aurélie (Hg.)
Mandelbaum Verlag, 120 Seiten. Format 12 x 19, 9.90 €, ISBN: 978385476-346-8



STOPP DEM LANDRAUB

Dakar-Erklärung gegen Landraub



Wir – Bauernorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, religiöse Organisationen, Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen – haben uns in Dakar zum Weltsozialforum 2011 versammelt.

WIR STELLEN FEST:

1. Die kleine und bäuerliche Landwirtschaft, die den größten Teil der Landwirte weltweit repräsentiert, ist am besten geeignet, die Probleme der Landwirtschaft weltweit zu lösen:

- Sie kann ihre eigenen Ernährungsbedürfnisse und die Bedürfnisse der Bevölkerung decken, indem sie Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität ihres Landes sichert.
- Sie kann Beschäftigung für die ländliche Bevölkerung zu bieten und die ökonomische Aktivität in den ländlichen Räumen aufrecht erhalten, was für eine ausgewogene regionale Entwicklung entscheidend ist;
- Sie kann durch ihre Anbauweise die Umwelt schützen und die natürlichen Ressourcen für zukünftige Generationen erhalten.

2. Der jüngste massive Landraub von mehreren zehn Millionen Hektar geschieht im Interesse von privaten Akteuren oder Drittstaaten – sei es für Nahrung, Energie, Bergbau, Umwelt, Spekulation oder Geopolitik. Dieser Landraub verletzt die Menschenrechte, indem er Einheimische, lokale Gemeinschaften, Kleinbauern, Wanderhirten oder Fischer ihrer Produktionsmittel beraubt, ihren Zugang zu natürlichen Ressourcen begrenzt oder sie daran hindert, so zu produzieren, wie sie es selbst wollen. Damit werden die Ungleichheiten im Zugang und in der Kontrolle des Landes ver-

schärft. Das betrifft besonders Frauen.

3. Investoren und die mit ihnen verbundenen Regierungen bedrohen die Nahrungssicherheit und Nahrungssouveränität ländlicher Bevölkerungen. Sie verdammen sie zur massiver Arbeitslosigkeit und Landflucht, sie verschärfen Armut und Konflikte und sie tragen zum Verlust von bäuerlichem Wissen, Fähigkeiten und kultureller Identitäten bei.

4. Für die Bodennutzung und den Respekt kollektiver Rechte sind zuerst nationale Parlamente und Regierungen rechtlich verantwortlich. Sie tragen die Hauptverantwortung für den Landraub.

Aus diesen Erwägungen rufen wir die Parlamente und nationalen Regierungen auf, alle laufenden und zukünftigen Fälle massiven Landraubs zu unterbinden und dafür zu sorgen, dass das geraubte Land zurückgegeben wird. Vor allen großen Landvergaben müssen die nationalen Regierungen einen effektiven rechtlichen Rahmen für die Anerkennung und Regulierung von Landnutzungsrechten implementieren, unter Anhörung aller Betroffenen. Dazu ist es nötig, Korruption und Klientelwirtschaft zu beenden, die alle Versuche von gemeinsamem Landmanagement zunichte machen.

Wir fordern, dass regionale Staatensammenschlüsse, die FAO und weitere nationale und internationale Institutionen sofort die Zusagen implementieren, die in der Internationalen Konferenz zu Landreform und Ländlicher Entwicklung (ICARRD)* von 2006 gemacht wurden:

- die Landrechte der NutzerInnen müssen garantiert werden;
- Landreformprozesse, die auf einem fairen Zugang zu natürlichen Ressourcen basieren, müssen wieder aufgenommen werden;
- Die Landwirtschaft muss zum Wohle aller entwickelt werden.

Wir verlangen, dass der Ausarbeitungsprozess der FAO-Richtlinien gestärkt wird und dass er auf den Menschenrechten basiert, wie sie in den verschiedenen Chartas und Abkommen niedergelegt sind. Diese Rechte sind nur zu verwirklichen, wenn verbindliche rechtliche Instrumente auf nationaler und internationaler Ebene verankert werden, die die

Staaten zur Befolgung ihrer Versprechungen verpflichten. Ebenso müssen wir betonen, dass Menschenrechte dem internationalen Handel und internationalen Finanzmärkten übergeordnet sind, denn diese führen zu Spekulationen mit natürlichen Ressourcen und landwirtschaftlichen Produkten.

Gleichzeitig fordern wir das „Komitee für Welternährungssicherheit“ (CFS) auf, die Prinzipien der Weltbank für verantwortliche landwirtschaftliche Investitionen definitiv zurückzuweisen. Diese sind illegitim und reichen nicht aus, um den Landraub anzugehen und die Verpflichtungen von ICARRD wie auch die Schlussfolgerungen des "International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD)" in seinen globalen Aktionsrahmen aufzunehmen.

Wir fordern, dass Staaten, regionale Organisationen und internationale Institutionen die notwendigen Investitionen tätigen, um Alternativen zu den massiven Landübernahmen und zum Agrobusiness zu unterstützen, wie sie von der bäuerlichen Landwirtschaft und von dem ökologischen Anbau entwickelt werden. Eine angemessene Landwirtschaftspolitik sollte alle Produzentengruppen (indigene Völker, Hirten, traditionelle Fischer, Kleinbauern, Nutzer von Agrarreformen) berücksichtigen, dabei muss der Fokus auf den Bedürfnissen der Frauen und Jugendlichen liegen.

Schließlich rufen wir die Bevölkerung und zivilgesellschaftliche Organisationen überall dazu auf, all diejenigen zu unterstützen, die gegen Landraub kämpfen – und zwar mit allen möglichen menschlichen, medialen, rechtlichen, finanziellen und anderen Mitteln – und Druck auf die nationalen Regierungen und internationalen Institutionen auszuüben, damit sie ihren Verpflichtungen für die Rechte der Menschen nachkommen. Wir haben alle die Verpflichtung, Widerstand zu leisten und die Bevölkerungen zu unterstützen, die für ihre Würde kämpfen!

* – alle Prozesse und internationalen Instrumente bezüglich Landraub sind in einem Appendix aufgelistet)

<http://farmlandgrab.org/post/view/18210>

Christiane Hansen , attac Aquattac

Wasseraktivitäten in Dakar (WSF) und weitere Perspektiven.

Weltsozialforen sind für die sozialen Bewegungen eine wunderbare Möglichkeit, sich zu treffen, auszutauschen, Netzwerk zu erweitern, zu konsolidieren und den Blick in die Zukunft zu richten um ihre Ziele zu verwirklichen. Das gilt auch für die Wasseraktivisten, die sich in Dakar von Angesicht zu Angesicht gesehen, ihre jeweiligen Aktionsfelder besprochen und ihre Tätigkeiten vorgestellt haben.

Das Treffen in Dakar fand in einem interessanten und positiven Kontext statt:

- Im Juli 2010 hat die UN das Recht auf Wasser und Entwässerung als Menschenrecht erklärt.
- Das Pariser Wasser ist seit einem Jahr wieder in der öffentlichen Hand der Stadt.
- In Italien sind im Januar 2011 vom Verfassungsgericht 2 von 3 Referenden genehmigt worden, um die Wasserprivatisierung zu stoppen. Diese Referenden werden im Juni 2011 stattfinden und könnten, wenn sie gewonnen werden, eine neue Ära in Europa einleiten.
- In Berlin ist zum ersten Mal in der Geschichte dieser Stadt ein Volksentscheid erfolgreich gewesen, es ging um die Offenlegung geheimer Verträge beim Verkauf des Berliner Wassers.

Es gab einige Wasser-Treffen informeller Art und Seminare. Afrika war sehr präsent und ist gebührend zu Wort gekommen. Trotz der großen logistischen Problemen (Räume erst am jeweiligen Morgen bekannt, schwer zu finden, Dolmetscher/innen, Technik oft nicht vorhanden...) hat sich die Wassergemeinschaft in mehreren Workshops und Seminaren öfters getroffen.

Hier eine Zusammenfassung der Themen. ACRA, eine italienische NGO, in der ländlichen Entwicklung tätig und damit auch im Zugang zu Wasser, hielt ein Seminar über Wasserversorgung auf dem Land an Beispielen aus dem Senegal, Tanzania und Burkina Faso. Es wurde kritisch über das oft konfliktreiche Verhältnis zwischen Dorfgemeinschaften und Verwaltung diskutiert.

Im Seminar von „France Libertés“, einer NGO aus Frankreich, die sich das Menschenrecht auf Wasser als eines seiner Hauptziele gesetzt hat, erzählte ein Bürgermeister aus Mali wie in seiner Region sich 28 Gemeinden organisierten, die Bevölkerung an den Entscheidungen beteiligten, Techniker ausbildeten und Transparenz in das Wassermanagement brachten. In Uganda haben sich Frauen im Katosi Women Development Fund, KWDF, organisiert, um Trink- und Nutzwasser für sich und ihre

Familien zu besorgen. Sehr deutlich wurde hier und in allen zitierten Beispielen die ganz entscheidende Rolle der Frauen: sie sind die treibende Kraft bei vielen Projekten und vielfach auch deren Säulen.

Beim TransNationalInstitut-Workshop ging es um den Zugang zu Wasser und/oder die Verbesserung der Wasserversorgung über Beteiligung der Menschen an Ort und Stelle durch Demokratisierung und Partizipation an Entscheidungen und Projekten. Die Beispiele waren Public- Public- Partnerschaften, PuPs. Das sind Projekte von öffentlichen Institutionen mit lokalen Gemeinschaften. Im Gegensatz zu den PPP wo immer ein privater Partner vorhanden ist, sind hier die Partner aus dem öffentlichen Sektor. Diese Projekte sind manchmal konfliktreich, so wurde aus Kamerun berichtet, wie Dorfgemeinschaften, die ihr Wasser selbst verwalten, mit ihren lokalen Behörden ziemlich hart kämpfen müssen, um ihr Recht in Händen zu behalten.

Wie schon berichtet, hat Afrika mit Recht die Hauptrolle in diesen Seminaren gespielt. Ein sehr wichtiges Treffen war das FAME-Atelier. FAME steht für das alternative Welt Wasser Forum in Marseille 2012. An dieser Stelle muss zum Verständnis, ein wenig ausgeholt werden. Alle drei Jahre veranstaltet der Welt Wasser Rat, ein von den Wasserkonzernen selbsternanntes Gremium, das sogenannte Welt Wasser Forum, das letzte fand in Istanbul 2009 statt. Auf diesen kommerziellen Messen werden Entscheidungen getroffen und Lösungen angeboten, die das Wasser als Ware sehen, das satte Gewinne einbringen muss. Es geht nicht um den Schutz der Ressource, nicht um die Nöten oder Beteiligung der Bevölkerung. Das Menschenrecht auf Wasser ist auf diesen Messen ein reines Lippenbekenntnis. Deswegen findet parallel zu jedem kommerziellen Forum ein Alternatives statt, in dem die Zivilgesellschaft, NGOs und VolksvertreterInnen zusammenkommen. Gemeinsam schlagen sie Lösungen vor, die das Wasser als Lebensgrundlage für Mensch und Natur schützen, anstatt es zur Ware zu degradieren. Sie setzen sich für das Menschenrecht auf Wasser und seine effektive Umsetzung, ein. Seit Ende 2009 bereitet eine international besetzte Koordination, das FAME, Forum Alternatif Mondial de l'Eau in Marseille 2012, vor. Ein Workshop in Dakar hat den Anwesenden den Stand der Arbeit vorgestellt und um Mitarbeit geworben. Wir freuen uns über viele neu gewonnene Partner/innen. Die Anwesenden haben ihre Projekte beschrieben und gezeigt, dass das

Thema Wasser viele Facetten hat, und dass überall in sehr vielfältiger Weise um das kostbare Nass gekämpft wird. Aus den Diskussionen ist ein **Appell von Dakar** entstanden. Er bekräftigt,

- dass Wasser keine Ware ist, sondern ein Menschenrecht und allen Menschen garantiert sein muss.
- dass der Weltwasserrat keine Legitimität hat- weder politisch noch technisch- weltweit über Wasser zu entscheiden und dass die Lösungen der Konzerne fehlgeschlagen sind.
- dass die weltweite Zivilgesellschaft nicht nur die Legitimität hat, sondern bereits vielfältige und erfolgreiche Erfahrungen mit der Umsetzung von Alternativen hat.
- Das FAME in Marseille im März 2012 wird eine Bühne bieten für die Kämpfe, Siege, Erfahrungen, Alternativen zur Umsetzung des Menschenrecht auf Wasser und Entwässerung.
- es wird auch die Gelegenheit sein, die weltweiten Wassernetzwerke zu festigen und auszubauen.

Der Appell lädt alle ein: Kommt nach Marseille, zum FAME vom 10 bis 18 März 2012.

Am 16/17 April wird das nächste FAME Vorbereitungstreffen in Brüssel sein. Es werden die internationalen Wassernetzwerke und die europäischen Gewerkschaften zum Gespräch zusammen kommen. Sie werden Strategien besprechen und die konkreten Themen, die in Marseille zur Sprache kommen sollen. Alle interessierte sind herzlich eingeladen.

Zum Schluss noch ein paar persönliche Gedanken: Dakar war für mich ein beeindruckendes Erlebnis, ich habe viele engagierte Menschen getroffen, die sich in sehr schwierigen Situationen einbringen, viele wunderbare Frauen, die für und mit anderen Frauen gute und nützliche Projekte entwickeln. Diesen Bericht möchte ich Bintou widmen. Sie ist Senegalesin, hat ein bezauberndes Lächeln. Sie wollte nicht untätig zuschauen bei der Armut und der Not in ihrem Dorf an der mauretanischen Grenze, so hat sie eine Frauengruppe gegründet, die in Selbsthilfe anpackt wo es am dringendsten ist. Sie haben keine Unterstützung von außen, sie arbeiten mit den kleinen Beiträgen ihrer Mitglieder. Bintou war einer der Lichtblicke in Dakar.

Koordination FAME 2012 www.fame2012.org
Christiane.hansen@attac-m.org
München im März 2011
<http://www.acra.it/>
<http://www.tni.org/work-area/water-justice>
<http://www.france-libertes.org/>

EUROPA

Nein zum deutschen Diktat für Europa - Nein zum Pakt für den Euro Attac warnt vor Demokratiekrise und Sozialabbau

Frankfurt, 24.03.2011

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac warnt davor, den "Pakt für den Euro" beim EU-Gipfel am Donnerstag und Freitag in Brüssel zu beschließen. "Dieser Pakt ist nicht mehr als das Diktat, mit dem die deutsche Regierung ihre Politik der Wettbewerbsfähigkeit rücksichtslos ganz Europa aufdrückt, sagte Max Bank, Mitglied im Koordinierungskreis von Attac. Die diskutierten Maßnahmen - von der Verschärfung der Sanktionen ausschließlich gegen Defizitländer bis zur koordinierten Anhebung des Renteneintrittsalters - hätten kein Potenzial, die Krise zu überwinden - im Gegenteil: "Diese Politik wird Europa immer weiter spalten. Sie löst keine Krise, sondern

sie verstärkt zusätzlich die bereits existierende politische Krise der EU."

Aus der Sicht von Attac darf der Europäische Rettungsschirm nicht durch eine Abwärtsspirale nach unten bei Steuern und Sozialleistungen ergänzt werden, wie sie der Euro-Pakt zur Folge hätte. Steffen Stierle, ebenfalls im Attac-Koordinierungskreis: "Diese Politik ignoriert die Ursachen der Eurokrise - deregulierte Finanzmärkte, ungleiche Vermögensverteilung, Steuerwettbewerb und Steuerflucht - vollständig. Statt immer weiterem Druck auf die sozialen Standards der Defizitländer, brauchen wir einheitliche Mindeststandards auf hohem Niveau."

Darüber hinaus kritisiert Attac die zunehmende Entdemokratisierung Europas. "Der Pakt für den Euro stärkt ausgerechnet die EU-Institution, die sowohl für ihre mangelnde demokratische Legitimierung als auch für den Einfluss von Lobbygruppen am meisten berüchtigt ist: die Europäische Kommission. Im Gegenzug werden die Parlamente der Mitgliedsstaaten immer weiter geschwächt. In Brüssel werden derzeit Entscheidungen gefällt, deren Konsequenzen fatal und sehr weitreichend sind. Und das ohne jeglichen demokratischen Prozess. Dieses Vorgehen ist vollkommen inakzeptabel", so Bank.

Europäisches Sozialforum: Treffen in Budapest

Das ESF-Treffen vom 5. bis zum 7. März in Budapest diente vor allem der Diskussion um die Zukunft des europäischen ESF-Prozesses. Es waren 65 Vertreter von Organisationen, Netzwerken, Initiativen und Gewerkschaften aus zehn Ländern vertreten. Erstmals überwog die Zahl der Besucher aus den osteuropäischen Ländern die des Westens. Es gab eine ausführliche Information über die besonders kritische wirtschaftliche Situation in diesen Ländern.

In der Diskussion einigten sich die Teilnehmer auf eine schwerpunktmäßige Behandlung der Thematik Verschuldung und Austerity Packs.

Als erste gemeinsame Veranstaltung dazu wurde eine **Konferenz am 31. Mai in Brüssel** beschlossen. Sie kamen ferner überein, eine Reihe von weiteren Veranstaltungen und Aktionen zu unterstützen.

Weitere Angaben: <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article20602>:

1. Organisation und Mobilisierung der globalen Kampagnen, die in Dakar beschlossen wurden:

G8 - Frankreich Mai 2011

Kundgebung am 21.05.2011, Aktionen am 22.05.2011

G20 - Frankreich (Cannes) November 2011

Weltforum zu öffentlich zugänglichem Wasser (World Forum on Public Water) 2012 - Frankreich (Marseilles)

COP 17 Durban (The 17th United Nations Framework Convention on Climate Change, 28.11.2011 - 8.12.2011)

Rio +20 (4.-6.6.2012)

2. Im Rahmen des ESF/FSE-Prozesses werden **Konferenzen** organisiert und von den organisierenden Gruppen angekündigt:

Konferenz zu Schulden und Sparpaketen am 31.05.2011 in Brüssel (nicht nur eine Konferenz sondern auch Raum, in dem gemeinsame Aktionen beschlossen werden können)

Es gibt den Vorschlag, auf die europäische Dimension, ihre Konsequenzen für die Menschen und mögliche Alternativen zu fokussieren

3. Weitere Konferenzen und Mobilisierungen auf europäischer Ebene:

Brüssel, 10.-11.05.2011 Gemeinsame Sozial Konferenz

England, 01.10.2011 organisiert von Coalition of Resistance

Mobilisierung durch den EGB (Europäischen Gewerkschaftsbund / ETUC) für den 09.04.2011 in Budapest

Treffen in Kiew, organisiert vom Netzwerk des Prager Frühlings gegen Rechtsextremismus

Europäisches Forum zu Ernährungssouveränität von 16.-21.08.2011 in Krems (Österreich) - <http://nyelenieurope.net/>

Europäische Sommeruniversität von 30.06.-03.07.2011 in Belgien (CADTM) und im August 2011 in Freiburg, Deutschland (ATTAC)

4. Teilnahme am **Genua Forum von 19.-24.07.2011** anlässlich des 10. Jahrestages der Anti-G8-Aktionen

5. Nachdem **viele unterschiedliche Auseinandersetzungen** in verschiedenen europäischen Ländern stattfinden werden, ist wich-

tig, sie **sichtbar zu machen und solidarisch zu sein** (beispielsweise durch Web-Speicherplatz)

6. Arbeit an **thematischen Foren** auf europäischer Ebene

7. Fortsetzung der Netzwerktreffen während der **EPAs** (Economic Partnership Agreements / Wirtschaftspartnerschaftsabkommen)

8. **Treffen in Paris am 23.05.2011**, um über die Möglichkeit zu diskutieren, das nächste WSF/FSM 2013 oder das nächste ESF/FSE in 2012 in Europa zu veranstalten sowie über den ESF/FSE-Prozess

9. Organisation eines **Diskussionsforums** auf der offenen ESF/FSE-Liste zur Debatte über kulturelle, politische und soziale Alternativen in west- und osteuropäischen Ländern (basierend auf der Rede von Budapest)

10. Optimierung der **Webseite** und Schaffung neuer medialer Werkzeuge.

11. Wir, die in Budapest anwesenden Personen und Organisationen, **unterstützen die Protestierenden in Khimki und Kopenhagen** in ihrem Kampf gegen Kriminalisierung.

T. Ali, S. Amin, Bisky, Chesnais, Chomsky, Coutrot, S.- George , D. J. Halliday, Harribey, Husson, G. Irvin, Khalfa, K.Loach, Massiah, Mélenchon, M.J.Paz, Plihon, Ruiz Diaz Balbuena, Toussaint, Valente , Villalba, Weisbrot, Ziegler, G.Zimmermann, Zizek, u.v.m.

Aufruf für eine Prüfungskommission zu den öffentlichen Schulden Griechenlands

Wir, die Unterzeichner, glauben, dass eine Prüfungskommission zur Untersuchung der öffentlichen Schulden Griechenlands dringend erforderlich ist. Die gegenwärtige Politik der EU und des IWF im Umgang mit öffentlicher Verschuldung bringt umfangreiche soziale Lasten für Griechenland mit sich. Infolgedessen hat das griechische Volk ein demokratisches Recht, umfassende Informationen zur öffentlichen und öffentlich garantierten Verschuldung einzufordern.

Das Ziel der Kommission wird es sein, festzustellen, warum öffentliche Schulden gemacht wurden, unter welchen Bedingungen sie vertraglich fixiert und wozu die geliehenen Gelder benutzt wurden. Auf der Grundlage dieser Überlegungen wird die Kommission angemessene Empfehlungen machen, wie mit den Schulden umgegangen werden soll, einschließlich der Schulden, die sich als ungesetzlich oder unrechtmäßig bzw. „odious debts“ herausstellen. Der Zweck der Kommission wird sein, Griechenland dabei zu helfen, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um der Schuldenlast zu begegnen. Die Kommission wird auch untersuchen, wer für problematische Schuldenabkommen verantwortlich war.

Öffentliche und private Schulden sind der Kern der Krise in der Eurozone. Die globale Krise, die 2007 begann, wurde zu einer Schuldenkrise am Rande der Eurozone. Laut dem jüngsten Regierungshaushalt wird erwartet, dass die griechische öffentliche Verschuldung von 299 Milliarden Euro (oder 127 % des BIP) 2009 auf 362 Milliarden (oder 159 % des BIP) 2011 anwachsen wird. Der Anstieg der öffentlichen Verschuldung hat die Gefahr der nationalen Zahlungsunfähigkeit am Rande der Eurozone und die Möglichkeit des Zusammenbruchs von Banken in ganz Europa erhöht. Die EU hat, gemeinsam mit nationalen Regierungen, mit Rettungsprogrammen reagiert, die kurzfristige Kreditaufnahme durch Staaten der Eurozone ermöglichten und Banken

schützten. Aber diese Maßnahmen konnten die Finanzmärkte nicht beruhigen, und infolgedessen stiegen die Zinssätze für die Länder am Rande weiter an. Und der Preis für die Programme waren Einschränkungen. Griechenland, Irland und andere Länder waren gezwungen, Löhne und Altersbezüge zu kürzen, öffentliche Ausgaben zu begrenzen, Sozialausgaben zu reduzieren, öffentliche Unternehmen zu privatisieren und Märkte zu deregulieren. Durch höhere Arbeitslosigkeit, Insolvenzen und Produktionsrückgang sind weitere soziale Kosten unvermeidlich.



Demonstration in Portugal

Griechenland stand bei den EU-Rettungsprogrammen in der vordersten Linie, aber die Griechen wurden über die Zusammensetzung und die Bedingungen der öffentlichen Schulden im Ungewissen gelassen. Der Informationsmangel stellt ein grundsätzliches Versagen des demokratischen Prozesses dar. Die Menschen, die dazu aufgerufen werden, die Kosten der EU-Programme zu tragen, haben ein demokratisches Recht, vollständig über die öffentliche Verschuldung informiert zu werden.

Eine Prüfungskommission kann damit beginnen, diesen Mangel zu beheben. Sie kann auch breitere Gesellschaftsschichten dazu ermutigen, sich aktiv an Initiativen zu beteiligen, die das Problem der öffentlichen Verschuldung angehen. Die Kommission wird international sein, bestehend aus Rechnungsprüfern, kundig in Schulden und Steuern, Rechtsexperten, Ökonomen, Vertretern der Gewerkschaften und Teilnehmern von Gruppen der Zivil-

gesellschaft. Sie wird von politischen Parteien unabhängig sein, aber keine Politiker von der Mitgliedschaft ausschließen, wenn diese die Ziele der Kommission akzeptieren. Die Kommission wird Fachwissen gewährleisten und gleichzeitig demokratische Rechenschaft und Kontrolle über alle Beteiligten garantieren.

Um ihre Ziele zu erreichen, sollte die Kommission im Laufe der Zeit vollen Zugang zu Abkommen über öffentliche Verschuldung und Schuldtitelmissionen haben, einschließlich Anleihen, bilateraler, multilateraler und anderer Formen der schuldnerischen und staatlichen Verpflichtungen. Sie sollte die erforderlichen Befugnisse haben, um alle Dokumente zur Verfügung gestellt zu bekommen, die nach ihrer Auffassung für ihre Arbeit notwendig sind. Es ist außerdem notwendig, die es der Kommission gestatten, öffentliche Funktionäre zur Zeugenaussage aufzurufen sowie, nach einer begründeten Anfrage und mit juristischer Unterstützung, Bankkonten zu prüfen, besonders öffentliche Konten bei privaten Banken und bei der griechischen Zentralbank. Schließlich sollte ihr ausreichend Zeit gegeben werden, die Schuldenabkommen zu prüfen und ihren Bericht zu erstellen.

Die Argumente für eine unabhängige und internationale Prüfungskommission zur Untersuchung der griechischen öffentlichen Schulden sind unwiderlegbar. Die Kommission ist außerdem eine demokratische Forderung des griechischen Volkes, das die Last der Krise trägt und deren Ursachen wissen möchte. In jeder Hinsicht könnte eine Prüfungskommission für Griechenland ein Prototyp für andere Länder der Eurozone sein.

Vollständige Liste der Unterzeichner:
<http://mrzine.monthlyreview.org/2011/greece030311p.html>